DONNERSTAG, 30. SEPTEMBER 2021 Deutschlands Wirtschafts- und Finanzzeitung G 02531 NR. 189

Handelsblatt

Global Risk
Staatsverschuldung und Reformstau – Japans Probleme wachsen.
▶ 10

USA
Präsident Joe Biden versinkt im Krisenmanagement.
▶ 12

Elektromobilität
Der Rolls-Royce-Chef will die Luxuskarossen elektrifizieren.
▶ 46

Karriere
Start-ups, die bei Jobsuchenden besonders beliebt sind.
▶ 22

Instagram/robert.habeck, Gorillas

Selfie von einem Quartett: Mögliche Koalitionäre Wissing (links), Baerbock, Lindner und Habeck.

Grün-gelbe Allianz

Grüne und FDP betonen das gemeinsame Ziel einer Regierungsbildung. Doch über den Dritten im künftigen Bunde, SPD oder Union, herrscht Uneinigkeit.

Grüne und FDP preschen bei den Gesprächen über eine Regierungsbildung vor. Grünen-Co-Vorsitzende Annalena Baerbock betonte am Mittwoch, ihre Partei leite aus dem Wahlergebnis „den klaren Auftrag ab, eine Regierung zu bilden“. Man spreche zuerst mit der FDP, dann mit der SPD. FDP-Generalsekretär Volker Wissing sagte, bei einem Gespräch mit den Grünen am Freitag sollten „erste inhaltliche Fragen vertieft werden“.

Die Spitzen von Grünen und FDP hatten sich überraschend bereits am Dienstagabend getroffen, um Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit auszuloten. Beide Seiten betonten, man habe ein „gutes Gespräch“ geführt, über den Inhalt bewahrten sie Stillschweigen.

Der grün-gelbe Schulterschluss kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die beiden Parteien unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich des dritten Partners in einem möglichen Regierungsbündnis haben. Baerbock sagte, man werde zwar auch mit der Union sprechen. Die Grünen sprächen aber zuerst mit der FDP, dann mit der SPD. Ziel sei die Bildung einer progressiven Regierung. Eine Situation wie 2017 dürfe sich nicht wiederholen, sagte sie. Damals waren die Gespräche zwischen Union, FDP und Grünen zur Bildung einer Jamaika-Koalition nach mehreren Wochen gescheitert. Es gehe nun darum, „zügig und vertrauensvoll“ zu verhandeln und die Weichen für eine „große Erneuerung unseres Landes“ zu stellen, sagte sie.

Dagegen betonte Wissing, eine Jamaika-Koalition sei für die FDP die bevorzugte Regierungsoption. Das liege an den Inhalten, an denen sich nichts geändert habe. HB ▶ Fortsetzung auf Seite 4

> Es geht nun darum, zügig und vertrauensvoll zu verhandeln und die Weichen für eine große Erneuerung zu stellen.
>
> **Annalena Baerbock**
> Grünen-Vorsitzende

Optimistische Prognosen für den Dax

Etliche Banken erwarten, dass der Dax spätestens 2022 wieder deutlich steigt.

Lieferengpässe, steigende Rohstoffpreise, höhere Inflation: An den Aktienmärkten gibt es aktuell viele Unsicherheitsfaktoren, doch die Aktienstrategen in deutschen Banken bleiben zuversichtlich für den Dax. Im Herbst könne es zwar noch einmal „ruppiger“ an den Aktienmärkten werden, meint zum Beispiel Manfred Bucher von der BayernLB. Einen Trendwechsel gebe es aber nicht. Die Wirtschaft und damit auch die Gewinne der Unternehmen sollten weiter wachsen – und damit auch die Aktienkurse weiter steigen. Daher rechnet die BayernLB damit, dass der Dax Ende nächsten Jahres bei 16.400 Punkten steht.

Noch optimistischer ist die Dekabank, die per Ende 2022 für den Dax ein Kursziel von 17.000 Punkten ausruft. Zuletzt etwas schwächere Konjunkturdaten sollten Anleger nicht überinterpretieren, meint Joachim Schallmayer von der Dekabank. Probleme gebe es derzeit nur auf der Angebots-, nicht auf der Nachfrageseite. Daher verzögere sich der wirtschaftliche Aufschwung lediglich etwas. Auch die zuletzt wieder deutlicher auf über 1,5 Prozent gestiegenen Renditen zehnjähriger US-Staatsanleihen beunruhigen die Strategen nicht. Größere Umschichtungen von Anleihen in Aktien erwartet Uwe Streich von der LBBW erst bei einer US-Rendite von 2,75 Prozent. Andrea Cünnen ▶ 34

Märkte

Dax	15.368 Pkt.	+0,78 %
MDax	34.561 Pkt.	+0,17 %
TecDax	3.731 Pkt.	-0,07 %
E-Stoxx 50	4.087 Pkt.	+0,70 %
Dow Jones	34.502 Pkt.	+0,59 %
Nasdaq	14.638 Pkt.	+0,63 %
S&P 500	4.377 Pkt.	+0,56 %
Nikkei	29.544 Pkt.	-2,12 %
Euro/Dollar	1,1614 US$	-0,59 %
Gold	1.729,41 US$	-0,27 %
Öl	78,87 US$	+1,26 %

Dax Gewinner

1	VW Vz.	+3,38 % 196,42 €
2	Airbus	+3,12 % 116,92 €
3	Covestro	+2,80 % 59,44 €

Verlierer

1	Siemens Healthi	-2,62 % 55,68 €
2	Heidelberg C.	-1,99 % 64,88 €
3	Eon	-0,87 % 10,72 €

Stand: 17:00 Uhr

Klimaneutralität

Stahlbranche braucht Milliarden vom Staat

Die deutsche Stahlindustrie braucht auf dem Weg zur Klimaneutralität bis zu 35 Milliarden Euro an staatlicher Hilfe, und das allein bis 2030. Das ist das Ergebnis einer Analyse des Thinktanks Agora Energiewende. Der Analyse zufolge stellen Klimaschutzverträge, die zwischen öffentlicher Hand und Unternehmen geschlossen werden, ein effektives Instrument dar, um Investitionen zu ermöglichen. Die nächste Bundesregierung müsse rasch für Verlässlichkeit sorgen. Bei der Wirtschaftsvereinigung Stahl hieß es, Klimaschutzverträge sollten bereits ab 2022 zur Verfügung stehen. Sie seien ein Schlüsselinstrument für den Einstieg in die Transformation. ▶ 6

Flugtaxis

Lilium-Chef: Zeitplan mit wenig Puffer

Die Flugtaxifirma Lilium will noch im Winter 2022 den siebensitzigen Senkrechtstarter bauen, der später auch in Betrieb gehen soll. „Wir liegen momentan im Plan“, dementierte Mitgründer und CEO Daniel Wiegand Gerüchte über Verzögerungen. Das Unternehmen steht wegen der ehrgeizigen Versprechen, schon in wenigen Jahren einen Flugtaxi-Dienst anbieten zu wollen, unter Druck. Seit dem Gang an die US-Börse Nasdaq vor zwei Wochen wird die Jungfirma besonders genau beobachtet. „Es ist ein ambitionierter Plan mit wenig Puffer“, räumte Wiegand ein. ▶ 16

Finanzaufsicht

Millionenstrafe gegen Digitalbank N26

Die Finanzaufsicht Bafin hat gegen die Smartphone-Bank N26 wegen Versäumnissen im Kampf gegen Geldwäsche ein Bußgeld von 4,25 Millionen Euro verhängt. Der Grund dafür seien verspätet eingereichte Geldwäscheverdachtsmeldungen in den Jahren 2019 und 2020, erklärte das Institut. Die Mängel seien inzwischen abgestellt. In vielen anderen Bereichen sieht die Bafin bei N26 jedoch noch Verbesserungsbedarf. Finanzkreisen zufolge hat die Behörde deshalb kürzlich Wachstumsbeschränkungen für das Berliner Institut erlassen. ▶ 30

Handelsblatt PREIS 3,30 €
4 190253 103309 40039
Handelsblatt GmbH Kundenservice Tel: 0211 887 3602, kundenservice@handelsblatt.com
Monatsabonnement: Handelsblatt Print: 66,70 Euro Handelsblatt Print + Premium: 76,69 Euro www.handelsblatt.com/angebot
Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,70 € / 3,90 €, Frankreich 4,10 € / 4,50 €, Großbritannien 3,70 GBP / 3,90 GBP, Schweiz 5,80 CHF / 6,20 CHF, Polen 22,90 PLN / 23,90 PLN

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Inhalt

Handelsblatt
DONNERSTAG, 30. SEPTEMBER 2021, NR. 189

Politik

Klimaschutz

Letzte Chance für die Stahlindustrie

Die Branche braucht massive finanzielle Unterstützung der Politik, um grünen Stahl zu produzieren – laut einer Analyse bis zu 35 Milliarden Euro. Die Grünen sind dazu bereit, die FDP zögert. ▶ 6

IHK-Umfrage Viele Unternehmen klagen über die Rahmenbedingungen am Standort Deutschland. ▶ 7

Subventionen Die Deutschen kaufen so viele E-Autos wie nie zuvor – weil die Finanzhilfen des Bundes üppig fließen. ▶ 8

Digitalisierung Die Ausstattung der Schulen mit Laptops und Computern ist dürftig, auch fehlen IT-Kräfte. ▶ 9

Japan Ob Klimaschutz, Digitalisierung oder Bürokratie – Japans neue Regierung muss einen Reformstau auflösen. ▶ 10

US-Haushalt Die Reformpläne von US-Präsident Biden wackeln. Parallel muss er einen Shutdown verhindern. ▶ 12

Vietnam Der Druck der Wirtschaft zeigt Wirkung: Die Bundesregierung liefert Impfstoff für deutsche Expats. ▶ 13

Rolf Mützenich Der alte und neue SPD-Fraktionschef liebt die leisen Töne, weiß aber seine Macht zu nutzen. ▶ 47

Unternehmen

Flugtaxis

„Der Jet muss in Sichtweite bleiben“

Daniel Wiegand, Chef des Start-ups Lilium, erklärt im Interview, was Flugtaxis derzeit wirklich können. Trotz aller Kritik will der Unternehmenschef nicht an seinem Konzept rütteln. ▶ 16

Otto versus Amazon Während Amazon die Wachstumsprognosen zurückfährt, legt die Otto Group zweistellig zu. Woran das liegt, erklärt der Konzernchef. ▶ 18

Ein Warnsignal von Sanofi Der Pharmakonzern zieht wegen geringer Vermarktungschance einen Impfstoff zurück und gibt damit ein wichtiges Signal. ▶ 20

Deal von Telekom und Softbank 1nce vernetzt Fabriken. Eine Kapitalspritze von Telekom und Softbank soll den Verkauf im Ausland erleichtern. ▶ 21

Heimroboter Astro Amazon hat eine neue Hardware vorgestellt und will damit eine ganz neue Produktkategorie etablieren. ▶ 23

Der elektrische Bauer Personalmangel und Nachhaltigkeitsvorgaben sorgen für Digitalisierungsschub. ▶ 24

Immobilien Exporo-Mitgründer Simon Brunke will den Immobilienbesitz „demokratisieren“. ▶ 44

Finanzen

Evergrande und Co.

China krempelt seinen Immobilienmarkt um

Chinas Wirtschaft fußt auf dem boomenden Immobiliensektor. Doch Peking wendet sich nicht erst seit der Evergrande-Krise von diesem Wachstumsmodell ab. Die Folgen sind gravierend. ▶ 28

Bondmarkt Steigende Rendite, fallende Aktien – die Märkte lauern auf jedes Wort von US-Notenbank-Chef Powell. ▶ 29

Finanzaufsicht Bafin N26 muss wegen Mängeln bei der Geldwäscheprävention 4,25 Millionen Euro zahlen. ▶ 30

West-LB-Nachfolger Cum-Ex-Steuerschulden müssen auch die Sparkassen mit auffangen. ▶ 31

Allianz Die Verträge von gleich vier Vorständen stehen in der Aufsichtsratssitzung zur Überprüfung an. ▶ 32

Berliner-Volksentscheid: Juristen sehen das Vorhaben um die Vergesellschaftung Berliner Wohnungen äußerst kritisch. ▶ 33

Dax-Prognose Aktienmarktexperten der öffentlichen Banken erwarten, dass der Dax 2022 neu durchstarten wird. ▶ 34

Risikoforscher Gerd Gigerenzer Der bekannte Experte sieht ein großes Fragezeichen bei den Tech-Konzernen. ▶ 36

Digital

Meistgelesen

1 Aktienmarkt
Der Deutsche Aktienindex erholt sich vom Ausverkauf. Bislang war jeder Rücksetzer eine Kaufgelegenheit. Doch es gibt vier Gründe, warum der Dax die Marke von 15.000 Punkten nicht halten dürfte.

2 Sondierung
FDP und Grüne haben sich überraschend schon zu Gesprächen getroffen – wo es bei den Verhandlungen schwierig wird.

3 Großbritannien
Panikkäufe an Tankstellen, Pleiten von Energiefirmen, steigende Preise und Abgaben – das Vereinigte Königreich steckt in der Dauerkrise. Zweifel an Premier Johnson wachsen.

4 E-Commerce
Während Amazon die Wachstumsprognosen zurückfährt, legt die Otto Group zweistellig zu. Woran das liegt, erklärt Konzernchef Alexander Birken.

5 Geldanlage
Bei ETFs gibt es deutliche Unterschiede, die nicht auf den ersten Blick zu erkennen sind. Anleger sollten eher auf Rendite als auf Gebühren achten. Das sind die Kennzahlen, die besonders wichtig sind.

Newsletter

Digital Health

E-Rezept startet im Oktober

Rezepte für Medikamente werden bisher auf rosa Zettel gedruckt. Ab Oktober können Ärzte auch eine digitale Variante ausstellen. Alles zum neuen E-Rezept lesen Sie in unserem Gesundheits-Fachbriefing Handelsblatt Inside Digital Health.

Meinung & Analyse

Politik

CDU Am Ende könnte die Union regieren – und der Parteichef trotzdem alles verlieren. ▶ 14

Moskauer Irrsinn Russland nutzt Youtubes Sperrung von „RT“ für üble Propaganda. ▶ 15

USA Zentrale Vorhaben des US-Präsidenten stehen auf der Kippt. ▶ 15

Unternehmen & Finanzen

Aktienmärkte Wachstumssorgen alarmieren, doch für einen längeren Abschwung fehlen Voraussetzungen. ▶ 26

N26 Die Smartphonebank muss mit frischen Mitteln Kontrollmängel endlich beheben. ▶ 27

Amazon Der US-Konzern hat sich stets nur auf den eigenen Erfolg verlassen. ▶ 27

Gastkommentar

> Je länger die EU Ungarn als eine normale Demokratie behandelt, desto mehr wird sie ihrem eigenen Markenkern schaden.

Daron Acemoglu
Professor am MIT

▶ 48

dpa, lilium, Bloomberg

In dieser Ausgabe

Namensindex

Baerbock, Annalena ... 8
Biden, Joe ... 12, 15
Birken, Alexander ... 18
Bourden, Nejla ... 47
Brunke, Simon ... 44
Conte, Giuseppe ... 5
Draghi, Mario ... 5
Grisham, Stephanie ... 47
Jun, Uwe ... 5
Karins, Krisjanis ... 5
Kerkhoff, Hans Jürgen ... 6
Kishida, Fumio ... 10
Lösch, Holger ... 7
Martin, Micheal ... 5
Migende, Jörg ... 24
Müller-Ötvös, Torsten ... 46
Mützenich, Rolf ... 47
Obama, Barack ... 13
Ocasio-Cortez, Alexandria ... 13
Pelosi, Nancy ... 12
Post, Joachim ... 46
Riley, Christiana ... 46
Rutte, Mark ... 5
Sanchez, Pedro ... 5
Sator, Alexander ... 21
Scholz, Olaf ... 4
Suga, Yoshihide ... 10
Toyoda, Akio ... 11
Trittin, Jürgen ... 4
Trump, Donald ... 12, 47
Varadkar, Leo ... 5
Wiegand, Daniel ... 16
Yellen, Janet ... 13

Unternehmensindex

1nce ... 21
Amazon ... 23
Baywa ... 24
Biontech ... 20
BMW ... 46
Curevac ... 20
Deutsche Bank ... 46
Deutsche Telekom ... 21
Elbdeich ... 17
Exporo ... 44
Finn ... 22
Forto ... 22
Gorillas ... 22
HSBC ... 33
JP Morgan ... 13
Lilium ... 16, 22
Moss ... 22
N26 ... 27
Otto Group ... 18
Personio ... 22
Pfizer ... 20
Recu ... 22
Rolls-Royce ... 46
Sanofi ... 20
Scalable Capital ... 22
Softbank ... 21
Tier ... 22
Tomorrow ... 22

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

01.– 08.10.2021

Success Week

95 Jahre WirtschaftsWoche: Willkommen zur JubiläumsWoche

Zu unserem 95-jährigen Jubiläum wollen wir gemeinsam mit Ihnen eine Woche lang der spannenden Frage nachgehen: Wie entsteht nachhaltiger Erfolg? Wir werden über „Erfolgsformeln“, die Bedeutung generationenübergreifenden Denkens und vieles mehr sprechen. Wir laden Sie herzlich ein, uns bei der Spurensuche nach dem Geheimnis des bleibenden Erfolgs zu begleiten. Ab dem 1. Oktober live, digital, per Podcast und im Magazin.

Jetzt informieren:
wiwo.de/success

95 Wirtschafts Woche

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Habeck, Baerbock, Lindner, Wissing: Intensivere Kontakte zwischen Grünen und Liberalen als noch vor vier Jahren.

Bloomberg, Reuters

Grün-gelbe Allianz

▶ Fortsetzung von Seite 1

Der frühere Grünen-Fraktionschef und Umweltminister Jürgen Trittin geht von guten Erfolgsaussichten einer künftigen Dreierkoalition im Bund aus. „Es werden keine einfachen Gespräche“, sagte Trittin dem Handelsblatt. „Aber wenn alle Beteiligten den Willen haben, zu einem Ergebnis zu kommen, um zu regieren, dann lassen sich auch schwierige Fragen lösen.“

2017 soll sich nicht wiederholen, darin sind sich Grüne und Liberale einig. Damals hatten Union, Grüne und FDP die Bildung einer Jamaika-Koalition sondiert. Die Gespräche wurden nach vier Wochen von der FDP abgebrochen. „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“, so die damalige Aussage von FDP-Chef Christian Lindner. Vier Jahre später gehen Grüne und FDP trotz teilweise extremer Unterschiede in ihren Positionen mit der Zuversicht in die Gespräche, die richtigen Lehren aus 2017 gezogen zu haben.

Trittin machte klar, dass es anders als vor vier Jahren zunächst nur um Sondierungsgespräche gehen sollte, „in denen ausgelotet wird, ob was zusammen geht“. Das würden Gespräche mit der FDP sein, „dann mit der SPD, wahrscheinlich erst getrennt, dann in einer Dreierkonstellation“. Auch mit der Union werde man sicherlich sprechen. „Dann werden Parteitage entscheiden, mit wem Koalitionsgespräche aufgenommen werden.“

Grüne und FDP würden sich an diesem Freitag ein zweites Mal treffen, kündigte FDP-Generalsekretär Wissing an. Am Samstag berate sich die FDP mit der Union und am Sonntag mit der SPD. Die Grünen sprechen nach Angaben von Grünen-Parteichefin Annalena Baerbock am Sonntagabend mit der SPD. Mit der Union stünden die Grünen auch in Kontakt. Hier werde es wohl nächste Woche Gespräche geben.

Details zu dem Gespräch zwischen FDP und Grünen am Dienstag wurden nicht verraten. Man habe sich dazu entschieden, „dass wir ein Bild sprechen lassen“, sagte Wissing. Der Generalsekretär der Liberalen, FDP-Chef Lindner sowie Baerbock und ihr Co-Vorsitzender Habeck hatten über ein Foto in den sozialen Medien mitgeteilt, dass sie sich zu einem Gespräch getroffen hatten. „Auf der Suche nach einer neuen Regierung loten wir Gemeinsamkeiten und Brücken über Trennendes aus. Und finden sogar welche. Spannende Zeiten“, schrieben sie dazu.

Bei Rolf Mützenich stieß dieses Foto nicht auf Gefallen. „Deutschland braucht keine Fotos“, sagte der SPD-Fraktionschef. „Sondern Deutschland braucht eine Regierung, die tatkräftig auch die Herausforderungen annimmt.“

Gespräche ohne Durchstechereien

SPD-Wahlgewinner Olaf Scholz bläut seinen eigenen Leuten derweil ein, Sondierung und Koalitionsgespräche hinter vier Wänden zu führen und nicht permanent Zwischenstände in die Welt zu blasen. Scholz ist überzeugt: Nur wenn die Gespräche ohne Durchstechereien ablaufen, wird eine Vertrauensgrundlage zwischen den drei Parteien entstehen.

Auch gegenüber Parteifreunden hält sich Scholz bedeckt. In der SPD wird spekuliert, Scholz könnte Streitfragen über eine Art Konditionierung lösen. Beispiel Kohleausstieg: SPD und FDP könnten sich auf den von den Grünen geforderten früheren Kohleausstieg einlassen, aber unter der Bedingung, dass bis zu einem bestimmten Zeitpunkt dafür konkrete Ausbauziele bei den erneuerbaren Energien oder dem Ausbau von Stromtrassen erreicht sein müssen. Analog könnte Scholz beim vollständigen Soli-Abbau vorgehen, auf den die FDP drängt. Diesen könnte man etwa für das letzte Regierungsjahr einer Ampel 2025 festschreiben, sofern der Haushalt bis dahin wieder im Lot ist.

Die frühere Grünen-Chefin Simone Peter warnte davor, Gespräche mit potenziellen Koalitionspartnern in die Länge zu ziehen. „Ich empfehle kurze, zügige Sondierungsgespräche, die die zentralen Punkte adressieren. Wir können uns keine monatelange Hängepartie leisten“, sagte Peter dem Handelsblatt. Die heutige Präsidentin des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE) war 2017 an den Gesprächen zur Bildung einer Jamaika-Koalition beteiligt.

„Bei den Sondierungen für eine Jamaika-Koalition 2017 wurde der Fehler gemacht, viel zu früh und zu detailliert in die Textarbeit einzusteigen, obwohl die großen Probleme noch im Raum standen. Rückblickend war das falsch“, sagte Peter, die von 2013 bis 2018 Parteichefin war. Zudem hätten die Verhandler der FDP in den Arbeitsgruppen keine ausreichende Prokura von der Parteispitze gehabt, um Fragen abschließend zu klären. Mühsam errungene Kompromisse seien deswegen am Ende wieder aufgeschnürt worden.

In FDP-Kreisen heißt es dagegen, die Grünen seien damals von Anfang an mit einem großen Verhandlungsstab angerückt, was Sondierungsgespräche in kleiner Runde unmöglich gemacht hätte. Außerdem habe man den Fehler gemacht, kleinteilige Details zu verhandeln, bevor man sich über die großen Streitthemen einig gewesen sei. Es habe „Vertrauen gefehlt“, sagt FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff.

Die Ausgangslage heute ist anders. „Die Kontakte zu den Grünen sind nun deutlich intensiver als noch vor vier Jahren, als die FDP nach der außerparlamentarischen Opposition frisch in den Bundestag eingezogen war“, ist der FDP-Bundestagsabgeordnete Andrew Ullmann überzeugt. Durch die gemeinsame Arbeit in den Ausschüssen und in der Opposition sei das Vertrauen zwischen den beiden Parteien größer geworden. Außerdem zeigten die Koalitionen in Rheinland-Pfalz (Ampel) und Schleswig-Holstein (Jamaika), dass die Parteien über eine längere Zeit gut zusammenarbeiten könnten.

„Keine Partei als Korrektiv betrachten“

Auch der Politikwissenschaftler und frühere Grünen-Politiker Hubert Kleinert sieht eine „deutlich bessere Ausgangslage“ als noch vor vier Jahren. „Die FDP ist stabiler und sortierter als nach dem Wiedereinzug ins Parlament vor vier Jahren“, sagt er. „Beide Parteien gehen erheblich gestärkt in die Verhandlungen.“

Wichtig sei, dass eine inhaltliche Klammer gefunden werde, sagte der Wohnungs- und Bauexperte der Grünen-Bundestagsfraktion, Chris Kühn: „Das Land braucht einen Aufbruch, eine Idee, woran sich das Land nach der Coronapandemie wieder aufrichten kann.“ Er warne davor, „eine der Parteien nur als Korrektiv zu betrachten“. M. Greive, S. Kersting, J. Klöckner, T. Stiens, K. Stratmann

416

Sitze
im Bundestag würde eine Ampelkoalition auf sich vereinen – mehr als jedes andere mögliche Regierungsbündnis.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Da passt was zusammen, wenn man das zusammenbringen will.

Olaf Scholz
Bundesfinanzminister

Es werden keine einfachen Gespräche.

Jürgen Trittin
Grünen-Bundestagsabgeordneter

Deutschland braucht keine Fotos, sondern eine Regierung, die tatkräftig auch die Herausforderungen annimmt.

Rolf Mützenich
SPD-Fraktionschef

Ich empfehle kurze, zügige Sondierungsgespräche, die die zentralen Punkte adressieren.

Simone Peter
Ex-Grünen-Chefin

Erst mal ist ja schön, wenn alle gestern einen guten Abend hatten, das ist sehr wichtig, um gut zusammen zu regieren.

Lars Klingbeil
SPD-Generalsekretär

Wir wollen vermeiden, dass wir wieder diese ewigen Nachtsitzungen haben. Das macht die politischen Ergebnisse nicht besser.

Michael Kellner
Grünen-Bundesgeschäftsführer

Getty Images News/Getty Images, REUTERS, dpa, imago images/Jens Schicke, imago/Jürgen Heinrich, imago images/Jan Huebner

Regierungsbildung

Wie andere Länder Mehr-Parteien-Koalitionen bilden

Die Mehrheit der europäischen Regierungen stützt sich auf mehr als zwei Parteien. Mancherorts funktioniert das erstaunlich gut.

In den vergangenen Jahren wurde es für europäische Politiker immer schwieriger, stabile Regierungen zu bilden. Die Gesellschaften verändern sich und mit ihnen die Parlamente: Die Volksparteien werden immer kleiner, viele neue Gruppen kommen hinzu. Wie schafft man es, trotzdem eine stabile Regierung zu bilden?

Das Beispiel Italien zeigt, dass es geht, wenn man es wirklich will. Die „Regierung der nationalen Einheit“ von Ministerpräsident Mario Draghi besteht aus neun Parteien, die zusammen 85 Prozent der Sitze im Parlament haben. Am Kabinettstisch sitzen Linke und Rechte zusammen, Sozialdemokraten und Konservative, dazu Minister der Kleinstparteien. Die Regierung ist aus der Not geboren, Draghi übernahm inmitten der Coronakrise. Die Verhandlungen gingen schnell, nach dem Rücktritt von Vorgänger Giuseppe Conte vergingen gerade mal 18 Tage bis zur Amtsübernahme. Seit Februar wird Italien so stabil geführt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das liegt vor allem an Draghis Autorität und Regierungsstil – aber auch an den fähigen Technokraten, die der ehemalige Zentralbanker auf entscheidende Ministerposten gesetzt hat.

Einen ähnlichen Ruck bräuchte es auch in den Niederlanden, wo im März gewählt wurde, eine Koalition aber noch nicht absehbar ist. Viele der 17 Parteien lassen sich kaum in eine Regierung einbinden. Obwohl die Partei VVD des amtierenden Ministerpräsidenten Mark Rutte Stimmen hinzugewonnen hat, fällt es ihm nun schwer, ein Angebot zu machen, das für mehrere Partner gleichzeitig attraktiv ist. Neben dem zersplitterten Parteiensystem gibt es dafür einen weiteren wichtigen Grund: Rutte hat nach der Wahl öffentlich „die Unwahrheit“ gesagt und wurde dabei erwischt. Nun muss er seinen Partnern entgegenkommen, um sie davon zu überzeugen, mit ihm eine Koalition einzugehen. Allerdings steht er dabei nicht unter Druck: Solange niemand eine Koalition gegen ihn bilden kann, bleibt er geschäftsführend im Amt. Je länger dieser Zustand anhält, desto eher könnten die Abgeordneten bereit sein, seinen Skandal zu vergessen. Es kann also noch dauern, bis eine neue Koalition steht.

Kreative Lösung in Irland

Mit einer kreativen Lösung verhinderten Politiker in Irland eine Blockade nach der Wahl 2020. Dort taten sich zwei konservative Parteien zusammen, die zuvor als Erzrivalen galten und zudem beide die Wahl verloren hatten.

Wichtiger war beiden aber, die linke Partei Sinn Fein mit ihren historischen Verbindungen zur Terrororganisation IRA von der Macht fernzuhalten. Auch die Grünen machten mit, sonst hätte es nicht gereicht. Da die Koalitionsparteien Fianna Fail und Fine Gael ungefähr gleich stark sind, einigten sie sich darauf, das Amt des Ministerpräsidenten zu teilen. Derzeit regiert Micheal Martin von Fianna Fail, im kommenden Jahr übergibt er das Amt an Leo Varadkar von Fine Gael, der schon vor der Wahl Ministerpräsident gewesen war. Die Regierung ist stabil, was vor allem daran liegt, dass die Parteien inhaltlich nicht weit auseinanderliegen. Noch komplizierter ist das Machtgefüge in Lettland. Aus den Wahlen am 6. Oktober 2018 war kein eindeutiger Sieger hervorgegangen. Zwei Abgeordnete scheiterten mit dem Versuch, eine neue Regierung zu bilden. Nach dreieinhalb Monaten Verhandlungen entstand dann eine ungewöhnliche Regierung: Sie wird getragen von zwei konservativen, zwei populistischen und einer liberalen Partei. Regierungschef ist Krisjanis Karins von der Vienotiba, der kleinsten der sieben Fraktionen im Parlament. Er regiert stabiler als die meisten seiner Vorgänger.

Gezanke in Spanien

Mit vergleichbaren Problemen kam in Spanien im Januar 2020 die zweite Regierung von Sozialist Pedro Sanchez ins Amt. Über seinen Koalitionspartner Podemos hatte Sanchez im Jahr zuvor gesagt, er „könnte ebenso wenig ruhig schlafen wie 95 Prozent der Spanier“, wenn die Partei Teil der Regierung sei. Grund waren die Forderungen der Linkspopulisten nach Kernministerien wie Finanzen, Sozialversicherung und Arbeit. Doch nach vier Wahlen in vier Jahren und einer Reihe von wackeligen Minderheitsregierungen war klar, dass es eine möglichst stabile Regierung braucht. Sanchez’ Regierung braucht die Hilfe kleiner Parteien – unter anderem auch der katalanischen Unabhängigkeitsbefürworter, die ihre Machtposition weidlich ausnutzen und immer neue Zugeständnisse fordern. Das Gezänk rückte durch die Coronakrise in den Hintergrund. Die Milliarden aus dem EU-Fonds halfen Sánchez Ende vergangenen Jahres, erstmals einen eigenen Haushalt durch das Parlament zu bringen. Es sieht deshalb so aus, als würde Sánchez eine volle Amtszeit bis 2023 Regierungschef bleiben. Damit übernimmt Spanien ein Modell, das in Skandinavien schon lange praktiziert wird. In Dänemark, Schweden und Norwegen stützen sich Regierungen oft auf mehrere Parteien und haben dennoch keine eigene Mehrheit im Parlament. So stützen sich die dänischen Sozialdemokraten auf die rechtspopulistische Volkspartei. In Norwegen suchten die Regierungschefs früherer Jahre stets die parlamentarische Hilfe bei der rechtspopulistischen Fortschrittspartei. In Schweden haben sich die Sozialdemokraten trotz Kooperationsabkommen mit Grünen und Sozialisten häufig Unterstützung von den Konservativen geholt.

Die Situation akzeptieren und ungewöhnliche Wege gehen – das kann Deutschland von anderen Ländern lernen. Der Politikwissenschaftler Uwe Jun von der Universität Trier sagt, dass es noch einen weiteren Erfolgsfaktor gibt: Stabil seien Koalitionen dann, wenn sich die Partner gegenseitig nicht zu sehr in die Quere kommen. Gerade in den großen Koalitionen in Deutschland habe es zu viele Kompromisse gegeben. Jun spricht von „traditionellen Koalitionsverträgen“. Besser sei, wenn sich Parteien gegenseitig Projekte und Erfolge gönnen, den Ministern also viel Handlungsspielraum lassen.

Wahlplakate in Irland: Blockade mit kreativen Ideen abgewendet.

NurPhoto/Getty Images

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Klimaneutralität

Letzte Chance für die Stahlindustrie

Die Branche braucht massive finanzielle Unterstützung der Politik, um grünen Stahl zu produzieren – laut einer Analyse bis zu 35 Milliarden Euro.

dpa

Stahlabstich bei Salzgitter
Die Stahlbranche steht vor gewaltigen Herausforderungen.

Klaus Stratmann Berlin

Energieintensive Branchen wie Stahl, Chemie oder Zement stehen in den kommenden Jahren unter immensem Druck, ihre Produktionsverfahren klimaneutral zu gestalten. Die Stahlindustrie steht dabei besonders im Fokus. Sie stellt in Deutschland die größte industrielle CO_2-Quelle dar. Wenn man hier ansetzt, tun sich gewaltige CO_2-Minderungspotenziale auf, die sich auf wenige Standorte beschränken.

Als effizientes Instrument zur Senkung der CO_2-Emissionen bieten sich Klimaschutzverträge an, die den Unternehmen die Mehrkosten einer klimafreundlichen Stahlproduktion ersetzen. Diese Mehrkosten sind erheblich: „Der Finanzbedarf für die Klimaschutzverträge zur Transformation der Stahlindustrie bis 2030 beträgt je nach Kombination der Politikinstrumente insgesamt 13 bis 35 Milliarden Euro“, heißt es in einer noch unveröffentlichten Analyse des Thinktanks Agora Energiewende, die dem Handelsblatt vorliegt.

Erforderlich sei ein eigener dauerhafter Refinanzierungsmechanismus, „damit die Branche Investitionssicherheit erhält“, heißt es in der Studie. Außerdem müssten parallel zu den Klimaschutzverträgen grüne Leitmärkte aufgebaut werden, „die den Mehrwert von klimaneutralem Stahl honorieren und ihn als Standard am Markt etablieren“.

Grundsätzlich funktionieren Klimaschutzverträge, im Fachjargon Carbon Contracts for Difference (CCfD) genannt, so: Die Verträge gleichen die Mehrkosten des Umstiegs auf klimaneutrale Prozesse aus. Sie können für die Investition in eine neue Anlage genutzt werden, aber auch für den Ausgleich höherer Betriebskosten. Ein CCfD wird zwischen öffentlicher Hand und Unternehmen geschlossen. Nach Überzeugung von Agora Energiewende sind Klimaschutzverträge „das geeignete Instrument, um die Mehrkosten einer klimafreundlichen Stahlproduktion abzusichern“.

Die Transformation der Industrie zur Klimaneutralität stellt für die betroffenen Unternehmen eine der größten Herausforderungen ihrer Geschichte dar. Sie müssen die auf dem Einsatz fossiler Energieträger basierenden Verfahren komplett umstellen auf neue Produktionsmethoden, die auf dem Einsatz von klimaneutralem Wasserstoff oder von Strom aus erneuerbaren Quellen beruhen. Das erfordert Milliardeninvestitionen in neue Anlagen und sorgt außerdem für steigende Betriebskosten. Sowohl für die Investitionen als auch für die laufenden Kosten brauchen die Unternehmen Unterstützung.

Klimaschutzverträge sind das bevorzugte Instrument

Die nächste Bundesregierung wird sich mit dem Thema beschäftigen müssen. Die Zeit drängt. Denn bis 2030 muss die Grundstoffindustrie einen erheblichen Teil ihres Anlagenparks erneuert haben, weil bestehende Anlagen am Ende ihrer Lebensdauer angelangt sind: So stehen in der Stahlbranche 53 Prozent der Hochöfen, in der Grundstoffchemie rund 59 Prozent der Steamcracker und in der Zementindustrie rund 30 Prozent der Zementöfen zur Reinvestition an.

Das Problem: Falls im kommenden Investitionszyklus erneut in konventionelle Technologien investiert werden sollte, drohen Fehlinvestitionen. Darum brauchen die Unternehmen Hilfe – und zwar sofort. „Eine zügige und pragmatische Umsetzung von Klimaschutzverträgen“ sei daher „ein wichtiger und notwendiger Schritt, um die Transformation der Stahlbranche anzugehen“, heißt es in der Analyse von Agora Energiewende. Es gelte, „möglichst schnell die Rahmenbedingungen für geeignete Investitionsentscheidungen zu schaffen, da die nachgeschalteten Genehmigungsverfahren und der Anlagenbau etwa drei Jahre Zeit benötigen“. Die Entscheidungen für eine Förderung der Investitionen und Zusagen zur Absicherung der Mehrkosten beim Betrieb müssten daher „schon zu Beginn der nächsten Legislaturperiode erfolgen“, heißt es in der Studie.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat in seinem „Handlungskonzept Stahl“, das im vergangenen Jahr veröffentlicht wurde, das Instrument der Klimaschutzverträge bereits genannt; es folgten aber bislang keine konkreten Beschlüsse. Die Förderung der Produktion von klimaneutralem Stahl bezieht sich bislang auf Pilotanlagen, ein umfassendes Konzept, das den grundlegenden Umbau der Produktion fördert, fehlt.

Die nächste Bundesregierung steht somit unter Zugzwang. In den Wahlprogrammen der Parteien ist das Thema durchaus angekommen. Die Union etwa setzt sich in ihrem Programm mit dem Thema Differenzverträge auseinander. Grünen-Spitzenkandidatin Annalena Baerbock hatte in dem von ihr vorgeschlagenen „Industriepakt“ Lösungen nach dem Vorbild der Differenzverträge in Aussicht gestellt – allerdings verbunden mit der Forderung, dass die Firmen die Hilfen der öffentlichen Hand später wieder zurückzahlen.

Die Branche wartet auf konkrete Angebote. Klimaschutzverträge seien ein Schlüsselinstrument, damit der Einstieg in die Transformation möglich werde, sagte Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, dem Handelsblatt. „Solche Klimaschutzverträge müssen bereits ab 2022, mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet, zur Verfügung stehen und über ein von der Bundesregierung angekündigtes Pilotprogramm hinausgehen“, sagte er.

Fachpolitiker wissen, dass die Zeit drängt. „Die Industrie wartet schon zu lange auf ein tragfähiges Förderprogramm, Ankündigungen allein sind keine ausreichende Sicherheit“, sagte Dieter Janecek, Sprecher für Industriepolitik der Grünen-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt.

„Jetzt heißt es: Raus aus dem Schlafwagen der Großen Koalition, wir brauchen endlich ordentlich Dampf im Kessel. Das heißt: in puncto Klimaschutzverträge Klarheit und Konzept, einen Zeitplan und die nötige Umsetzungskraft. Das Wahlergebnis birgt dafür eine große Chance“, sagte er.

Allerdings ist das Thema für den Fall einer Regierungsbeteiligung der Liberalen nicht frei von Konfliktpotenzial. Bei Klimaschutzverträgen sei „die FDP nach den Erfahrungen mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zwar eher skeptisch“, sagte Lukas Köhler, klimaschutzpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt. „Aber unter Demokraten gehört es zum guten Ton, sich konkrete Vorschläge gegebenenfalls erst mal anzuhören“, sagte er. Er sei sich sicher, dass man im Falle einer Regierungsbeteiligung gute Konzepte entwickeln könne, damit Deutschland zum klimaneutralen Industrieland werden könne.

Die Stahlhersteller in Deutschland haben umfassende Investitionen angekündigt. Die Analyse von Agora Energiewende verdeutlicht jedoch, dass die Ankündigungen nicht ausreichen, um die klassische Hochofenroute, die auf dem Einsatz von Kohle basiert, komplett zu ersetzen.

Nach Angaben von Agora Energiewende erreichen 16 Millionen Tonnen kohlebasierter Hochofenkapazität bis 2030 das Ende ihrer Lebensdauer. Dem stehen aber nur Investitionsankündigungen in Höhe von sieben Millionen Tonnen Kapazität für neue, klimafreundliche Verfahren gegenüber.

Die neuen Verfahren basieren auf dem Einsatz von Wasserstoff. Dabei wird das Eisenerz in Direktreduktionsanlagen reduziert. Dabei entsteht lediglich Wasserdampf als Prozessgas, kein CO_2. Eile ist geboten, damit sich der Wandel in Europa vollzieht: „Die europäische Stahlindustrie muss jetzt eine schnelle Transformation beginnen, damit dieser Teil der Wertschöpfungskette gehalten werden kann“, sagte Frank Peter von Agora Energiewende. Die Politik werde diesen Prozess „massiv unterstützen müssen“.

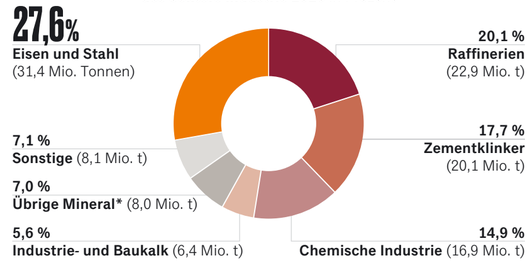
Der klimaneutrale Wasserstoff, auf den die Stahlunternehmen für die Wasserstoffroute angewiesen sind, wird noch für Jahre knapp und teuer sein. Ersatzweise werden die Unternehmen daher anfangs Erdgas statt Wasserstoff einsetzen müssen. Auch beim Einsatz des Wasserstoffs selbst raten die Fachleute von Agora zur Flexibilität: Solange nicht genügend grüner Wasserstoff zur Verfügung stehe, könne der Prozess „durch die Verwendung von CCS-basiertem Wasserstoff beschleunigt werden“.

CCS-basierter Wasserstoff, auch „blauer Wasserstoff“ genannt, entsteht, wenn Wasserstoff auf konventionellem Weg mittels Dampfreformierung auf Erdgasbasis hergestellt wird und das dabei frei werdende CO_2 dauerhaft unterirdisch gespeichert wird (Carbon Capture and Storage, kurz CCS). Die Methode ist umstritten.

> Die europäische Stahlindustrie muss jetzt eine schnelle Transformation beginnen, damit dieser Teil der Wertschöpfungskette gehalten werden kann.
>
> **Frank Peter**
> stellvertretender Direktor Agora Energiewenden

Stahlbranche mit höchsten Emissionen

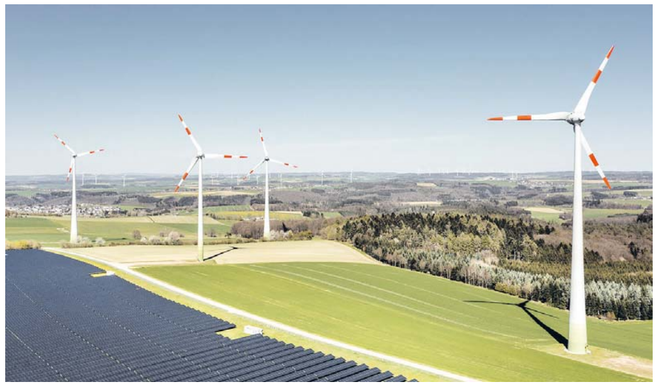
Anteile der Branchen an den Co_2-Äquivalenten des Sektors Industrie 2020 in Prozent



HANDELSBLATT
*Mineralverarbeitende Industrie • **Quelle:** Umweltbundesamt

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Energiewende:
Die Kosten dafür sind hoch, der Strompreis steigt und gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit vieler Firmen.



paul langrock.de

IHK-Unternehmensbarometer

Schlechtes Zeugnis für den Standort Deutschland

Viele Unternehmen klagen über die Rahmenbedingungen. DIHK-Präsident Peter Adrian fordert einen „Investitionsruck“.

Das Jahr 2009 war für die Bundesrepublik wahrlich kein Jahr der Freude. Nach dem Überschwappen der US-Finanzkrise nach Europa im Vorjahr brach das Wachstum ein, an den Börsen herrschte Panik, Banken mussten mit Staatsgeld gerettet werden. Die deutschen Unternehmen aber bewerteten ihre Lage damals dennoch in vielerlei Hinsicht besser als heute. Das geht aus dem am Mittwoch veröffentlichten Unternehmensbarometer der Industrie- und Handelskammern (IHK) hervor, für das 3500 Firmen befragt wurden. Die Unternehmen hätten „Angst, dass Deutschland zunehmend an Boden verliert“, sagt Peter Adrian, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK).

Die verschlechterten Standortbedingungen drücken sich auf drei zentralen Feldern aus: Bürokratie, digitale Infrastruktur und Energiekosten. Die Unternehmen waren aufgefordert, die Rahmenbedingungen mit Schulnoten zu bewerten.

Schlusslicht sind die bürokratischen Hindernisse mit einer Wertung von 4,8 – in der Schule wäre das eine „Fünf plus“. Viele Firmen haben nicht die Ressourcen, um immer mehr analoge, komplexe und sich wiederholende Melde-, Berichts- und Dokumentationspflichten zu erfüllen. Schleppende Genehmigungen und komplexe Regelungen bremsen zunehmend, zeigt die Umfrage. In den Auswertungen von 2013 und 2017 hatten die Unternehmen eine Verbesserung bei der Bürokratie gegenüber 2009 gesehen. Damals bewerteten sie die Lage mit 4,6. „Leider Gottes ist in Sachen Bürokratieabbau keine Verbesserung erkennbar“, kritisiert DIHK-Präsident Adrian.

Energiekosten auf Rekordhoch

Einen weiteren Nachteil sehen sie bei den hohen Energiekosten, insbesondere beim Strom. Dieser Standortfaktor erhält eine Wertung von 4,5. Die Beschaffungskosten für Strom und Gas haben im September 2021 Allzeitrekorde aufgestellt.

An der Strombörse in Leipzig haben sich seit März 2020 die Notierungen für Stromlieferungen im kommenden Jahr mit über 70 Euro pro Megawattstunde (MWh) mehr als verdoppelt. Seit rund zwölf Jahren war der Strom im Großhandel nicht mehr so teuer. Eine ähnliche Rally hat der Gaspreis hingelegt, der sich binnen weniger Monate auf 65 Euro pro MWh verdreifacht hat.

Die Energiekosten werden durch immer höher werdende Abgaben für CO_2-Emissionen, die die Energieproduzenten weitergeben, sowie steigende Ölpreise getrieben. Nicht zu unterschätzen sind beim Strom die Steuern und Abgaben, die inzwischen rund die Hälfte des Preises ausmachen. Dazu trägt insbesondere die EEG-Umlage zur Förderung von Ökostromanlagen bei. Damit sie nicht drastisch steigt, hatte die Bundesregierung sie für 2021 und 2022 mit milliardenschweren Steuergeldern aus dem Haushalt stabilisiert. In ihren Wahlprogrammen versprechen alle großen Parteien, die milliardenschwere EEG-Umlage abzuschaffen oder zu senken. Das aber muss gegenfinanziert werden.

Die nächste Bundesregierung müsse handeln, fordert der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Holger Lösch: „Sie muss staatliche Lasten auf den Strompreis reduzieren, etwa durch die Senkung der EEG-Umlage.“ Niedrigere Strompreise seien essenziell für einen wettbewerbsfähigen Standort Deutschland.

Auch bei der Digitalisierung hängt Deutschland weiter zurück. Die IHK-Firmen gaben der digitalen Infrastruktur 2017 noch eine Note von 3,7, jetzt fiel sie auf 4,3. Für die meisten Unternehmer – 61 Prozent – ist die Digitalisierung das Thema, das die künftige Bundesregierung am dringendsten angehen muss.

Andere Standortuntersuchungen kommen mit Blick auf Deutschland zu einem ähnlichen Befund. Beim „Ease of Doing Business Index“ der Weltbank, der die Geschäftsfreundlichkeit eines Landes misst, rangierte Deutschland 2020 auf Rang 22 von 190 Nationen. Beim Aufwand, ein Unternehmen aufzubauen, ist Deutschland etwa seit 2013 um 20 Plätze abgerutscht. Die einstige Gründernation landete nur auf Platz 126 – hinter Ländern wie Guinea, Djibouti und Mali.

Insbesondere bürokratische Hemmnisse erschweren laut Weltbank die Geschäftstätigkeit in Deutschland. Die Auswirkungen langer Plan- und Genehmigungsverfahren bei Bauvorhaben haben sich laut Weltbank bei der Gründung von Firmen hierzulande noch verschlimmert.

Adrian sieht die neue Bundesregierung in der Pflicht, für Besserung zu sorgen. „Unsere Wirtschaft braucht einen spürbaren Investitionsruck in Deutschland.“. Richtschnur für den Koalitionsvertrag solle deshalb sein, private und öffentliche Investitionen zu fördern. Deutschland dürfe nicht langsamer sein als der Rest der Welt. Julian Olk

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Subventionen

Chaos bei der Förderung von E-Fahrzeugen

Die Deutschen kaufen so viele Elektroautos wie nie zuvor – weil die Finanzhilfen aus Berlin opulent fließen. Dafür sparen die 16 Bundesländer auf Kosten des Bundes.

Daniel Delhaes Berlin

Wer im vergangenen Jahr ein Elektroauto bestellt hat, konnte sich mächtig freuen: Zunächst galt die Regel, dass es 3000 Euro vom Bund gibt und darüber hinaus in einigen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen noch einen Bonus von 4000 Euro, was insgesamt 7000 Euro ergibt.

Im Sommer beschloss die Bundesregierung mit ihrem Konjunkturpaket, die Kaufprämie für neue strombetriebene Fahrzeuge von 3000 auf 6000 Euro zu verdoppeln, zuzüglich des Zuschusses der Autohersteller waren es allein auf diesem Weg insgesamt 9000 Euro bei einem Nettolistenpreis von bis zu 40.000 Euro. Eine stattliche Summe – zumal es auch weiterhin Landesförderprogramme gab. Von den Steuervorteilen ganz zu schweigen.

Doch manch einer erlebte mit den neuen Regeln sein blaues Wunder. Der Bund hatte zwar seinen Zuschuss verdoppelt. Zugleich aber legte er mit dem Konjunkturpaket fest, die bis dahin erlaubte Kombination der Zuschüsse aus Bundes- und Landesprogrammen zu stoppen. Und damit begann das Chaos.

So beklagt etwa eine Solinger Familie nun einen wirtschaftlichen Schaden. Sie hatte im Februar 2020 ein Auto bestellt, das im Oktober desselben Jahres ausgeliefert wurde. Die Familie vertraute zum Zeitpunkt der Bestellung darauf, vom Bund die damals geltenden 3000 Euro zu erhalten und hatte vorsorglich bereits die zusätzlich möglichen 4000 Euro aus dem Landesprogramm beantragt. 7000 Euro hatten sie also eingeplant.

Länder sparen auf Kosten des Bundes – Fristen laufen ab

Seither aber streiten die Solinger mit dem Düsseldorfer Wirtschaftsministerium. Auslöser ist das „Kumulationsverbot“, das die Bundesregierung mit dem Konjunkturpaket beschlossen hatte. Nach heftigen Protesten hatte das Bundeswirtschaftsministerium diese Regelung zwar wieder aufgehoben – allerdings unter dem Vorbehalt, dass die Bundesländer einzeln mit dem Bund Verwaltungsvereinbarungen schließen, in der die Doppelförderung festgelegt wird.

„Ziel der Verwaltungsvereinbarungen ist es, zwischen den Parteien ein maßgeschneidertes Verfahren zur Anrechnung der Umweltbonus-Förderung auf die des jeweiligen Förderprogramms festzulegen, das eine Kombination unter Einhaltung der haushalts- und beihilferechtlichen Vorgaben ermöglicht“, erklärte das Ministerium auf Anfrage. Doch die Länder halten sich zurück und sparen sich ihre Förderung lieber – auf Kosten des Bundes. „Aktuell bestehen Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg“, heißt es im Bundeswirtschaftsministerium.

In Nordrhein-Westfalen gibt es bis heute keine Verwaltungsvereinbarung. Ein ums andere Mal wurde die Wirtschaftsingenieurin der Familie vertröstet, die Vereinbarung sei in Arbeit. Erst sollte sie im März getroffen werden, dann im Mai, dann im September. Noch Mitte September teilte das Ministerium schriftlich mit: „Leider war die Hoffnung, diese Verwaltungsvereinbarung kurzfristig umsetzen zu können, zu optimistisch. Aufgrund diverser zum Teil nicht durch uns zu beeinflussende Umstände wird es noch einige Monate dauern, bis die Vereinbarung in Kraft treten kann.“

Um den Antrag beim Bund auf Co-Förderung zu stellen, darf seit dem Kauf allenfalls ein Jahr vergangen sein. Nun läuft die Zeit für die auf Nachhaltigkeit bedachte Familie ab. Es geht im Ergebnis um eine Differenz von mindestens 1000 Euro. Statt der 3000 Euro vom Bund und den 4000 Euro vom Land werden es vermutlich nur die neuen 6000 Euro des Bundes sein können. Ohne Kumulationsverbot mit der neuen Förderung wären es aber sogar 4000 Euro mehr gewesen.

Doch geht es gerade in dem Bundesland – in dem Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) und auch als Kanzlerkandidat für weniger Bürokratie und „Entfesselung“ wirbt – um weit mehr: „Nur das rückwirkende Aufheben des Kumulationsverbots – das ganz klar ein Fehler war – stellt den Vertrauensschutz wieder her“, forderte die Wirtschaftsingenieurin vom Ministerium. Es müsse also auch für all jene gelten, die im Glauben an die Förderung ein Elektroauto bestellt haben. Auf den Lieferzeitpunkt hätte sie als Käuferin „keinen Einfluss“.

Das Landesministerium erklärt auf Nachfrage freimütig, dass es angesichts der höheren Bundesförderung keinen Grund sieht, weiter zu fördern. Seit es die höhere Förderung des Bundes gibt, „halten wir die Bundesförderung für auskömmlich, sodass wir unsere Förderung für Fahrzeuge unter 2,3 Tonnen in Höhe von 4000 Euro eingestellt haben“, erklärte ein Sprecher. „Aus unserer Sicht besteht derzeit kein dringender Handlungsbedarf zum Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund.“ Das Kumulationsverbot habe der Bund ausgesprochen und sei daher Ansprechpartner.

Doch die Einschätzung, dass die Förderung auskömmlich ist, könnte sich bald ändern. Zumindest dürften die Grünen das auf Bundesebene angehen wollen, sollten sie Teil der neuen Regierung werden. Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock hatte im Wahlkampf vorgeschlagen, die Prämie noch einmal um 3000 Euro zu erhöhen, damit auch Menschen mit geringerem Einkommen ein neues Auto kaufen können. „Der zweite Teil soll aus unserer Sicht über einen zinslosen Kredit über die KfW bereitgestellt werden“, hatte Baerbock erklärt. Dieser Kredit könne dann etwa zurückgezahlt werden, weil das Tanken mit Strom deutlich günstiger sei als mit Benzin.

Die Grünen hoffen so, die Klimaziele im Verkehrssektor schneller zu erreichen. Dies ist nötig, da die jährlich vorgegebenen Ziele im Jahr 2022 um 20 Millionen Tonnen CO_2 verfehlt und laut Klimaschutzgesetz umgehend geschlossen werden müssten. Wie herausfordernd das ist, zeigt eine Berechnung der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität: Würden künftig nur noch E-Autos verkauft werden, ließen sich damit jährlich allenfalls sechs Millionen Tonnen CO_2 einsparen. Ein Tempolimit auf Autobahnen brächte zwei Millionen Tonnen ein.

Die Vorgaben für Autos mit Hybridantrieb steigen

Bereits heute boomt nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums der Absatz von E-Mobilen dank der Kaufprämie. So sind seit Juli eine Million E-Autos in Deutschland zugelassen worden, dazu zählen auch Plug-in-Hybride, die der Staat mit 6750 Euro bezuschusst. Sie müssen ab Oktober 2022 statt bisher 50 sogar 60 Kilometer weit elektrisch fahren können, ab 2024 dann 80 Kilometer – ansonsten gibt es keine Subventionen mehr.

„Der Anstieg der E-Auto-Käufe liegt vor allem an der erhöhten E-Auto-Förderung“, sagt eine Sprecherin. Seit die Kaufprämie im Sommer 2020 verdoppelt worden sei, „sind die Antragszahlen nach oben geschnellt“. Allein im ersten Halbjahr 2021 seien bereits mehr als 258.000 Fahrzeuge mit dem als „Innovationsprämie“ titulierten Zuschuss gefördert worden, dies entspreche „rund 1,32 Milliarden Euro“. Fazit des Ministeriums: „Damit wurden mehr Prämien in Anspruch genommen als im ganzen vergangenen Jahr.“ Auch für das gesamte Jahr rechnet das Ministerium mit einer „Rekordförderung für Elektroautos“.

In den nächsten Jahren dürfte es so weitergehen. Die Bundesregierung hat beschlossen, die Zuschüsse bis Ende 2025 zu gewähren. Die entsprechende Förderrichtlinie ist derzeit in Arbeit.

„Insgesamt hat die Bundesregierung seit Start des Umweltbonus 2016 rund 2,75 Milliarden Euro für die Förderung von mehr als 650.000 E-Autos ausgezahlt“, erklärte die Sprecherin mit Stichtag September 2021. Im Durchschnitt würden monatlich 40.000 bis 50.000 Anträge gestellt.

dpa

Strom für die Batterie: Der Absatz von E-Autos boomt – dank üppiger Förderung des Bundes.

Kaufprämien für Elektroautos

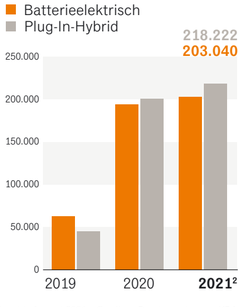
Fördersatz nach Fahrzeugtyp,
Angaben in Euro

Nettolistenpreis	Fördersatz für BEV-Fahrzeuge[1]	Fördersatz für Plug-In-Hybrid
Unter 40.000 Euro	Bis zu 9.000 €	6.750 €
40.000 bis 65.000 Euro	Bis zu 7.500 €	5.625 €

Zusätzliche Anreize

- Das Aufladen eines E-Autos beim Arbeitgeber ist steuerfrei und wird auch nicht als geldwerter Vorteil versteuert
- 10-jährige Befreiung von der Kfz-Steuer bei erstmaliger Neuzulassung eines Elektroautos

Zahl der Pkw-Neuzulassungen
in Deutschland



HANDELSBLATT

1) Batterieelektro- oder Brennstoffzellenfahrzeug; 2) Jan. bis August 2021 • **Quellen:** Bundesregierung, KBA

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Digitalisierung

Jede zweite Schule hat kein WLAN

Die Ausstattung der Schulen mit Laptops und Computern ist dürftig, auch fehlen IT-Kräfte.

Die digitale Ausstattung der deutschen Schulen ist noch immer extrem lückenhaft: Jeder zweite Schule hat kein WLAN für Schülerinnen und Schüler, ebenso viele bieten den Lehrkräften keine technische Unterstützung an. Und 43 Prozent der Lehrer arbeiten an Schulen, an denen es nicht genug digitale Endgeräte für den Unterricht gibt. Das zeigt eine repräsentative Studie der Uni Göttingen für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Dafür wurden Anfang des Jahres bundesweit rund 3500 Lehrkräfte weiterführender Schulen befragt. Ein Drittel gab dabei auch an, dass sie beim Umgang mit der Digitalisierung „schnell an ihre Grenzen stoßen – schlicht, weil sie nicht dafür ausgebildet sind“, sagte Studienleiter Frank Mußmann bei der Vorstellung.

Die GEW fordert daher weit mehr Anstrengungen, um die Lehrkräfte zu schulen: „Wir dürfen die Digitalisierung an der Schule nicht auf Ausstattungsfragen reduzieren. Drei Balken im WLAN-Symbol bedeuten nicht automatisch gute Bildung“, sagte Gewerkschaftsvorstand Ralf Becker.

Lehrkräfte dürften auch nicht mit zusätzlichen IT-Aufgaben belastet werden, sondern müssten sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können.

Digitale Nachzügler

Hinter den Durchschnittswerten verbirgt sich eine enorme Spaltung: Zwölf Prozent der Schulen zählen die Forscher zu den „digitalen Vorreitern“, bei denen sowohl die Technik als auch die Einbindung und Unterstützung der Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler schon weit gediehen ist.

Ein Drittel hingegen sind „digitale Nachzügler“: Hier arbeitet nur jeder 20. Lehrer in Räumen, die digitales Lernen unterstützen, nur ein gutes Drittel hat Internetzugang zum Unterrichten. Aktuellen Regierungsangaben zufolge haben bisher auch nur elf Prozent aller Schulen Glasfaseranschluss.

Die schlechte Ausstattung wirkt sich ebenfalls auf die digitale Mündigkeit der Schüler aus. Sie sollen lernen, wie man prüft, ob Informationen im Netz zuverlässig und richtig sind. An den Vorreiterschulen funktioniert das laut 62 Prozent der Lehrkräfte – an den digitalen Nachzüglerschulen sagt das lediglich ein Drittel.

Das Interesse und das Engagement der Lehrer an der Digitalisierung insgesamt ist nach deren Selbstauskunft relativ hoch: 68 Prozent setzen täglich digitale Medien ein, weitere 22 Prozent regelmäßig. Und 77 Prozent sagen, sie würden gerne mehr mit digitalen Werkzeugen arbeiten.

Dass die Lehrkräfte an der Hälfte der Schulen keine technische Unterstützung bekommen, liegt vor allem daran, dass es dort keine IT-Administratoren gibt. Der Bund hatte im Rahmen des Digitalpakts zwar einen eigenen Topf von 500 Millionen Euro für solche IT-Fachleute bereitgestellt – davon ist bisher jedoch fast nichts abgeflossen.

Das liegt vor allem daran, dass der Markt für IT-Kräfte leer gefegt ist und die Wirtschaft teilweise deutlich mehr zahlt, heißt es in den Kommunen.

GEW-Vorstand Ralf Becker fordert daher, dass die Kommunen selbst im Rahmen ihrer Azubi-Stellen deutlich mehr IT-Kräfte ausbilden müssen. Daneben könnte man auch „die rund 10.000 IT-Assistenzkräfte, die aktuell an den Berufsschulen bereits ausgebildet werden, für diesen Zweck einstellen“, sagte er.

Insgesamt ist von den 6,5 Milliarden Euro des Digitalpaktes erst ein Achtel abgeflossen. Barbara Gillmann

Lars Berg/laif/laif

Tablets im Unterricht: Es gibt sie zwar in den Schulen, aber noch zu selten.

Anzeige

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt
DONNERSTAG, 30. SEPTEMBER 2021, NR. 189

Global Risk

Ist Japans Wohlstand in Gefahr?

Ob Dekarbonisierung, Digitalisierung oder Bürokratie – Japans neue Regierung muss einen großen Reformstau auflösen. Aber der künftige Ministerpräsident steht für das Weiter-so.

Martin Kölling Tokio

Fumio Kishida: Der langjährige japanische Außenminister steigt zum Ministerpräsidenten auf.

REUTERS [M]

Er ist der neue starke Mann Japans. Fumio Kishida wird voraussichtlich kommenden Montag als Ministerpräsident vereidigt und damit Nachfolger von Yoshihide Suga. Der 64-Jährige setzte sich am Mittwoch in der Wahl zum Vorsitzenden der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) durch, die über die Mehrheit im Unterhaus verfügt.

Kishida ist kein Mann, der die Massen bewegt. Steif stand er nach seiner Kür auf dem Podium, beide Arme fest am Körper. Nur kurz erhob er die Stimme. „Es gibt keine Lager", rief er seiner Partei und seinen unterlegenen Gegenkandidaten zu. Gemeinsam wolle man nun Wahlkampf führen. Das Unterhaus als entscheidende Kammer wird voraussichtlich im November neu gewählt. Er wolle dem Volk eine neue Partei präsentieren, fuhr Kishida fort, eine Partei, die zuhören könne. Das Publikum applaudierte, die Börse nicht. Der Leitindex Nikkei 225 gab fast ein Prozent nach. Das zeugt von der Krux Kishidas.

Wie Deutschland steht Japan vor historischen Aufgaben wie Dekarbonisierung, also dem CO_2-freien Wirtschaften, Digitalisierung, Strukturreformen und Verschuldung. Nur ist der Reformstau noch größer, die Staatsverschuldung mit geschätzten 270 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) enorm.

Doch mit der Wahl Kishidas scheinen besonders die ausländischen Anleger die Hoffnung auf durchgreifende Reformen zu verlieren. Denn, so lässt es sich auf den Punkt bringen, die LDP hat statt seines Rivalen im zweiten Wahlgang, des populären Reformers und Atomkraftgegners Taro Kono, den Kandidaten des Weiter-so gewählt. Der sanft sprechende Kishida entstammt einer Politikerdynastie und war der am längsten amtierende Außenminister Japans. Schon lange galt er als Wunschkandidat des Partei-Establishments.

Mit Kono hätte es die Chance auf unternehmensfreundliche Reformen gegeben, meint Jesper Koll, ein in Tokio ansässiger Ökonom und Berater von Investmentfonds. „Aber Kishida steht für Stabilität, für jemanden, der keinen Ärger macht, und vor allem dafür, dass er tut, was ihm die Technokraten der Elite vorschreiben."

Japans Verschuldung dürfte unter Kishida weiter stark steigen. Nach Schätzung der Ökonomin Sayuri Shirai, eines ehemaligen Mitglieds des geldpolitischen Ausschusses der Notenbank, ist die Schuldenquote durch die massiven Coronahilfen um 20 Prozentpunkte in die Höhe geschnellt. Denn bei seiner kurzen Antrittsrede deutete Kishida an, dass er sich tatsächlich in den altbekannten Bahnen der LDP bewegen wird, die seit 1955 mit zwei kurzen Unterbrechungen regiert.

Konjunkturprogramme sind in der LDP schon immer wichtiger gewesen als Sparsamkeit und drastische Reformen, wie der Schuldenstand zeigt. Kishida ist da keine Ausnahme. Als Erstes wolle er in diesem Jahr ein mehrere Hundert Milliarden Euro großes Konjunkturprogramm gegen die Auswirkungen der Coronakrise auf den Weg bringen, versprach Kishida gleich am Mittwoch.

Danach will er seine Prioritätenliste angehen, mit der er für sich geworben hatte. Ganz oben steht ein „neuer Kapitalismus": Kishida will die „Abenomics" aus hohen Staatsausgaben, massiver Geldschwemme und Anleihekäufen der Notenbank fortsetzen, die sein Vorvorgänger Shinzo Abe 2012 geprägt hatte, allerdings mit einem neuen Dreh.

Kishida verspricht eine Umverteilung zugunsten der ärmeren Japaner und zugunsten der ländlichen Regionen, die wegen Landflucht und Alterung stark unter Bevölkerungsschwund leiden. „Wirtschaftspolitisch bedeutet das, dass Kishida weniger auf Geldpolitik und mehr auf Fiskalpolitik setzen wird", sagt Martin Schulz, Chefvolkswirt des Technikkonzerns Fujitsu.

Die Notenbank-Expertin Shirai schätzt, dass solche Ausgaben auf Pump noch mindestens zehn Jahre funktionieren könnten. Denn Japan profitiert nicht nur von den hohen Transfers seiner starken Exportwirtschaft. Vor allem stabilisiert die Notenbank den wachsenden Schuldenturm. Rund die Hälfte der japanischen Staatsanleihen lagern schon in den Depots der Bank von Japan.

Nur stellt sich die Frage, ob Kishida das Geld nutzen wird, um Japans Grundproblem, das niedrige Wachstumspotenzial, zu lösen. „Damit die Löhne steigen, müssten die Firmen profitabler werden. Und um dafür die Produktivität von Land und Firmen zu steigern, müssten eigentlich Klima- und Energiepolitik sowie die Digitalisierung oben stehen", meint Ökonom Schulz. Doch dies sind nicht die Prioritäten in Kishidas Programm.

Weltweit weitreichende Folgen könnte die Energiepolitik der neuen Regierung haben. Ende Oktober beginnt in Großbritannien die globale Klimaschutzkonferenz COP26. Jahrelang galt Japan als Bremser der Emissionsreduzierung. Erst der scheidende Regierungschef Suga verordnete der Exportnation vor einem Jahr das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu wirtschaften. Allerdings sucht das Land im Gegensatz zu Deutschland noch heute nach einem klaren Weg zu diesem Ziel.

Daher müsse Japan nach dem Regierungswechsel aufpassen, in der globalen Klimapolitik nicht abgehängt zu werden, warnt Ökonomin Shirai. „Wenn die Regierung nicht wirklich die Null-CO2-Politik unterstützt, könnten wir unsere Wettbewerbsfähigkeit bei grünen Technologien verlieren."

Als Exportnation und einer der führenden Hersteller von Autos, Baumaschinen, Schiffen, Robotern und Produktionsanlagen wäre ein technologischer Rückstand für Japans Wohlstand fatal. Toyota-Chef Akio Toyoda hatte dieses Jahr bereits gewarnt, dass Japans große Abhängigkeit von Kohlestrom den Industriestandort in Gefahr bringen könnte. „Doch in der Energiewende hat Japan extrem hohe Defizite, weil sich die Regierung bisher kaum auf erneuerbare Energien konzentriert hat", urteilt Ökonom Schulz.

Unter Kishida könnte dieser Trend fortgeschrieben werden. Er will zwar die Emissionsziele von Suga weiterverfolgen. Aber er hat sich klar für eine Wiederbelebung der Atomkraft eingesetzt, die seit der Atomkatastrophe von 2011 nur noch ein Schattendasein führt.

Bis zum GAU in Fukushima vor rund zehn Jahren hatte Japan auf einen massiven Ausbau von Atomstrom gesetzt, um die Kohlendioxidemissionen zu senken. Doch während Deutschland sich nach der fernen Reaktorkatastrophe rasch für einen Atomausstieg entschieden hatte, hielt Japans Regierung unter Abe gegen den stillen, aber zähen Widerstand einer Mehrheit der Bevölkerung an der Atomkraft fest.

Japans Energiestrategie erscheint damit bis heute wenig nachhaltig. Erneuerbare Energien werden zwar gefördert, aber nur halbherzig. Umweltminister Shinjiro Koizumi und Kono als Minister für Verwaltungsreform setzten zwar in der derzeitigen Energiestrategie den für 2030 angepeilten Anteil von Sonnen-, Wind- und Wasserkraft auf das Doppelte, auf 36 bis 38 Prozent, herauf. Aber der Anteil von Atomstrom soll für 2030 fix bei 20 bis 22 Prozent bleiben.

Das Problem: Dafür müsste Japan nahezu alle 30 von ursprünglich 54 Meilern wieder einschalten. Nur sind erst neun wieder am Netz, das Schicksal der anderen ist ungewiss. Um Atomstrom langfristig in der geplanten Menge zu erzeugen, müsste Japan sogar bald neue Reaktoren bauen. Bei der Stärke des Widerstands läuft Japan aber bisher Gefahr, Geld und bürokratischen Aufwand für eine umstrittene Technologie zu verschwenden. Klimaschützer und Unternehmen mit grüner Technik hatten daher auf den Wahlsieg Konos gehofft.

Bei der Digitalisierung rangiert Japan hinter Deutschland

Ein weiteres wichtiges Feld ist die Digitalisierung von Verwaltung und Wirtschaft. Nach technischen Aspekten wie festem und mobilem Breitbandinternet und der Smartphonepräsenz ist Japan gut dabei. Aber im Alltag hinkt das Land weit hinterher. Im Ranking zur digitalen Wettbewerbskraft des schweizerischen Institute for Management Development (IMD) lag das Land 2020 sogar neun Plätze hinter Deutschland auf dem 27. Platz, Tendenz fallend.

Bei Online-Dienstleistungen war Japan in der OECD, einer Organisation alter Industrienationen, bislang Letzter. Auch in den Betrieben wurde bisher oft noch sehr analog mit Faxgeräten und Namensstempeln gearbeitet – und Telearbeit bis zum Corona-Ausbruch kaum genutzt.

Doch mit der Pandemie wurde dieser Rückstand zu einem wirklichen Problem. Der scheidende Regierungschef Suga machte daher eine Digitalisierungsoffensive zu einem Pfeiler seiner Reformpolitik in der erklärten Hoffnung, Japans Produktivität zu erhöhen. Kishidas Rivale Kono gründete daher eine Digitalisierungsagentur, die eine Art Super-Behörde werden soll, um den Staat in die Onlinewelt zu befördern. Doch die kann nur so gut sein wie die Strategie. Und Kishida redet vor allem von einer Digitalisierung des Finanzsektors und wenig von weitreichenden Strukturreformen. Ob das reicht, um Japan wieder an die Weltspitze zu bringen, muss sich zeigen.

Japan kann mit Kishida trotz enttäuschter Reformhoffnungen leben. Immerhin hat das Land über Jahrzehnte mit seiner starken Verwaltung die Kunst perfektioniert, auch bei den oft jährlich rotierenden LDP- und damit Regierungsspitzen eine stabile Politik und schrittweise Reformen zu schaffen. Für die großen Wendepunkte sind allerdings starke Politiker notwendig gewesen.

Global Risk

Die Märkte verstehen heißt, wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Risiken im Ausland früh zu erkennen und in ihrer Wirkung einschätzen zu können.

Die Auslandskorrespondenten des Handelsblatts helfen dabei und analysieren in diesem Format die Risiken auf den Weltmärkten.

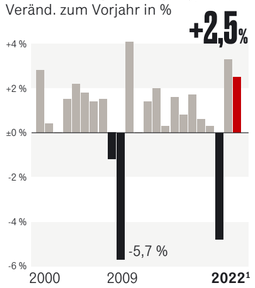
Ob Kishida so einer ist? Bisher gilt er als umgänglicher fürs Establishment als der leicht aufbrausende Kono. Außerdem kämpfen die Parteiflügel nach neun Jahren an der Regierung wieder stärker um Pfründe. Vor allem muss sich Kishida mit dem bisherigen Finanzminister Taro Aso und dem Ex-Regierungschef Abe sowie dessen – unterlegener – Überraschungskandidatin für das Amt des LDP-Chefs, Sanae Takaichi, arrangieren. Seine erste Bewährungsprobe steht für Kishida am Montag nach seiner Vereidigung an, und zwar mit seiner Personalpolitik.

Der Politologe Koichi Nakano von der Sophia-Universität prognostiziert: „Kishida könnte sich im Laufe der Zeit als sein eigener Mann etablieren, aber zunächst muss er die Unterhauswahl im November und die Oberhauswahlen im nächsten Sommer gewinnen."

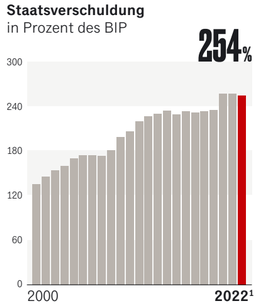
Eine Verteidigung der absoluten Mehrheit der LDP wäre allerdings ein wichtiger Schritt, so Nakano. „Andernfalls könnte er am Ende nur eine weicher aussehende und weicher klingende Version von Suga sein – und ebenso kurzlebig." Suga war nur ein Jahr im Amt.

Japan: Moderate Wachstumsraten bei hoher Staatsverschuldung

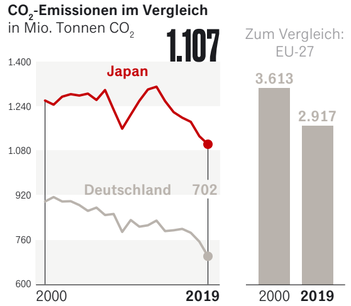
Bruttoinlandsprodukt (BIP), real, Veränd. zum Vorjahr in %



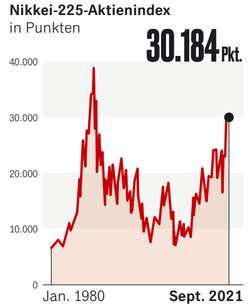
Staatsverschuldung in Prozent des BIP



CO_2-Emissionen im Vergleich in Mio. Tonnen CO_2



Nikkei-225-Aktienindex in Punkten

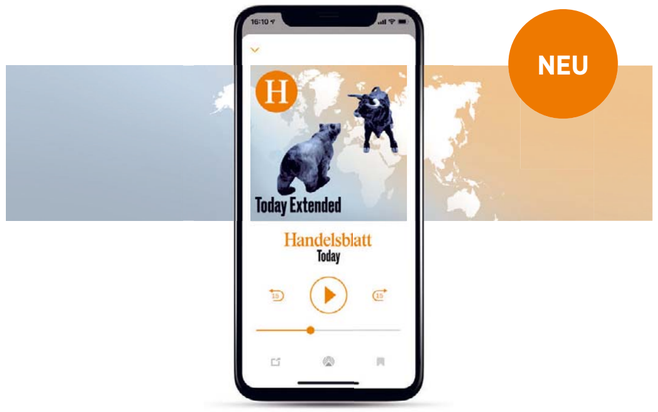


HANDELSBLATT • 1) Prognose ab 2021

Quellen: IWF, Global Carbon Project, Bloomberg

Anzeige

Handelsblatt
Today Extended
Der Geldanlage-Podcast
mit Börsenexperte Ulf Sommer



Mary-Ann Abdelaziz-Ditzow Ulf Sommer

Unsere Podcasts bekommen Zuwachs: Ergänzend zum börsentäglichen Podcast Handelsblatt Today liefern Mary-Ann Abdelaziz-Ditzow und Ulf Sommer im neuen Sonderformat vertiefende Analysen zu ausgewählten aktuellen Geldanlage-Themen.
Jeden zweiten Sonntag ab 6 Uhr – überall, wo es Podcasts gibt.

Jetzt reinhören:
handelsblatt.com/today

Anhören auf Apple Podcasts
Spotify

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

USA

Bidens Schlacht um die Billionen

Die Reformpläne des US-Präsidenten wackeln. Parallel muss er einen Shutdown und Staatsbankrott verhindern.

Polaris/laif

Widerstand der Republikaner: Viele konservative Senatoren wie John Barrasso aus Wyoming (Mitte) lehnen die Haushaltspläne des Präsidenten ab.

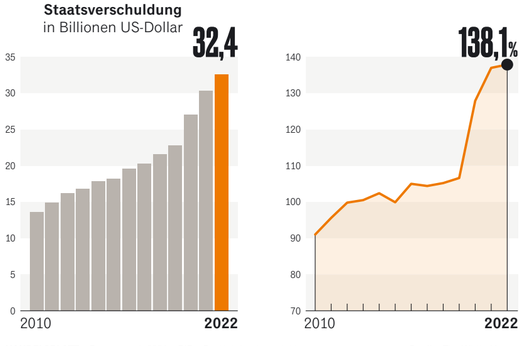
Annett Meiritz Washington

Joe Biden kämpft in diesen Tagen nicht nur um Mehrheiten für massive Investitionen, die seine Präsidentschaft definieren sollen. Noch vor dem Wochenende könnte sich entscheiden, ob seine Demokraten zwei billionenschwere Pakete für Infrastruktur und Sozialprogramme durch den Kongress bekommen – oder ob Biden am Ende mit leeren Händen dasteht. Parallel müssen die US-Demokraten einen Regierungsstillstand, einen sogenannten Shutdown, abwenden und einen Staatsbankrott verhindern. Denn schon an diesem Freitag geht den US-Behörden das Geld aus, wenn bis dahin kein Haushaltsplan bewilligt wird. Dazu droht den USA in weniger als drei Wochen die Zahlungsunfähigkeit, sollte der Kongress die Schuldengrenze nicht anheben.

Die Gemengelage ist extrem kompliziert: Ultraknappe Mehrheiten im Kongress schränken die Manövrierfähigkeit von Biden ein, auf dem Capitol Hill laufen chaotische Verhandlungen. Die Stimmung in Washington ist aufgeladen, denn Bidens Demokraten sind in sich gespalten und die republikanische Opposition verwehrt fast jegliche Kooperation.

Der Showdown im Kongress kommt für Biden zum ungünstigsten Zeitpunkt. Seine Umfragewerte sind seit dem desaströsen Abzug aus Afghanistan im Abwärtstrend, die Pandemie kratzt am Wirtschaftsaufschwung, an der Südgrenze zu Mexiko stranden täglich Zehntausende Flüchtlinge. Das Ringen um Billionen zwingt Biden jetzt erneut in die Rolle des Krisenmanagers. Eine Reise nach Chicago, wo er für das Covid-Impfprogramm werben wollte, sagte er kurzfristig ab.

USA mit beschleunigter Verschuldung



HANDELSBLATT • Prognose ab 2021 • BIP = Bruttoinlandsprodukt
Quelle: The White House

Zeitlich am drängendsten ist das Abwenden eines Shutdowns. Sollte sich der Kongress bis Freitag nicht auf eine Finanzierung für den Haushalt einigen können, müssen die US-Regierungsbehörden Tausende Angestellte nach Hause schicken. Der letzte Shutdown unter der Präsidentschaft von Donald Trump dauerte 35 Tage. Für die Demokraten wäre ein Regierungsstillstand ein fatales Signal. Denn Biden hat sich als Alternative der Vernunft positioniert, er will im Gegensatz zu Trump für Stabilität sorgen. Ausgerechnet jetzt, wo viele Ministerien Gelder für Impfungen und Naturkatastrophen verteilen, wäre ein Shutdown im ganzen Land spürbar.

Beobachter rechnen aber damit, dass die Demokraten, die in beiden Kammern des Kongresses dünne Mehrheiten halten, in letzter Minute einen vorläufigen Haushaltsplan verabschieden. „Die USA haben viele Shutdowns ohne Spätfolgen überstanden, und wir glauben, dass dies auch jetzt gilt“, analysierte das Investorenbüro BBH Global Currency Strategy.

Das Infrastrukturpaket hängt fest

Politisch heikler ist der Kampf um Bidens gigantische Reformen, die zusammen mehr als vier Billionen Dollar kosten sollen. Ein Teil davon ist ein rund 1,2 Billionen schweres Infrastrukturpaket, das in seltener Zusammenarbeit mit den Republikanern entstanden ist. Im August hatte der US-Senat, die mächtigste Kammer im Kongress, die Reform bereits verabschiedet. Doch seitdem hängt sie in der zweiten Kammer fest, dem Repräsentantenhaus. Schuld ist ein Machtkampf innerhalb der Demokraten. Das linke Lager will eine Zustimmung nur dann garantieren, wenn der Kongress parallel ein 3,5 Billionen teures Haushaltspaket verabschiedet – zur Not im Alleingang und ohne republikanische Stimmen. Allerdings ist dieses Mega-Paket auch unter moderaten Demokraten umstritten, die die damit verbundenen Steuererhöhungen und hohen Kosten ablehnen.

Die riskante Tandem-Abstimmung war bis vor Kurzem vom Weißen Haus unterstützt worden: Alles oder nichts, schien Bidens Devise. Doch jetzt zeichnet sich eine Kehrtwende ab. Die Demokratenchefin im Repräsentantenhaus, Nancy Pelosi, drängt seit Dienstag darauf, dass das Infrastrukturpaket in jedem Fall verabschiedet werden muss, zunächst unabhängig von der 3,5-Billionen-Reform. Sie will für Donnerstag ein Votum ansetzen. In diesem Strategiewechsel spiegelt sich der Druck wider, unter dem die Demokraten stehen. Die Angst scheint groß, vor den wichtigen Kongresswahlen im kommenden Jahr gar kein großes Projekt mehr anschieben zu können. Weder Barack Obama noch Trump gelang eine Infrastrukturreform, für Biden wäre sie ein großer innenpolitischer Sieg.

Alle Augen werden deshalb am Donnerstag auf das Repräsentantenhaus gerichtet sein. Nicht mehr als drei Abweichler können sich die Demokraten in der Kammer leisten. Doch ob die Mehrheit steht oder Biden blamiert wird, ist ungewiss. Der linke Flügel um die Abgeordneten Pramila Jayapal und Alexandria Ocasio-Cortez will bislang nicht umschwenken. „Unsere Position ist klar, sie bleibt unverändert“, twitterte Jayapal.

Unterstützung bekam sie vom linken Senator Bernie Sanders, der die Sozialreformen konzipiert hat. „Es gibt kein Infrastrukturpaket ohne 3,5-Billionen-Dollar-Paket“, schrieb er. Straßen und Brücken seien wichtig, „aber Familien und Klimaschutz sind wichtiger.“ Scheitert das Infrastrukturpaket, kann Biden vorerst gar keinen Erfolg vorweisen – und das Ringen um Billionen geht von vorne los.

„Ein potenziell katastrophales Ereignis“

Über allem schwelt die Gefahr eines Staatsbankrotts, dessen Dimension das Ringen um Billionen-Pakete verblassen lassen und die Finanzmärkte in Panik versetzen würde. Noch nie zuvor waren die USA zahlungsunfähig. Der größte Kreditgeber des Landes, JP Morgan Chase & Co, entwirft bereits Szenarien für einen möglichen Kreditausfall. „Wir sprechen von einem potenziell katastrophalen Ereignis“, sagte CEO Jamie Dimon. „So nah an den Rand sollten wir nie kommen.“

Experten warnen vor einem Börsencrash, steigenden Zinsen für Hypotheken und Kredite sowie einer Entlassungswelle, sollte der Kongress die Schuldenobergrenze nicht anheben. US-Finanzministerin Janet Yellen erklärte im Kongress, der Stichtag, an dem die USA in die Pleite schlittern, sei bereits am 18. Oktober. „Das Vertrauen und die Kreditwürdigkeit der Vereinigten Staaten würden beeinträchtigt, unser Land würde wahrscheinlich vor einer Finanzkrise und einer Rezession stehen“, sagte sie im Bankenausschuss.

Die USA haben, wie viele Industriestaaten, ein Haushaltsdefizit und müssen sich riesige Geldsummen leihen, um ihre Rechnungen zu bezahlen. Der Kongress legt die Obergrenze für die Kreditaufnahme des Finanzministeriums jährlich neu fest. Derzeit liegt sie bei 28,4 Billionen US-Dollar. Zum Vergleich: Das US-Bruttoinlandsprodukt betrug im vergangenen Jahr 20,93 Billionen US-Dollar.

In diesem Jahr ist das Ringen um die Schuldengrenze besonders aufgeladen. Die Republikaner verweigern die Zustimmung auch deshalb, weil sie Bidens geplante Billionenpakete für gefährlich teuer halten. Allerdings trugen sie unter Trump selbst dazu bei, die Staatsverschuldung nach oben zu treiben, unter anderem durch die Steuerreform von 2017. Insgesamt drei Mal hoben die Republikaner die Schuldenobergrenze zu Zeiten von Trump an – stets mit Unterstützung der Demokraten. „Die Überschreitung der Schuldengrenze kann schwerwiegende Folgen haben“, warnt BBH Global Currency Strategy. „Das Letzte, was die Märkte brauchen, ist eine zusätzliche Dosis Unsicherheit.“ Das Investorenbüro geht davon aus, dass der Kongress die Zahlungsunfähigkeit in letzter Minute verhindern wird. „Bis dahin werden die Märkte aber wahrscheinlich volatil bleiben.“

Den Demokraten bleibt wohl nur die Möglichkeit, die Schuldenobergrenze im Alleingang anzuheben. Jedoch ist unklar, ob sie das verfahrenstechnisch rechtzeitig vor dem 18. Oktober hinbekommen. Der Präsident drängt auf Geschlossenheit und schnelle Lösungen. Als er sich am Montag seine Covid-Auffrischungsimpfung in den Oberarm spritzen ließ, mahnte er: „Wir müssen die Schuldenobergrenze anheben, einen Shutdown verhindern und beide Gesetzespakete verabschieden. Wenn wir das tun, wird das Land in bester Verfassung sein.“ Was passiert, wenn all das nicht gelingt, ließ er offen.

▶ Kommentar Seite 15

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

REUTERS

Turnschuhproduktion in Vietnam Wegen der Delta-Variante sind viele Fabriken geschlossen.

Vietnam

Bundesregierung liefert Impfstoff für deutsche Expats

Der Druck der Unternehmen wegen der fatalen Corona-Folgen in dem asiatischen Land zeigt Wirkung. Das Pilotprojekt könnte Signalwirkung haben.

Angeordnete Fabrikschließungen, ein akuter Mangel an Arbeitskräften und gestörte Transportwege: In Vietnam sorgt eine Coronawelle seit mehr als zwei Monaten für Chaos in den Lieferketten internationaler Konzerne wie Nike, Apple und Adidas.

Deutsche Investoren erhalten in dem Land nun Unterstützung aus Berlin, die die Corona-Not zumindest ein Stück weit lindern soll: Die Bundesregierung hat nach Handelsblatt-Informationen ein spezielles Impfstoffkontingent für aus Deutschland entsandte Konzernmitarbeiter und andere deutsche Staatsbürger nach Vietnam geschickt – ein absolutes Novum. Bislang hatte sich die Bundesregierung beim Impfen von Auslandsdeutschen für nicht zuständig erklärt.

Die Kehrtwende in Vietnam folgt auf den Druck der deutschen Wirtschaft. Ihm fehle das Verständnis dafür, dass die Bundesregierung nicht bereit sei, deutschen Unternehmen und deren Mitarbeitern mit Impfstoffen zu helfen, hatte der Vorsitzende der German Business Association in Vietnam, Alexander Götz, Ende Juli im Gespräch mit dem Handelsblatt geklagt. Impfstoffe sind in dem 100-Millionen-Einwohner-großen Schwellenland nach wie vor rar: Weniger als zehn Prozent der Bevölkerung sind vollständig geimpft.

Vor wenigen Tagen lenkte die Bundesregierung dann ein: Am vergangenen Sonntag traf in Vietnam eine Spende von 2,6 Millionen Impfdosen aus Deutschland ein. Wie das Handelsblatt erfuhr, sind davon 100.000 Impfdosen für deutsche Staatsangehörige und deren Familienmitglieder vorgesehen. Das Auswärtige Amt bestätigte dies auf Nachfrage. Begründet wurde die Aktion mit der „schwierigen pandemischen Lage.“

Der Einparteienstaat galt lange als einer der erfolgreichsten Pandemiebekämpfer der Welt. Mit einer „Null Covid“-Strategie gelang es dem Land, die Gesamtzahl der Infektionen bis Anfang Juli auf 20.000 zu begrenzen. Doch die Delta-Variante konnte Vietnam nicht mehr stoppen: Die Infektionszahlen haben sich in weniger als drei Monaten vervierzigfacht.

> Die USA haben viele Shutdowns ohne Spätfolgen überstanden, und wir glauben, dass dies auch jetzt gilt.
>
> **BBH Global Currency Strategy** Investorenbüro

Unternehmen verlegen Produktion

An der Spitze lag die Sieben-Tage-Inzidenz zwar bei einem vergleichsweise geringen Wert von 100 Infektionen pro 100.000 Einwohnern innerhalb einer Woche. Die Behörden reagierten dennoch mit strengen Restriktionen: In Virus-Hotspots wie Ho-Chi-Minh-Stadt konnten die Einwohnerinnen und Einwohner über Wochen ihre Wohnungen nicht einmal zum Einkaufen verlassen.

Reisebeschränkungen behinderten den Warenverkehr. Fabriken dürfen vielerorts nur mit einem Bruchteil ihrer Belegschaft weiterarbeiten – und müssen die Beschäftigten dabei rund um die Uhr am Fabrikgelände unterbringen. Kommt es zu Ansteckungen, werden die Werke von den Behörden geschlossen.

Die Restriktionen sorgen laut Medienberichten unter anderem für Lieferverzögerungen bei Apples neuem iPhone-Modell, für das der Konzern Komponenten aus Vietnam bezieht. Auch in der personalintensiven Mode- und Schuhindustrie ließen sich die Coronamaßnahmen kaum sinnvoll umsetzen, klagten Unternehmervereinigungen, darunter die Europäische Handelskammer EuroCham, Mitte September in einem Protestbrief an Premierminister Pham Minh Chinh.

Sie seien nicht nachhaltig – sowohl finanziell als auch logistisch nicht und mit Blick auf die Gesundheit und die seelische Verfassung der Beschäftigten. „Mehr als 20 Prozent unserer produzierenden Mitglieder haben bereits einen Teil ihrer Produktion ins Ausland verlegt“, warnten die Unternehmervereinigungen. Vietnam steht aus ihrer Sicht damit vor einem langfristigen Problem: „Ist die Produktion einmal abgewandert, ist es schwer, sie wieder zurückzuholen“, hieß es in ihrem Schreiben.

Der deutsche Sportartikelhersteller Adidas gab diese Woche bekannt, eine vorübergehende Produktionsverlagerung von Vietnam in andere Länder zu erwägen. Der Konzern aus Herzogenaurach rechnet damit, dass Lieferprobleme den Umsatz in der zweiten Jahreshälfte um eine halbe Milliarde Euro drücken werden. Auch die Konkurrenten Puma und Nike leiden darunter, dass ihre vietnamesischen Zulieferer zum Teil wochenlang komplett ausfielen und auch derzeit vielfach nur mit geringer Kapazität weiterarbeiten können. „Wir haben bereits zehn Wochen Produktion verloren“, sagte Nike-Finanzchef Matt Friend vergangene Woche.

Die von der Bundesregierung bereitgestellten Impfdosen für deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger sollen im Oktobers durch die vietnamesischen Gesundheitsbehörden verimpft werden. Sollte dies wie gewünscht klappen, können sich auch deutsche Expats in anderen Ländern mit schlechter Impfstoffversorgung Hoffnungen auf Unterstützung aus Berlin machen: „Basierend auf den Erfahrungswerten aus Vietnam wird die Bundesregierung prüfen, ob eine Ausweitung dieses Pilotprojektes auf andere Länder möglich ist“, heißt es aus dem Auswärtigen Amt. Mathias Peer

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

CDU

Laschets letzter Strohhalm

Am Ende könnte die Union regieren – und der Parteichef trotzdem alles verlieren.

Armin Laschet will von einem Rücktritt noch nichts hören. Es heißt, der „Volksparteiler“ befürchte, die Partei stürze ins Chaos, wenn er in diesen stürmischen Zeiten die Brücke verlasse. Aber wäre das wirklich so?

Viele in der Union können sich heute noch nicht vorstellen, nicht zu regieren.

Daniel Delhaes

Ein Sonderparteitag würde einen neuen Vorsitzenden wählen und mit ihm gänzlich neue Stellvertreter. Neue Köpfe, neue Gedanken bekämen Raum. Die Mitglieder dürften wieder mitreden und diskutieren, so wie für kurze Zeit 2018, als es um die Nachfolge von Angela Merkel ging und die heute noch 388.000 Mitglieder das Gefühl hatten, wichtig zu sein.

Dieser Tage erinnert die Lage der Union frappierend an die Lage der SPD nach der Bundestagswahl 2017: Der wie Laschet aus dem Aachener Raum stammende Kanzlerkandidat Martin Schulz hatte das schlechteste Ergebnis seiner Partei seit 1949 eingefahren. Er zog wie Laschet über die Landesliste in den Bundestag ein, dachte über einen Rücktritt als Parteichef nach, blieb aber. Die Partei murrte, es brodelte. Statt seiner wurde Andrea Nahles Fraktionschefin. Schulz dachte, gemeinsam könnten sie den Neuanfang der SPD voranbringen. Fünf Monate später hieß die neue SPD-Chefin: Nahles. Die SPD wurde widerwillig Koalitionspartner der Union. Schulz durfte nicht Minister werden.

Heißt der nächste CDU-Chef womöglich Ralph Brinkhaus und wird Vizekanzler einer SPD-geführten Regierung Scholz?

„Alles Humbug“, dachten auch die Sozialdemokraten 2017 zunächst. Der Wahlsieger Union sondierte mit FDP und Grünen. Ein Bündnis von SPD, Grünen und FDP dürfte 2021 aber mindestens so kompliziert sein. Und: Armin Laschet befindet sich wie Schulz damals in einer ähnlich ausweglosen Situation.

In der Bundestagsfraktion konnte Laschet am Dienstag einen kleinen Erfolg feiern: Er hat eine Kampfkandidatur verhindert und damit die von ihm eingeforderte Geschlossenheit zumindest nach außen sichergestellt, um eine Koalition sondieren zu können. Intern aber geht es rund, wird Laschets Kurs „Strohhalmpolitik“ genannt. Wer sogar öffentlich Kritik wagt, erhält als Antwort: „Kameradenschwein.“ Willkommen in der Post-Merkel-Ära.

Die Parteimitglieder haben für die Spielchen wenig übrig und sehnen sich nach Offenheit und Eingeständnissen. Sie vernehmen allenfalls von ihren Abgeordneten, dass Laschet in der Fraktion selbstkritisch und schonungslos das Wahlergebnis bewertet hat. Gern würden sie es auf einer Bühne hören, wissen, dass es auf keinen Fall so weitergeht.

Die Gefahr droht von jener amtierenden Ministerriege, die – trotz Amtsbonus – ihre Direktmandate verloren hat und dennoch in der Fraktion Geschlossenheit einforderte: Annegret Kramp-Karrenbauer, Peter Altmaier und Julia Klöckner. Sie klammern sich an ihre Regierungssessel. Längst aber ist Selbstkritik angezeigt.

Bislang hat nur Agrarministerin Klöckner ihren Rücktritt angekündigt – als Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus aber muss sie erklären, warum nur noch weniger als die Hälfte aller Landwirte die Union wählen. Auch etliche Soldaten haben kein gutes Wort mehr übrig, von Unternehmern ganz zu schweigen. Die Niederlage der Union hat viele Gründe und viele Gesichter. Nur eines davon ist Laschet.

Dem steckt die Niederlage inzwischen sichtbar tief in den Knochen. Mitgenommen, grau erleben ihn die Mandatsträger dieser Tage, unwirsch begegnet er Journalisten. Kein Wunder: Er muss viele Schläge in Partei und Fraktion einstecken, schlechte Presse, ergänzt um die neuerlichen Sticheleien des Dauerrivalen Söder und den Widerstand des alten und neuen Fraktionschefs Brinkhaus. Dem wird schon nachgesagt, im Hintergrund ebenjene unwahrscheinlichen Gespräche mit der SPD über eine Große Koalition zu führen.

Viele in der Union können sich heute noch nicht vorstellen, nicht zu regieren. Auch Söder will: Aber nicht mit Laschet an der Spitze und eigentlich auch nicht mit Grünen und FDP, die ihm zu Hause längst das Leben unerträglich machen. All das regt in der komplizierten Gemengelage die Kreativität an.

Umso rühmlicher scheint es, dass Laschet im laufenden Machtspiel nicht aufgibt und nach einer Koalition strebt: entweder mit der SPD als Juniorpartner, so sich Grüne und FDP nicht einigen, oder doch in einem Jamaika-Bündnis.

Sollte er dieses wider Erwarten anführen, gebührte ihm der größte Respekt: Er hat in dem Fall nicht nur eine Mehrheit organisiert, sondern auch eine zukunftsträchtige Projektskizze erstellt, mit der die Union ihr Profil schärfen und sich erneuern kann. Denn nur dann werden die Mitglieder den Weg mitgehen.

Der Autor ist Korrespondent in Berlin.
Sie erreichen ihn unter: delhaes@handelsblatt.com

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Russisch-deutscher Konflikt

Moskauer Irrsinn

Russland nutzt Youtubes Sperrung von „RT“ für üble Propaganda.

Der Kreml hat inzwischen jedes Maß verloren. Ein Zurückschlagen wäre berechtigt. Aber manchmal ist Zurückhaltung klüger.

Mathias Brüggmann

Schlimm, wenn einem die eigene Propaganda das Hirn vernebelt. Jahrelang hat der Kreml immer wieder behauptet, in Russland gebe es freie Medien und faire Wahlen, wohlwissend um die repressive Realität. Jetzt wirft Moskau der Bundesregierung vor, dafür gesorgt zu haben, dass Youtube die deutschsprachigen Kanäle des staatlichen russischen Propagandasenders „RT“ gesperrt habe. Also genau das getan habe, was der Kreml in Wahrheit und all den eigenen Behauptungen zum Trotz ständig tut: sich in die Medienlandschaft einzumischen.

Es ist ungeheuerlich und zeigt die vollkommene Entrücktheit der russischen Führung um Präsident Wladimir Putin, wenn das russische Außenministerium im Zusammenhang mit der Youtube-Löschung von einer „Operation Barbarossa“ spricht. Das war der Codename, unter dem der Angriff Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 geplant worden war. Das ist ebenso empörend wie irrsinnig. Es ist revanchistische Geschichtsvergessenheit ausgerechnet in einem Land, das die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“, den Zweiten Weltkrieg, zu Recht immer hochhält.

Der Kreml hat inzwischen jedes Maß verloren. Auch mit seinen Verschwörungstheorien gegen die Bundesregierung: Sie habe Youtube gedrängt, RT zu sperren, und betreibe einen „beispiellosen Informations-Feldzug“ gegen Russland. Und diese Vorwürfe kommen ausgerechnet aus dem Land, das alle 27 EU-Staaten bezichtigen, sich mit massiven Cyberattacken in die Innenpolitik dieser Länder einzumischen, elektronische Spionage zu betreiben und alle kritischen Medien mit dem Label „ausländischer Agent“ um alle Werbeeinnahmen zu bringen oder gleich dichtzumachen.

Das Gegenteil der Moskauer Behauptungen ist richtig: Deutschland hat sehr lange die propagandistische Berichterstattung von RT ertragen. Man darf sich auf keinen Fall auf eine Gleichsetzung von RT mit deutschen TV-Sendern wie ARD und ZDF einlassen. Man kann die öffentlich-rechtlichen Sender für vieles kritisieren, aber für eines nicht: Sie bringen pluralistisch Vertreter aller relevanten Parteien auf Sendung. RT und andere russische Staatsmedien lassen Oppositionelle nicht zu Wort kommen.

Wenn Moskau nun aber Korrespondenten von Deutscher Welle, ARD oder ZDF ausweisen sollte, muss Deutschland entscheiden, ob es RT hierzulande dichtmacht und Vertreter russischer Medien ausweist. Naheliegend und vertretbar wäre es. Aber manchmal kann auch anders Größe demonstriert werden.

Der Autor ist International Correspondent. Sie erreichen ihn unter: brueggmann@handelsblatt.com

Schuldenstreit in den USA

Biden kämpft

Zentrale Vorhaben des US-Präsidenten stehen auf der Kippe.

Die Vergangenheit zeigt, dass die meisten Amerikaner für einen Shutdown die amtierende Regierung verantwortlich machen.

Torsten Riecke

Joe Biden lebt von geborgter Zeit – politisch und finanziell. Der US-Präsident konzentriert sich nach den außenpolitischen Beulen in Afghanistan und im Südpazifik jetzt auf seine innenpolitische Agenda. Dort stehen zwei riesige Finanzpakete auf der Laderampe des Kongresses, die für Biden und seine Demokraten bei den Halbzeitwahlen im kommenden Jahr zentrale Bedeutung haben: das gut eine Billion Dollar schwere Infrastrukturpaket und der rund 3,5 Billionen Dollar umfassende Haushalt der US-Administration.

Kompliziert und brenzlig wird die Sache dadurch, dass der Kongress die bisherige Schuldenobergrenze von etwa 28,4 Billionen Dollar erhöhen muss, damit die Regierung zahlungsfähig bleibt und Biden seine Ausgabenpläne verwirklichen kann. Der Streit über die Schuldenobergrenze hat in den USA eine ungute Tradition – seit 1962 wurde das Limit 74-mal erhöht. Oft kam es dabei zum politischen Streit, und einige Male musste die Bundesregierung in Washington sogar ihren Zahlungsbetrieb einstellen – zuletzt Ende 2018 unter Präsident Donald Trump.

Auch wenn die Warnungen von US-Finanzministerin Janet Yellen vor „katastrophalen Folgen“ zum politischen Drama dazugehören, belanglos ist der Schuldenstreit nicht: Dass die Zinsen für zehnjährige US-Anleihen seit sechs Tagen steigen, hat viel mit der Angst vor einer geldpolitischen Wende der US-Notenbank zu tun, aber auch etwas mit der wachsenden Nervosität der Anleger angesichts einer möglichen Zahlungsunfähigkeit der USA.

Für Biden geht es jedoch um mehr als um parteipolitisches Geplänkel. Die Vergangenheit zeigt, dass die meisten Amerikaner für einen Shutdown in Washington die amtierende Regierung verantwortlich machen – auch wenn Republikaner und Demokraten im Grunde einig sind, dass die Schuldenobergrenze erhöht werden muss. Hinzu kommt, dass unter den Demokraten ein heftiger Richtungsstreit zwischen moderaten Senatoren aus der politischen Mitte und dem linken Parteiflügel im Repräsentantenhaus tobt.

All das ergibt einen starken politischen Gegenwind, der nicht nur die zwei nach den Corona-Hilfen wichtigsten Vorhaben des Präsidenten – die klimaneutrale Modernisierung der Wirtschaft und den Umbau des Sozialstaates – zum Stillstand bringen könnte. Sollten das Infrastrukturpaket und der Haushalt im politischen Schredder des Kongresses landen, müsste Biden im November 2022 mit einer mageren Bilanz vor die Wähler treten.

Der Autor ist International Correspondent. Sie erreichen ihn unter: riecke@handelsblatt.com

Außenansichten

Neue Zürcher Zeitung

Grünen-Chef Robert Habeck komme bei den Sondierungsgesprächen eine Schlüsselrolle zu, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“:

Anders als Baerbock geht Co-Chef Habeck gestärkt aus dem Wahlkampf hervor. Viele in der Partei rechnen es ihm hoch an, dass er Baerbock bei der Kanzlerkandidatur den Vortritt ließ. Vor allem aber halten sie ihm zugute, dass er sie auch dann noch unterstützte, als es im Wahlkampf holprig wurde und sich Baerbocks Fehler häuften. (...) Die Grundlage für seine neue Rolle hat Habeck schon vor Wochen gelegt. Bereits zu Beginn des Wahlkampfs haben die Parteioberen verabredet, dass er die anstehenden Koalitionsgespräche vorbereiten solle. Das kommt nicht von ungefähr. Habeck kann in die Gespräche seine siebenjährige Erfahrung als Landesminister von Schleswig-Holstein einbringen. Dort hat er auch schon Jamaika-Verhandlungen geführt. Damals ist auch die Idee entstanden, dass sich zunächst die kleinen Parteien treffen, um über Gemeinsamkeiten zu sprechen.

THE WALL STREET JOURNAL.

Zu den Aussagen oberster US-Militärs bei einer Senatsanhörung zum Truppenabzug der Amerikaner aus Afghanistan schreibt das „Wall Street Journal“:

Präsident Biden hofft, dass die politischen Folgen seines verpfuschten Afghanistan-Abzugs schnell verblassen werden, aber die Senatsanhörung am Dienstag mit dem Verteidigungsminister und zwei hochrangigen Generälen rückt seine Entscheidungen in kein besseres Licht. Die Anhörung unterstrich, dass der Präsident gegen den Rat des Militärs handelte, als er die restlichen US-Kräfte aus dem Land herausriss. Generalstabschef Mark Milley und General Kenneth McKenzie machten beide in ihren Aussagen klar, empfohlen zu haben, dass etwa 2500 US-Soldaten in Afghanistan blieben, um eine Machtübernahme durch die Taliban hinauszuzögern. (...) Der Skandal besteht nicht darin, dass der Präsident den militärischen Rat ignorierte – er ist der Entscheidungsträger. Es ist seine Weigerung, zu seiner Entscheidung zu stehen.

THE IRISH TIMES

Zu den Versorgungsproblemen in Großbritannien meint die in Dublin erscheinende „Irish Times“:

Es stimmt zwar, dass der Brexit nicht allein für die derzeitigen Versorgungsprobleme verantwortlich ist, aber die ihm zugrunde liegende Idee, die Zuwanderung zu begrenzen, hat zweifellos angesichts eines gravierenden Mangels an Kraftfahrern dazu geführt, dass sich der Engpass zu einer Krise ausweitete. Auf diese absehbaren Herausforderungen wurde in den letzten fünf Jahren wiederholt hingewiesen.

Auch in anderen Sektoren zeigen sich ähnliche Probleme mit ähnlichen Ursachen. (...) Die Beteuerungen von Verkehrsminister Grant Shapps, dass die Brexit-Politik in diesem Fall nur darauf abzielte, widerstrebende Arbeitgeber zu zwingen, die Löhne und Arbeitsbedingungen der Fahrer im Vereinigten Königreich anzuheben, sind unglaubwürdig. Schuld sollen nun die Spediteure sein, so scheint es, sowie alles und jeder – sogar Corona, bloß nicht die ideologisch getriebenen Verfechter der Festung Großbritannien.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt
DONNERSTAG, 30. SEPTEMBER 2021, NR. 189

Konzept von Lilium: So könnte das Flugtaxi-Boarding der Zukunft aussehen.

Illium, The NewYorkTimes/Redux/laif

Daniel Wiegand

„Der Jet muss in Sichtweite bleiben“

Der Chef des Start-ups Lilium erklärt, was Flugtaxis derzeit wirklich können. Trotz aller Kritik will er nicht an seinem Konzept rütteln.

Eines verspricht Daniel Wiegand gleich zu Beginn des Gesprächs. Man werde den Lilium-Jet in absehbarer Zeit auch mal selbst in Augenschein nehmen können. Seit zwei Wochen ist das deutsche Jungunternehmen an der US-Technologiebörse Nasdaq notiert. Kurzfristig hat sich der Mitgründer und CEO der Flugtaxifirma aus der Nähe von München per Video mit dem Handelsblatt zum Gespräch verabredet. Themen gibt es jede Menge, Fragen auch. Der Börsengang wurde und wird in der Luftfahrt- und Start-up-Szene aufmerksam verfolgt. Wiegand und sein Team sehen sich viel Kritik und Zweifel am Geschäftsmodell gegenüber. Der Jungunternehmer kennt die Vorwürfe, antwortet ruhig und geduldig. Am Konzept will er gleichwohl nicht rütteln.

Herr Wiegand, Lilium ist seit zwei Wochen an der Nasdaq – mit einem nur leichten Kursplus. Hätten Sie mit mehr Begeisterung der Anleger für Ihre Vision vom elektrischen Senkrechtstarter gerechnet?
Wir sind sehr zufrieden mit dem Start an der Nasdaq. Kurzzeitinterpretationen stellen wir nicht an, weil das wenig mit uns und viel mit Börsentechnik zu tun hat. Wir sind jetzt gut finanziert, das ist entscheidend.

Eine Chance, an die benötigten Mittel ohne Börsengang zu gelangen, gab es nicht?
Wir haben uns auch private Finanzierungsrunden angeschaut. Für uns lautete die Frage: Wie finanzieren wir schnell und effizient ein extrem forschungsintensives Unternehmen, das ungefähr eine Milliarde Dollar braucht, bevor der erste Euro Umsatz stattfindet? Wir haben uns Anfang des Jahres für einen Spac-Börsengang entschieden, weil dieser uns eine Finanzierung in ausreichender Größenordnung ermöglicht. Als börsennotiertes Unternehmen steht uns jetzt auch ein größeres Spektrum an weiteren Finanzierungsmöglichkeiten offen. Der Börsengang mit seinen vielen Anforderungen hat uns als Unternehmen und Team reifer und erwachsener gemacht.

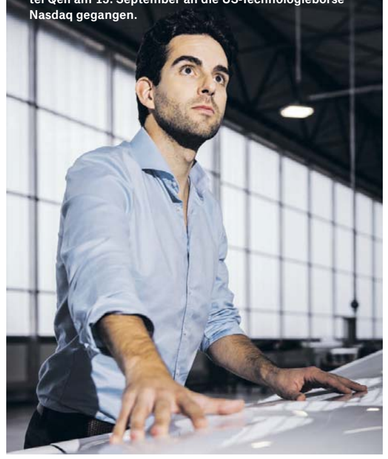
Aber ist denn auch das Produkt reif genug? Andere wie Joby scheinen deutlich weiter zu sein.
Der genannte Wettbewerber ist zwar doppelt so alt wie wir, aber keineswegs weiter. Wir fliegen alle im Moment Technologie-Demonstratoren. Wir sind alle am gleichen Punkt, was die Flugtests und den Zulassungsprozess angeht. Wir testen unseren Fünfsitzer seit 2019 und haben ein extrem starkes Management- und Entwicklungsteam.

Was fliegen Sie denn im Moment genau für Testflüge?
Es ist eine weiterentwickelte Version des Demonstrators, der 2019 den Erstflug gemacht hat. Er verfügt jetzt über Technologien, die wir für die Zulassung brauchen, etwa im Bereich Brandschutz. In den nächsten Wochen werden wir damit mit einer höheren Geschwindigkeit als den bisherigen 100 Stundenkilometern fliegen. Dabei wird hauptsächlich getestet, wie die Software mit der Flugphysik zusammenarbeitet.

Vita

Der Manager Daniel Wiegand wurde 1985 in Tübingen geboren. Er verfügt über einen Master-Abschluss der Technischen Universität München im Fach Raumfahrttechnik mit Schwerpunkt auf Flugantriebssystemen. Er gilt als ein sehr fordernder CEO und Chef, der ehrgeizige Ziele vorgibt.

Das Unternehmen Lilium wurde 2015 von Wiegand und drei Partnern gegründet. Das Ziel ist ein elektrisch betriebener Senkrechtstarter für sieben Personen. Zu den Investoren der Firma gehören unter anderem Atomico, Baillie Gifford, Tencent sowie Frank Thelen. Lilium ist über die Verschmelzung mit dem Börsenmantel Qell am 15. September an die US-Technologiebörse Nasdaq gegangen.



Wo werden Sie das machen? Mehr Tempo bedeutet längere Flüge.
Vorerst gehen die Flugtests in Oberpfaffenhofen weiter. Im Winter werden wir mit dem Flugzeug nach Spanien gehen. Dort ist das Wetter besser, und wir können länger und weitere Strecken fliegen.

Bisher konnten Sie Ihren Demonstrator ja wohl nur sehr kurz fliegen lassen …
Ja, das sind typischerweise nur kurze Flüge, aber mehr brauchen wir aktuell nicht für die Tests, die jetzt anstehen. Hier in München können wir nur innerhalb des Flugplatzgeländes fliegen.

Wann werden Sie solche längeren Flüge durchführen?
Im kommenden Winter. Aber auch in Spanien werden das keine Flüge über 50 Kilometer Entfernung sein. Es sind ferngesteuerte Flüge, der Jet muss im Sichtbereich bleiben.

Aber wie wollen Sie auf die vielen Tausend Flugstunden kommen, die Sie für die Zulassung brauchen?
Die werden erst mit dem Serienflugzeug stattfinden. Die ersten zulassungsfähigen, siebensitzigen Senkrechtstarter wollen wir im Winter 2022 bauen. Mit diesen Jets finden die Zulassungstests statt. Wir müssen nachweisen, dass alle Systeme inklusive der notwendigen Sicherheitsreserven verfügbar sind.

Wir hören immer wieder, dass der Zeitplan zu ehrgeizig gesetzt wurde. Stimmt das?
Aus heutiger Sicht: Nein. Wir liegen momentan im Plan. Ist der Zeitplan in Stein gemeißelt? Natürlich nicht. Es ist ein herausforderndes Ziel. Risiken versuchen wir zu minimieren, aber niemand kann Risiken im Leben völlig ausschließen. Wir betreten mit unserem Jet in vielen Bereichen Neuland. Wir wären naiv, wenn wir sagen würden: Da kann nichts passieren. Das wissen unsere langfristigen Investoren.

Aktuell gibt es keinen Grund, Pläne zu modifizieren – auch nicht in puncto Zulassung?
Momentan nicht, nein. Es ist ein ambitionierter Plan mit wenig Puffer. Aber die Planung muss bei einem Start-up ehrgeizig sein, wir stehen in einem scharfen Wettbewerb. Exakte Planerfüllung ist für uns als Unternehmen wichtig. Aber sie entscheidet nicht über Erfolg oder Misserfolg der elektrischen Luftfahrt insgesamt.

Das Flugzeug, das Sie in etwa 14 Monaten bauen, ist der geplante Siebensitzer, der dann auch voll beladen abheben soll?
Ganz genau. Auch der Fünfsitzer fliegt übrigens jetzt schon mit vollem Gewicht.

Er soll dabei aber sehr laut sein.
Solche Aussagen kann ich nicht nachvollziehen. Ich bin sogar überrascht, dass sie unseren Jet überhaupt gehört haben wollen. Und das sage ich nicht, weil hier am Airport überall gebaut wird. Die Messwerte des Flugzeugs, das wir derzeit fliegen, sind genau die, die wir erwartet und prognostiziert haben. Und sie werden auch für den Siebensitzer gelten, der noch mehr Schallschutzmaßnahmen haben wird. Man hört nur eine Art Rauschen, die E-Motoren hört man gar nicht.

Experten sehen den Übergang vom Schwebeflug in den horizontalen Gleitflug als kritisch. Wie stabil fliegt Ihr Jet in diesen Phasen?
In dem Geschwindigkeitsbereich, den wir bisher getestet haben, erfüllt das Flugzeug alle Stabilitätsmargen, die wir für eine Zulassung brauchen. Der kritische Bereich, den Sie ansprechen, geht von 40 bis 150 Stundenkilometern. Wir sind bisher die Hälfte davon durchflogen, die zweite Hälfte kommt jetzt im Herbst und im Winter in Spanien.

Wie stellen Sie sicher, dass der Lilium-Jet bei einem Ausfall eines oder mehrerer Triebwerke nicht unkontrolliert zu Boden geht?
Das steuern wir über die Software. Die sorgt dafür, dass der Jet weiter stabil fliegen kann, wenn zwei oder drei Triebwerke ausfallen. Genau das ist es zum Beispiel, was wir für die Zulassung nachweisen müssen.

Aber ist diese Steuerung bei 36 Triebwerken nicht irre komplex, so wie Ihr Konzept insgesamt?
Wir steuern die 36 Triebwerke nicht einzeln, das wäre in der Tat extrem komplex. Die Triebwerke sind in vier Cluster aufgeteilt, die voneinander unabhängig agieren können. Wir haben also aus Sicht der Software nur vier Triebwerke. Fällt zum Beispiel ein Motor in einer der vier Gruppen aus, ist das für die Software ein Leistungsverlust von etwa zehn Prozent, den sie managen muss.

Sind Konzepte wie etwa große Rotoren über der Kabine nicht einfacher und damit besser?
Ich will hier nicht die Wettbewerber bewerten. Das ist nicht mein Job. Wir sind von unserem Konzept überzeugt. Wir haben aber insgesamt weniger bewegliche Teile als unsere Wettbewerber. Wir haben auch keine zusätzlichen Flächen, die für die Steuerung gebraucht werden, wie etwa Ruder. Das verringert die Komplexität der Software. Wir steuern nur über die Triebwerke. Einen elektrischen Senkrechtstarter zu bauen ist immer eine Herausforderung, egal mit welchem Konzept.

Warum zeigen Sie den Jet eigentlich nicht mal der Öffentlichkeit, um die Dauerkritik abzuräumen?
Ich kann das öffentliche Interesse sehr gut nachvollziehen. Aber auch unsere amerikanischen Wettbewerber haben noch keine öffentliche Flugvorführung gemacht. Warum? Keiner von uns hat bisher mehr als einen Demonstrator, der erst auf dem Weg zum vollen Flugprogramm ist. Wenn wir im Flugprogramm mit dem Demonstrator so weit sind, machen wir den öffentlichen Demonstrationsflug. Auf den Tag freuen wir uns bei Lilium schon heute. Einstweilen bemühen wir uns, mit transparenter Kommunikation auch über die sozialen Medien den bestmöglichen Einblick zu geben.

Sie überlegen, einen 15-Sitzer zu bauen. Geht das so einfach?
Also einfach ist es nicht, aber technisch und wirtschaftlich möglich. Es ist eine neue Flugzeugentwicklung, in der alles proportional skaliert wird. Es ist eine Neuentwicklung, aber basierend auf der Technologie des Siebensitzers. Wir können mit den heutigen Triebwerken und Batterien ein Flugzeug mit 14 oder 15 Sitzen bauen.

Arbeiten Sie schon daran?
Nein, wir werden die Entwicklung auch nicht starten, bevor der Siebensitzer zugelassen ist. Es wird also frühestens in drei Jahren losgehen. Das haben wir auch allen Investoren so gesagt.

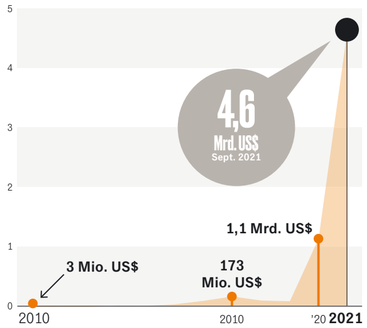
Sie wollen ein neues Flugzeug genau dann entwickeln, wenn die Serienfertigung des Siebensitzers und dessen Flugbetrieb hochgefahren wird? Sie übernehmen sich.
Wir starten das Projekt erst, wenn wir die notwendigen Entwicklerressourcen frei haben. Für die Serienfertigung und den Flugbetrieb brauchen wir nicht mehr die ganze Kapazität der Mitarbeiter in der Entwicklung. Und zu Beginn ist so ein Team recht überschaubar. Aber noch mal: Im Moment beschäftigen wir uns gar nicht mit einem solchen größeren Jet. Wir haben mit dem Siebensitzer mehr als genug zu tun.

Herr Wiegand, vielen Dank für das Interview.

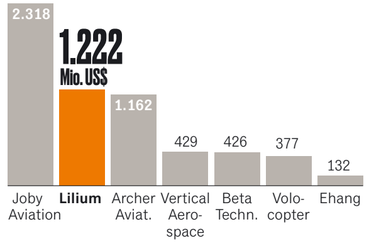
Die Fragen stellten Jens Koenen und Sebastian Matthes.

Rekordinvestitionen für Flugtaxen

Finanzierungen von Air-Taxi-Unternehmen in Mrd. US-Dollar



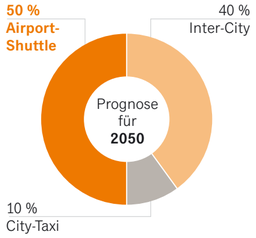
Bisherige Gesamtfinanzierung der am besten finanzierten Flugtaxi-Startups in Mio. US-Dollar



Zahl der aktiven Patente im Bereich Flugtaxen von 2000 bis Ende 2020*

Ehang	143
Kitty-Hawk	121
Boeing	82
Hyundai	68
Geely	39
Airbus Group	33
Foshan Shengfeng	29
Volocopter	21
Joby Aviation	20
Karem Aircraft	17
Autoflight Global	16

Umsatz von Flugtaxen nach Einsatzgebieten in Prozent



HANDELSBLATT

*Auswahl; Lilium = 4 Patente • **Quellen:** Lufthansa Innovation Hub, Prognose Roland Berger

Seefahrt

Containerschiff mit grünem Gas betankt

In der Branche der Reeder, die mit den Klimazielen ringt, gilt das als Premiere.

Zum ersten Mal ging am Mittwoch ein Containerfrachter mit synthetischem Erdgas (SNG), das zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien stammt, auf große Fahrt. Unter Beteiligung des Ersten Hamburger Bürgermeisters Peter Tschentscher und des Koordinators der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft, Norbert Brackmann, nahm die „Elbblue“ in Brunsbüttel 20 Tonnen des klimaneutralen Treibstoffs auf, was für eine 20-stündige Fahrt ausreichen soll. Ziel des 2011 gebauten Frachters ist St. Petersburg.

Das für 1036 Standardcontainer (TEU) ausgelegte Schiff gehört der Reederei Elbdeich aus Drochtersen bei Stade, betrieben wird es vom Charterer Unifeeder, der den vergleichsweise kleinen Frachter für Zubringerdienste auf Nord- und Ostsee einsetzt.

Hergestellt wird der klimaneutrale Treibstoff auf einer Power-to-Gas-Anlage der Kiwi AG in Werlte bei Cloppenburg. Eigenen Angaben zufolge erzeugt sie seit Herbst 2013 per Windkraft eine Nennleistung von 6,3 Megawatt und damit bis zu 1300 Kubikmeter grünen Wasserstoff pro Stunde. Dieser wird in der Methanisierungsanlage mit CO_2 versetzt, um synthetisches Methan zu produzieren.

Schiffsmotor wurde schon 2017 auf Gasantrieb umgerüstet

Den Schiffsmotor hatte MAN Energy Solutions – ebenfalls eine Premiere – schon 2017 auf Gasantrieb (LNG) umgerüstet. Die ursprünglich mit Schweröl betriebene Maschine kann seither alternativ auch flüssiges Gas als Treibstoff nutzen.

Angeliefert werden muss das Gas in Brunsbüttel per Tanklaster. Eine LNG-Schiffstankstelle an der Elbmündung ist zwar seit Jahren geplant, droht aber am Protest von Anwohnern und Umweltschützern zu scheitern. Der Augsburger MAN-Manager Stefan Eefting setzte am Mittwoch dagegen: „Heute zeigen wir, dass jedes für den LNG-Betrieb nachgerüstete Schiff auch mit grünen Kraftstoffen aus Power-to-X betrieben werden kann.“

Noch sei das klimaneutrale SNG drei- bis sechsmal so teuer wie übliches LNG-Flüssiggas, räumt man bei MAN Energy Solutions ein. Grund sei, dass SNG aktuell aus eher kleinen Versuchsanlagen stamme, weil große industrielle Anlagen fehlten.

Um ihren Ruf als „schwimmender Klimasünder“ abzustreifen, setzt die Schifffahrt zunehmend auf alternative Kraftstoffe. Marktführer Maersk bestellte vor wenigen Wochen die ersten acht Seecontainerschiffe, die mit kohlenstoffneutralem Methanol betrieben werden können. Auch Hapag-Lloyd bestellte im Juni sechs 23.500-TEU-Schiffe, die sich auf Gasantrieb umstellen lassen. Christoph Schlautmann

> Die ersten zulassungsfähigen, siebensitzigen Senkrechtstarter wollen wir im Winter 2022 bauen. Mit diesen Jets finden die Zulassungstests statt.
>
> **Daniel Wiegand**
> Lilium

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

E-Commerce

Otto will Amazons Schwäche nutzen

Während Amazon die Wachstumsprognosen zurückfährt, legt die Otto Group zweistellig zu. Woran das liegt, erklärt Konzernchef Alexander Birken.

Johannes Arlt/laif, action press

Florian Kolf Düsseldorf

Für die Otto Group, Deutschlands zweitgrößten Onlinehändler, war die Pandemie geradezu ein Konjunkturprogramm. Das hat sich auch in der gerade abgelaufenen ersten Hälfte des Geschäftsjahres 2021/22 gezeigt – mit deutlich zweistelligen Wachstumsraten.

So konnte das Unternehmen, zu dem auch mehrere Händler mit stationären Ketten gehören, den Umsatz im ersten Halbjahr um gut 20 Prozent steigern. Die E-Commerce-Tochter Otto.de wuchs sogar um 30 Prozent. Im vergangenen Jahr hatte die Otto Group einen Umsatz von 15,6 Milliarden Euro gemacht. Zum Halbjahr berichtet das Familienunternehmen keine absoluten Umsatzzahlen. Damit wächst Otto aktuell sogar dynamischer als der große Konkurrent Amazon, bei dem der Boom aus der Coronazeit schon wieder abebbt. Otto profitiert dabei besonders von seiner Logistik.

„Wir haben in den vergangenen Jahren einen hohen dreistelligen Millionenbetrag in die Logistikcenter investiert", sagt Alexander Birken, Chef der Otto Group, im Interview mit dem Handelsblatt: „Das ist ein Glücksfall für uns, denn es ist heutzutage schwer, an gute Logistikflächen zu kommen."

Das spürt auch der große Konkurrent Amazon. Während Otto zumindest im Moment noch ungebremst zulegt, stößt der größte Konkurrent Amazon jetzt schon deutlich an Wachstumsgrenzen. So hatte das Unternehmen in seinem eigenen Onlinehandel im abgelaufenen Quartal nur noch um 16 Prozent zugelegt.

Für das aktuelle Quartal rechnet Amazon insgesamt noch mit einem Umsatzwachstum zwischen zehn und 16 Prozent. Da das Cloudgeschäft regelmäßig einen überproportionalen Anteil am Umsatzwachstum hat, dürfte damit der Handelsbereich von Amazon wohl nur noch einstellig wachsen.

Das hat einen klaren Grund. „Die Logistik wird immer mehr zum Flaschenhals im E-Commerce", beobachtet Nils Zündorf, E-Commerce-Experte und Geschäftsführer der größten europäischen Amazon-Agentur factor-a. „Auch Amazon stößt wegen fehlender Logistikkapazitäten massiv an Wachstumsgrenzen", sagt Zündorf. Amazon habe Schwierigkeiten, die Flächen zu bekommen, um neue Logistikcenter zu bauen. „In vielen Kommunen wächst der Widerstand gegen neue Logistiklager", erklärt der Experte.

Da ist die Otto Group im Vorteil, sie hat sich rechtzeitig umfangreiche Logistikflächen gesichert. Damals habe das Unternehmen sich noch Gedanken darüber gemacht, wie es diese Kapazitäten auslasten könne. „Heute sind wir heilfroh, dass wir dieses Investment getätigt haben", so Birken.

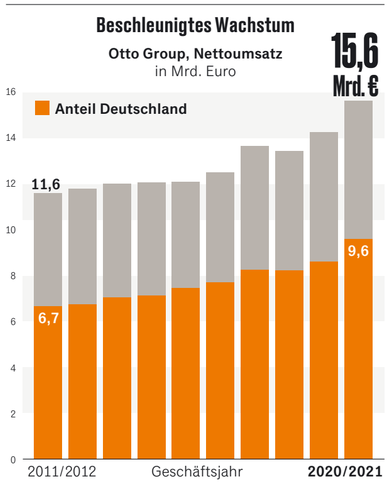
Beste Gewinnsituation der Firmengeschichte

Der Chef der Otto Group gibt sich entsprechend angriffslustig: „Wenn wir uns stetig weiterentwickeln und unsere Werte leben, dann haben wir eine gute Chance, auch gegen die großen Wettbewerber aus den USA und aus China zu bestehen." Im vergangenen Jahr habe die Otto Group – auch dank Anteilsverkäufen – „die beste Gewinnsituation in der Firmengeschichte" gehabt: „Und wir gehen davon aus, dass wir in diesem Jahr wieder auf dem gleichen hohen Niveau beim operativen Gewinn unterwegs sein werden."

„Zurzeit kann man bei vielen großen Händlern beobachten, dass sie in Lagerflächen investieren, um lieferfähig zu bleiben", bestätigt E-Commerce-Experte Zündorf. Der Onlinehändler Berlin Brands Group beispielsweise hat angekündigt, zusätzliche Versandzentren mit einer Gesamtkapazität von rund 150.000 Kubikmetern zu errichten. Auch die Handelsplattform Galaxus will ihre Lagerfläche in Krefeld fast vervierfachen.

Mit den Logistikproblemen hat Amazon viele Dritthändler auf seinem Marketplace zusätzlich gegen sich aufgebracht. „Seit dem Frühjahr hatte Amazon massiv bestellt und eingelagert", berichtet Zündorf, „offenbar hatte sich der Algorithmus an den hohen Mengen des Vorjahres in der Hochphase der Corona-Pandemie orientiert." Die Folge: Die Lager seien jetzt voll mit Waren, die nicht verkauft werden können. „Für Händler heißt das, dass sie weniger in den Amazon-Lagern einlagern dürfen und viel öfter kleinere Mengen nachliefern müssen, was für sie mit höheren Kosten und weniger Flexibilität verbunden ist."

Alexander Birken (oben): Der Chef der Otto Group hat seine Unternehmen früh digitalisiert. Er ist stolz auf seine Logistik, wie etwa das Versandzentrum in Haldensleben (unten).



Ebay hat genau da angesetzt und eine eigene Logistik für Händler der Plattform aufgebaut – in der Hoffnung damit Geschäft von Amazon weglocken zu können. Zusammen mit dem Logistikunternehmen Fiege hat es ein Liefernetzwerk gestartet, das genau auf die Bedürfnisse kleiner Händler zugeschnitten ist. Aber auch Otto verzeichnet auf seinem eigenen Marktplatz einen Zustrom von Händlern, die eine Alternative zu Amazon suchen. War es das Ziel, bis Ende vergangenen Jahres 1500 Händler und Marken auf die Otto-Plattform zu bekommen, sind es jetzt schon 2200.

„Wir erleben einen großen Zuspruch, weil uns die Partner als fair und transparent empfinden", sagt der Otto-Chef. „Wir sorgen beispielsweise dafür, dass wir keine Grauimportware auf der Plattform haben und dass jeder unserer Verkaufspartner – auch die aus China – in Deutschland seine Umsatzsteuer abführt." Gerade Amazon war oft dafür kritisiert worden, dass viele der chinesischen Händler auf der Plattform jahrelang in Deutschland keine Umsatzsteuer abgeführt hatten. Für die deutschen Marktplatzhändler war das ein großer Wettbewerbsnachteil.

Kein Highlander-Prinzip im E-Commerce

„Es wurde immer wieder kolportiert: Es kann nur einen Marktplatz geben. Im E-Commerce gibt es das Highlander-Prinzip aber nicht", betont der Otto-Chef. Der Markt sei groß genug.

Bei der Otto Group insgesamt war die Umsatzmaschine nach Birkens Worten schon sechs bis acht Wochen nach dem ersten Lockdown wieder voll angelaufen, aber zunächst mit einer ganz anderen Struktur als zuvor. „Wir haben viel mehr Technik verkauft, Möbel, Baumarktartikel und große Haushaltsgeräte, weil die Menschen angefangen haben, sich ihr Zuhause schön zu machen", erklärt Birken. Nun komme auch die Mode wieder dazu.

„Im ersten Halbjahr dieses Geschäftsjahres erleben wir jetzt einen starken Aufschwung bei den Modeartikeln, da werden Käufe nachgeholt, die im vergangenen Jahr nicht getätigt wurden", sagt Birken. So konnte der auch zur Gruppe gehörende Modehändler Bonprix den Umsatz um 17 Prozent steigern.

Die Unternehmen der Otto Group hätten keine hohen Lagerbestände, die sie mit Rabatt abverkaufen müssten. Dabei habe auch die Digitalisierung der Lieferkette geholfen. „Mithilfe Künstlicher Intelligenz können wir die Nachfrage relativ genau vorhersagen und auf diese Weise sehr gezielt die Waren bestellen", sagt Birken. Die Otto Group wächst dabei nicht nur mit ihren reinen Onlinehändlern, auch die traditionellen Händler der Gruppe konnten zulegen.

Wie stark sich die Investments in Digitalisierung ausgezahlt haben, könne man Einrichtungshäusern wie Manufactum und Crate and Barrel sehen. „Beide Firmen hatten im Lockdown ihre Stationärgeschäfte, die jeweils 50 Prozent ihrer Geschäfte ausmachen, vorübergehend komplett geschlossen", so Birken. Aber beide hätten es geschafft, den Umsatzausfall durch das Onlinegeschäft überzukompensieren. „Wir waren gut vorbereitet auf das, was da auf uns zugekommen ist."

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Chinas Energieprobleme

Eine Stadt fährt runter

Asia Techonomics

Im Kampf gegen Emissionen schließt Kunshan alle Fabriken. Chinas Energieprobleme sind auch unsere Lieferkettenbesorgnisse.

Nicole Bastian Düsseldorf

Die chinesische Stadt Kunshan nahe Schanghai muss dringend Energie sparen. Sonst kann sie die von Peking vorgegebenen Emissionsziele nicht einhalten, jetzt, wo die Wirtschaft sich vom Corona-Schock erholt und auf recht hohen Touren läuft. Hält Kunshan die Ziele aber nicht ein, brächte dies die Provinz Jiangsu, in der Kunshan liegt, und letzten Endes den ganzen chinesischen Staat in Schwierigkeiten. Versprochen ist schließlich versprochen: 2030 soll der Emissionshöhepunkt des größten Kohlendioxidemittenten der Welt überwunden sein, bis 2060 will China klimaneutral sein.

Ein Blick nach Kunshan zeigt, wie holprig der Weg zu einer klimafreundlicheren Wirtschaft für China wird – und warum sich das in unseren globalen Zeiten gleich bei den Elektronikgeschenken unter unserem Weihnachtsbaum auswirken kann. Die Regierung der Stadt mit zweieinhalb Millionen Einwohnern, wo sich Optoelektronikkonzerne und Halbleiterhersteller, IT- und Elektrofahrzeug-Zulieferer niedergelassen haben, hat gerade für fünf Tage weite Teile der Industrie stillgelegt, um so Energie zu sparen.

Das trifft auch die Tech-Fabriken vor Ort, viele davon Niederlassungen taiwanesischer Firmen. Bis Freitag müssen viele Fabriken schließen. Danach ist China ohnehin in einer Feiertagswoche, so das Kalkül. Betroffen von den erzwungenen Produktionsstopps sind unter anderem Foxconn-Tochter Eson Precision Engineering, die Apple und Tesla beliefert, ASE Technology, führend bei der Verpackung und Testung integrierter Schaltungen, Concraft Holding, Lieferant von Komponenten für die iPhone-Lautsprecher, oder auch Leiterplattenproduzent Unimicron Technology, ebenfalls Apple-Lieferant.

An dieser Liste sieht man recht schnell, warum die Emissionsreduktion durch Produktionsstopps in Kunshan internationale Folgen hat. Jetzt sind Stromausfälle in China kein Jahrhundertereignis, und einige Fabriken können für kurze Zeit auf eigene Stromgeneratoren ausweichen. Doch allein die taiwanesischen Unternehmen rechnen in Kunshan durch den tagelangen Produktionsausfall mit umgerechnet mehr als 350 Millionen Dollar Verlust.

Und nicht nur die Stadt im Osten Chinas ist betroffen. In zehn Provinzen wird in diesen Tagen Teilen der Industrie der Strom abgeschaltet. Unter anderem sind mehrere Pack- und Testunternehmen für die Chipfirmen Intel, Nvidia und Qualcomm nach Angaben der japanischen Zeitung „Nikkei" betroffen. Das Timing ist zudem problematisch: Die Elektronikbranche leidet ohnehin unter Lieferengpässen und gestiegenen Kosten für Halbleiter. Zudem wird gerade unter Hochdruck fürs Elektronik-Weihnachtsgeschäft produziert. Und für die globalen Lieferketten, die ohnehin durch Covid-Lockdowns, gesperrte Häfen und den Chipmangel strapaziert sind, dürfte es nicht bei den fünf Tagen Produktionsausfall bleiben. Das Problem ist vielmehr die Aussicht, dass weitere tagelange Unterbrechungen auch in den kommenden Monaten folgen könnten.

Auch in Deutschland wird gerade viel über die richtige Balance zwischen ambitionierten Klimazielen und Wirtschaftswachstum diskutiert. Die Geschwindigkeit des Wandels ist für die in der Energieversorgung noch zu zwei Dritteln von der Kohle abhängige chinesische Wirtschaft jedoch noch gewaltiger. Und bis eine neue, emissionsärmere Energie-Infrastruktur steht, wird die Energiefrage in China zunehmend ein Thema für die globalen Lieferketten, die doch nach den Covid-Erfahrungen eigentlich alle resilienter gestalten wollten. Alle Augen auf Kunshan in den kommenden Monaten.

Die Autorin ist Leiterin des Auslandsressorts. Sie erreichen sie unter: bastian@handelsblatt.com

ANZEIGE

Jeder Dax-Konzern wird in fünf Jahren Satellitendaten nutzen

Regelmäßig lesen wir von Weltraumabenteuern extravaganter Milliardäre. Wie auch hiesige Unternehmen vom Space-Boom profitieren, erklärt Sven Przywarra, Gründer des Satelliten-Unternehmens LiveEO, im Interview.

Herr Przywarra, haben Sie schlechte Laune, wenn es bewölkt ist?
Weil die Satelliten dann nichts sehen können, meinen Sie? Manche Satelliten können dank Radarsensoren sogar durch die Wolkendecke blicken. Außerdem bewegen sich die Wolken ja, sodass wir sie im Zeitverlauf herausrechnen können und genügend freie Sicht haben.

Genügend, um die Erde aus dem All zu beobachten?
Ganz genau. Genügend, um so ziemlich alles aus dem Weltall zu messen, was man sich vorstellen kann. Aus dem Orbit können wir bestimmen, ob Brücken absacken, welche Schäden durch Stürme entstanden sind, ob illegale Abholzungen stattfinden oder wie viele Autos eine Fabrik produziert.

Wenn es so viele Möglichkeiten gibt, warum werden sie dann nicht genutzt?
Das werden sie! Allerdings noch nicht in allen Szenarien, die ich gerade genannt habe. Der Weg dorthin ist fest eingeschlagen. Die Kosten pro Messung durch Satelliten nehmen exponentiell ab, während sie bei anderen Verfahren nahezu konstant bleiben. Wir werden deshalb notwendigerweise in immer mehr Bereichen stationäre Messungen durch Satelliten-Beobachtungen ersetzen.

Wodurch ist dieser Kostenverfall zu erklären?
Dadurch, dass zwei Revolutionen zeitgleich ablaufen: erstens die Revolution der Datenverfügbarkeit. Es werden mehr Satelliten als jemals zuvor in den Orbit geschossen, was den Preis drückt. Gleichzeitig gibt es riesige Fortschritte in der Datenverarbeitung, also im Cloud-Computing und in der künstlichen Intelligenz: Brauchten wir 2019 noch 14 Tage, um das Netz der Deutschen Bahn zu analysieren, sind es inzwischen nur noch wenige Stunden.

An welchem Punkt dieser Entwicklung stehen wir?
Der Markt für Erdobservation lässt sich mit dem Internet der frühen 2000er-Jahre vergleichen: Es entstehen Infrastruktur, Standards und Prozesse und damit Massentauglichkeit. Dadurch steigen die technischen Möglichkeiten und das Bewusstsein der Unternehmen, dass hier riesige Chancen liegen.

Ihr Unternehmen LiveEO möchte bei dieser Entwicklung vorne mitspielen
Das tun wir bereits. Wir haben Kunden in vielen Industrien, haben aber mit satellitengestütztem Monitoring von Stromleitungen, Schienen und Pipelines angefangen. Heute lassen wir unsere Algorithmen Bäume entlang von Schienen erkennen, die aufs Gleis fallen könnten. Morgen können es Hausdächer in Kampala sein oder Schiffe auf dem Jangtse – das ist dem System egal.

Für welche Branchen könnten solche Informationen relevant sein?
Kurzfristig sind das zum Beispiel Versicherungen, die Objekte vollkommen ortsunabhängig und automatisiert bewerten. Oder im Bereich der Logistik können Risiken in komplexen Lieferketten erfasst werden. Auf mittlere Sicht werden Satellitendaten in den Wertschöpfungsketten aller Dax-Konzernen eine Rolle spielen. Es wird sicher zu disruptiven Veränderungen kommen. Wie die genau aussehen, wird sich zeigen. Wir bei LiveEO sind entschlossen, den Wandel mitzugestalten, und suchen Unternehmen, die Use-Cases der Technologie mit uns erkunden möchten.

Sven Przywarra gründete 2018 gemeinsam mit Daniel Seidel das Satelliten-Start-up LiveEO.

Finden Sie heraus, wie Ihr Unternehmen von Satellitendaten profitieren kann, unter **business-development@live-eo.com**

LiveEO GmbH
Gitschiner Straße 94
10969 Berlin,
business-development@live-eo.com

LiveEO

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Impfstoffe

Ein Warnsignal von Sanofi

Der französische Pharmakonzern sieht nur geringe Vermarktungschancen und zieht einen Impfstoff zurück.

M. Telgheder, G. Waschinski
Frankfurt, Paris

Noch warten weltweit Milliarden Menschen auf eine Impfung gegen das Coronavirus. Die Produktion der zugelassenen Vakzine wird kontinuierlich ausgebaut, viele Unternehmen treiben auch die Forschung nach Covid-19-Impfstoffen weiter voran. Nun hat mit Sanofi allerdings ein erster großer Anbieter entschieden, seinen mRNA-Impfstoffkandidaten trotz erfolgreicher Daten zu stoppen – mangels Vermarktungsaussichten.

Die Entscheidung des französischen Pharmakonzerns vom Dienstag ist ein Signal für die ganze Branche. Manch ein Impfstoffentwickler dürfte nun die Marktaussichten seiner Kandidaten neu bewerten.

Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden aktuell 121 Covid-19-Impfstoffe in der klinischen Entwicklung am Menschen erprobt, weitere 194 befinden sich im präklinischen Stadium. Insbesondere die Projekte in den frühen Phasen dürften noch Monate, wenn nicht Jahre brauchen, um die für eine Zulassung erforderlichen Daten überhaupt einzusammeln.

Denn es wird immer schwieriger, angesichts der wachsenden Durchimpfung ausreichend Patienten für Studien zu rekrutieren. Hinzu kommt das Problem der Virusvarianten, die sich ausbreiten und auf die viele Impfstoffkandidaten nicht ausgerichtet sind.

Sanofi will die Arbeit an seinem auf der mRNA-Technologie basierenden Impfstoff einzustellen, obwohl die Forschungsergebnisse vielversprechend waren. Bei mehr als 90 Prozent der Probanden in den Studien der Phasen 1 und 2 hätten sich Antikörper gebildet. Außerdem habe es keine Hinweise auf schwere Nebenwirkungen gegeben.

Dennoch verzichtet der Konzern auf die aufwendige Phase-3-Studie, in der ein neues Mittel an einer großen Zahl von Probanden klinisch erprobt wird. Mit seinem mRNA-Impfstoff wäre Sanofi nicht nur zu spät auf den Markt gekommen. Thomas Triomphe, Vizechef der Impfsparte, gab unumwunden zu: Der Markt sei gesättigt. „Wir brauchen keine neuen Covid-Impfstoffe mit mRNA-Technologie mehr“, sagte Triomphe. Stattdessen wolle man sich auf die Entwicklung eines proteinbasierten Covid-19-Impfstoffs konzentrieren.

Konsequenzen für die deutsche Biotech-Branche

Das könnte auch Folgen für die deutsche Biotech-Firma Curevac haben, deren mRNA-Vakzin sich noch im Zulassungsprozess in Europa befindet. Glaubt man der Marktanalyse von Sanofi, dann können sich die Tübinger kaum noch Hoffnungen auf einen Geschäftserfolg machen.

Angesichts der starken Stellung der Mainzer Firma Biontech mit seinem Partner Pfizer sowie des US-Unternehmens Moderna sieht der französische Pharmariese zumindest bei der mRNA-Technologie keine Lücke mehr. Bis Ende des Jahres dürfte die Zahl der produzierten Dosen der genbasierten Vakzine auf zwölf Milliarden steigen, im kommenden Jahr wird die Herstellung von 24 Milliarden weiteren Dosen erwartet.

Curevac hatte Mitte September bereits auf die Marktsättigung bei Impfstoffen in Europa reagiert und angekündigt, Produktionspartnerschaften aufzugeben. Konkret wurden die Vertragsvereinbarungen mit dem Chemieunternehmen Wacker und dem Schweizer Biopharmaunternehmen Celonic innerhalb der vertraglich vereinbarten Kündigungsfrist aufgehoben.

Mit beiden Unternehmen war die Herstellung von rund 150 Millionen Dosen für 2021 vereinbart worden. Das ist etwa die Hälfte der Menge, die Curevac ursprünglich in diesem Jahr herstellen wollte. Das Unternehmen hatte im Juni enttäuschende Studiendaten für seinen mRNA-Impfstoff vorgelegt, der eine deutlich niedrigere Wirksamkeit als die Vakzine von Moderna und Biontech zeigt.

Firmenchef Franz-Werner Haas bestätigte vergangene Woche jedoch auf einer Branchenveranstaltung, dass sich der Impfstoff weiterhin im EU-Zulassungsprozess befindet. „Jetzt nicht so sehr, um den Fokus auf Milliarden Dosen dieses Impfstoffs zu legen“, so Haas wörtlich. Durch das Verfahren würden viele Fragen auch für den nächsten Impfstoff gelöst, erklärte der Curevac-Chef.

Die Tübinger entwickeln mit Glaxo-Smithkline (GSK) einen Covid-19-Impfstoff der zweiten Generation, der allerdings bislang noch in der präklinischen Phase ist. Darüber hinaus arbeiten beide Partner an mRNA-Impfstoffen gegen andere Infektionskrankheiten und wollen neue proteinbasierte Therapien vereinbaren. Im Rahmen der Allianz soll laut Haas auch ein Kombinationspräparat gegen Covid-19 und Grippe entwickelt werden.

Der mRNA-Technologie gelang in der Pandemie der Durchbruch. Anders als bei klassischen Impfstoffen, bei denen die Hersteller vereinfacht gesagt mit Bauteilen des Virus einen Immunschutz erreichen, wird dem menschlichen Immunsystem bei den Vakzinen von Biontech und Moderna mithilfe der Gentechnik der Bauplan des Erregers geliefert. In Studien haben sich mRNA-Vakzine als sehr wirksam und sicher erwiesen – sie sind aber auch vergleichsweise teuer.

Während viele Industrieländer bei der Erstimpfung ihre Bevölkerung vor allem auf mRNA-Stoffen setzten, könnten die anderen Vakzine stärker in den ärmeren Teilen der Welt zum Einsatz kommen, die bislang kaum mit Impfstoff versorgt wurden. Die klassischen Vakzine könnten in den kommenden Jahren zudem eine wichtige Rolle bei Auffrischungsimpfungen spielen.

Auch deshalb setzt Sanofi jetzt auf den proteinbasierten Covid-19-Impfstoff, den die Franzosen zusammen mit GSK entwickeln. Der befindet sich aktuell in der entscheidenden dritten Phase und könnte vor Dezember verfügbar sein.

Sanofi

Zellkulturanlage in einem Labor: Die Produktion der zugelassenen Vakzine wird kontinuierlich ausgebaut.

Neue Impfungen gegen Covid-19

Entwicklung neuer Corona-Impfstoffe weltweit

In klinischer Entwicklung	In präklinischer Entwicklung
121	194

Kandidaten in klinischen Tests

Wirkmechanismus	Impfstoffkandidaten	Anteil
Spaltimpfstoff*	43	36 %
RNA	21	17 %
Viraler Vektor	20	17 %
Inaktiviertes Virus	16	13 %
DNA	11	9 %
Sonstige	10	9 %

HANDELSBLATT *Totimpfstoff • **Quelle:** WHO

Insgesamt gibt es derzeit noch mehr als 30 Covid-19-Impfstoffkandidaten in der letzten klinischen Studienphase, zeigt eine Analyse des Verbandes der forschenden Pharmaunternehmen. Neben dem Wirkstoff von Sanofi und GSK gilt auch noch das Vakzin von Novavax als aussichtsreicher Kandidat, der noch in diesem Jahr zugelassen werden könnte.

Dieser ist ein Protein-Wirkstoff, der auf einer im Labor hergestellten Version des Spike-Proteins von Sars-CoV-2 basiert. Der menschliche Körper muss das Spike-Protein also nicht selbst herstellen, wie es bei den mRNA-Impfstoffen der Fall ist. Vergangenen Freitag hatte Novavax gemeinsam mit dem Serum Institute of India den Antrag auf Notfallzulassung bei der WHO gestellt.

Novavax will insgesamt 1,1 Milliarden Dosen für das globale Impfprogramm Covax bereitstellen, das die WHO gemeinsam mit der Impfallianz Gavi und der Impfinitiative Cepi unterhält. Die Zulassungsanträge in den USA und in Europa sollen im vierten Quartal gestellt werden.

Die Entscheidung von Sanofi in dieser Woche bedeutet indes keine grundsätzliche Abkehr vom mRNA-Ansatz: Die Franzosen wollen die Technologie nutzen, um Impfstoffe für künftige Pandemien zu entwickeln. Auch in anderen medizinischen Bereichen wie der Krebstherapie gilt die neue Technologie als vielversprechend.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Internet der Dinge

Erster Deal von Telekom und Softbank

1nce vernetzt Fabriken, Aufzüge und Thermostate. Eine Kapitalspritze von Telekom und Softbank soll den Verkauf im Ausland erleichtern.

Die Deutsche Telekom hat eine strategische Partnerschaft mit Softbank geschlossen, die – neben einem Aktientausch – gemeinsame Investitionen vorsieht. Ein erstes Beispiel für das Engagement bei Wachstumsunternehmen: In einer Finanzierungsrunde des Kölner Vernetzungsspezialisten 1nce (gesprochen: Once) über 50 Millionen Dollar (rund 43 Millionen Euro) sind die Konzerne die größten Geldgeber.

Für 1nce geht es nicht nur ums Kapital. Das Unternehmen hat eine Lösung für die Vernetzung von Geräten wie Produktionsmaschinen, Aufzügen und Thermostaten. Dabei nutzt es Mobilfunknetze – auch die der Telekom, die bereits zu den Investoren zählt.

Nun soll Softbank bei der internationalen Expansion helfen: Der Technologieinvestor aus Japan sei ein Partner mit „globaler Reichweite und globalem Portfolio“, so 1nce-Chef Alexander Sator am Mittwoch gegenüber dem Handelsblatt. So hofft der Manager auf Kontakte zu den Beteiligungen, zu denen Wework, Uber und Getyourguide zählen.

Zur Bewertung äußert sich 1nce nicht konkret. „Wir sind auf dem Weg zum Einhorn“, sagt Sator aber, ein Unternehmenswert von mindestens einer Milliarde Dollar ist demnach in Reichweite. Auch welche Beteiligung Telekom, Softbank und andere Investoren nun genau halten, ist unklar. Die Gründer besäßen nach der Finanzierungsrunde knapp die Hälfte der Anteile, sagt der Unternehmenschef.

Für den 50-Jährigen ist es nicht das erste Geschäft, dem er zu Größe verhilft. Schon als Schüler baute er ein Softwareunternehmen auf. Nach dem Abbruch des Physikstudiums gründete er einen Laserhersteller, den er später an einen britischen Konzern verkaufte.

Danach beschäftigte er sich in verschiedenen Rollen mit der Kommunikation zwischen Maschinen, als Berater und Investor, Manager und Aufsichtsrat. 2017 schließlich machte er sich mit 1nce erneut selbstständig.

Der Unternehmer hat einen Trend früh erkannt: Dank der Fortschritte in IT, Sensorik und Telekommunikation lassen sich heute nicht nur PCs und Smartphones einfach vernetzen, sondern auch alltägliche Gegenstände.

Fahrradhersteller ermöglichen so die Ortung von teuren E-Bikes, Hausverwaltungen lesen automatisch die Verbrauchsdaten von Heizungen und Wasserzählern aus, Industriebetriebe überwachen ihre Produktionsmaschinen aus der Ferne.

Dieses „Internet of Things“ (IoT), wie die Technologie im Fachjargon genannt wird, ist ein wachsendes Geschäft. Der Marktforscher Berg Insight schätzt, dass die Zahl der Objekte, die per Mobilfunk vernetzt werden, bis 2025 um durchschnittlich 17 Prozent auf 3,7 Milliarden wächst. Virtuelle Mobilfunkanbieter wie 1nce, die Kapazitäten von Netzbetreibern weiterverkaufen, haben einen Marktanteil von fünf Prozent, in Europa und Nordamerika von 15 bis 20 Prozent.

Herkömmliche Mobilfunkbetreiber seien national oder regional ausgerichtet, sagt Fredrik Stalbrand, Analyst bei Berg Insight. Das ist eine Chance für Unternehmen wie 1nce: „Inzwischen haben die meisten IoT-Projekte internationale Anforderungen.“

Die Anbindung der Geräte ist allerdings oft umständlich. Es braucht einen Mobilfunkvertrag sowie eine Plattform für die Verwaltung. Hier will sich 1nce von der Konkurrenz abheben. Das Unternehmen verkauft für zehn Euro SIM-Karten, die 500 Megabyte Datenvolumen einschließen. Das soll für einen Zeitraum von zehn Jahren und somit die Lebensdauer vieler Geräte reichen – daher der Name: Einmal kümmern reicht.

10

Millionen Geräte
von rund 7000 Unternehmen verwaltet der Spezialist 1nce derzeit, 200 Kunden kommen jeden Monat hinzu.

Quelle: Unternehmensangaben

In Zeiten des Gigabit-Internets wirkt eine solche Datenmenge klein. Sator betont aber: „Nach unserer Erfahrung reichen für einen Großteil der Anwendungen zwei bis drei Megabyte im Monat.“ Wenn Thermostate, Ampeln oder Fahrräder ihren Status übermitteln, braucht es nicht viel. 90 Prozent des IoT-Marktes könne das Unternehmen daher abdecken, sagt er.

Zehn Millionen Geräte von 7000 Unternehmen verwaltet 1nce derzeit, 200 Kunden kommen jeden Monat hinzu. Zu den bekanntesten Namen zählt der Aufzughersteller Otis, der mehrere Hunderttausend Anlagen mit der Technologie vernetzt. Das Geschäft ist in den vergangenen beiden Jahren jeweils um den Faktor vier gewachsen, für 2022 peilt das Unternehmen 50 Millionen Euro Umsatz an.

Dazu soll der Ausbau des Auslandsgeschäfts beitragen. 1nce eröffnet mit dem neuen Kapital Büros in Miami und Austin, um den US-Markt zu bedienen. „Ohne globalen Anspruch geht es nicht“, sagt Sator – schon weil Deutschland bei der Digitalisierung sehr langsam und vorsichtig sei.

Die Telekom zählt zu den Partnern der ersten Stunde, die Zusammenarbeit sei „sehr eng und fundamental wichtig“, betont 1nce-Chef Sator. Nun kommt mit Softbank der größte Technologieinvestor der Welt als Partner hinzu. 1nce erhofft sich dadurch einen besseren Zugang zum großen asiatischen Markt. Christof Kerkmann

Getty Images

Timotheus Höttges (l.) und Marcelo Claure: Der Telekom-Chef und der Chef der Softbank Group im September in Köln.

Anzeige

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Fahrerin von Gorillas: Das Liefer-Start-up sucht besonders viele Mitarbeiter.

Gorillas

Arbeitgeber

Gorillas gesucht

Die Rangliste einer bekannten Karriereplattform zeigt, welche Jungunternehmen aktuell besonders attraktiv für Jobsuchende sind und welche Bedeutung dabei das Gehalt hat.

Lazar Backovic Düsseldorf

Start-ups gelten als Karrieremaschinen. Einmal im Aufwind, können Kandidaten nach wenigen Jahren bei großen Firmen Verantwortung übernehmen. Dax-Aufsteiger wie Zalando, Delivery Hero oder Hellofresh zeigen zudem, wie rasch aus Neugründungen selbst etablierte Unternehmen werden können. „Der enorme Gestaltungsspielraum im Start-up, dazu der Nervenkitzel und ein Stück weit die Ungewissheit darüber, wie der eigene Job morgen aussieht, sorgen oft für Resilienz bei Kandidatinnen und Kandidaten in der künftigen Karriere“, sagt Levin von Bothmer von der Personalberatung Spencer Stuart und fokussiert auf Digital- und Technologiefirmen.

Doch die Suche nach einem attraktiven Arbeitgeber unter den Start-ups kann eine Herausforderung sein. Wo soll man sich bewerben? Welche Jobs versprechen das beste Gehalt? Das US-Karrierenetzwerk LinkedIn hat vor Kurzem ein Bewerberranking der beliebtesten Start-ups in Deutschland veröffentlicht. Für die Auflistung hat LinkedIn Daten in vier Kategorien ausgewertet: Beschäftigungswachstum, Interesse an Jobangeboten, Verbundenheit von Beschäftigten mit dem Unternehmen und die Rekrutierung von Top-Talenten aus großen, bekannten Unternehmen.

Das Handelsblatt hat daraufhin die Jungunternehmen der Liste kontaktiert und nach den Bereichen gefragt, in denen die Jungfirmen derzeit am verstärkt Personal suchen. Diese Jobs warten bei den zehn beliebtesten Start-ups Deutschlands:

1. Platz: Gorillas
Die meisten Arbeitsplätze bei dem Schnelllieferdienst gehören den Fahrern, von denen man immer wieder Klagen über schlechte Arbeitsbedingungen hört. Aber auch Top-Stellen sind bei Gorillas derzeit ausgeschrieben. So sucht das Unternehmen aktuell für seinen Berliner Standort einen „Head of Expansion“. Die Schlüsselrolle sieht Verantwortung für ein gut zehnköpfiges Team vor, das interdisziplinär an der mittel- und langfristigen Strategie des Unternehmens arbeitet. Fünf Jahre in einem fordernden Umfeld wie Investmentbanking oder Unternehmensberatung sind für Bewerberinnen und Bewerber bei der Position ratsam. Headhunter von Bothmer schätzt die Stelle grob auf etwa 100.000 Euro Jahresgehalt, plus Erfolgsbeteiligung.

2. Platz: Lilium
Das 650-Mitarbeiter-Unternehmen Lilium braucht Ingenieure. So ist aktuell etwa die Schlüsselstelle eines „System Engineer IMA“ ausgeschrieben, der zehn Jahre Berufserfahrung mitbringen und sich mit modularen Rechner-Elektronikeinheiten in Flugzeugen auskennen soll. Da viel Erfahrung und Spezialwissen für diese Stelle nötig sind, schätzen Headhunter, dass Gehälter um die 150.000 Euro drin sind.

150
Tausend Euro im Jahr verdienen Ingenieure schätzungsweise beim Start-up Lilium.
Quelle: Recherche

3. Platz: Personio
Als Personal-Softwareunternehmen braucht Personio vor allem Programmierer. Die Münchener suchen derzeit verstärkt Backend- und Frontend-Engineers, teilweise auf Senior-Basis – also mit viel Berufserfahrung.

Im Frontend-Bereich – also dem, was hinterher für den Benutzer einer Software sichtbar ist – verdient man in der Regel weniger als im Herzkammerbereich der Softwareentwicklung, dem Backend. Da Angestellte auf diesem Niveau sicherlich Kapitalbeteiligungen, sogenannte ESOPs, erhalten, schätzen Experten das Gesamtgehalt für beide Senior-Rollen auf 80.000 bis 100.000 Euro.

4. Platz: Tomorrow
Die Hamburger positionieren sich als nachhaltige Smartphone-Bank, obwohl Verbraucherschützer da nicht ganz mitgehen und sich mehr Transparenz von Tomorrow wünschen. Derzeit hat das Start-up vor allem Stellen im Bereich „Tech und Product“ ausgeschrieben, wie eine Sprecherin erklärt. Gesucht werden vor allem Java-Entwickler fürs Backend. Durchschnittsgehalt laut Indeed: 64.000 Euro.

5. Platz: Moss
Nach dem Einstieg des US-Investors Peter Thiel will das Berliner Fintech künftig noch größere Kunden mit seinen Firmenkreditkarten ausstatten. Hierfür sucht Moss nach eigenen Angaben sowohl Berufseinsteiger als auch erfahrenere „Account Executives“ und „Partnership Manager“. Im Account-Management ist laut Stepstone-Gehaltsreport im Schnitt mit 66.000 Euro Jahresgehalt zu rechnen. Vertriebler mit mehr als zehn Jahren Berufserfahrung werden gehaltstechnisch noch einmal höher eingestuft.

6. Platz: Forto
Lieferketten managen – das ist das Geschäftsmodell von Forto. Gefragt sind Data-Scientists, die Nachfrage- und Angebotsprognosen erstellen und mit Analysen von Preisszenarien und Algorithmen an unterschiedlichsten Problemen arbeiten. Fachkräfte in dem Bereich sind rar. Bewerber können deshalb mit 80.000 Euro brutto im Jahr kalkulieren.

Zudem benötigt Forto für sein weiteres Wachstum dringend neue Recruiter. Im Personalwesen liegen die Gehaltsaussichten mit durchschnittlich 58.000 Euro deutlich niedriger.

7. Platz: Finn
Gerade einmal 130 Beschäftigte zählt das Münchener Mobilitäts-Start-up aktuell. Trotzdem hat Finn große Wachstumspläne. So will das Start-up zum Ende des Jahres seine Autoabos auch in Amerika anbieten.

Am intensivsten sucht Finn nach eigenen Angaben Backend-Developer. Hier liegt das Jahresbrutto laut der Datenbank von Gehalt.de bei 61.176 Euro. Außerdem sucht das Mobilitätsunternehmen sogenannte Business Intelligence Manager, Datenanalysten und Product Manager. Letztere können laut Indeed mit durchschnittlich 77.500 Euro rechnen.

8. Platz: Tier
Mit seinen fast 1000 Mitarbeitern sind die Beschäftigungsmöglichkeiten bei dem Tretroller-Vermietungsdienst vielfältig. Sebastian Ristic, Direktor für die Talentakquise bei Tier, kreist drei Bereiche ein, in denen das Start-up aktuell Top-Stellen ausgeschrieben hat: IT, Personal und strategisches Wachstum. Für Letzgenanntes werden „Growth Marketing Manager“ an den Standorten Berlin, London, Stockholm, Dubai und Paris gesucht. Die Bezahlung ist stark standortabhängig.

9. Platz: Recup
Wem ein ökologisches Bewusstsein auch bei der Jobsuche wichtig ist, der dürfte bei dem Münchener Jungunternehmen fündig werden. Recup hat ein Pfandsystem für Mehrwegbecher und -schalen etabliert, an dem laut Firmenangaben 9.000 Cafés, Restaurants und Tankstellen mitmachen.

Personell will das junge 60-Mitarbeiter-Unternehmen vor allem im Innovationsbereich wachsen. So ist derzeit die Stelle einer Teamleitung ausgeschrieben, die „unsere Hardware und Services verantwortet und weiterentwickelt sowie für unser Innovationsteam verantwortlich ist“, wie eine Sprecherin mitteilt. Im Sales-Bereich sind außerdem Fachkräfte gesucht, die auf Neukunden-Akquise gehen und Cafés und Restaurants abklappern.

10. Platz: Scalable Capital
Die Trading-App aus Bayern hält vor allem nach Softwareentwicklerinnen und -entwicklern im Bereich Mobile und Data-Engineering Ausschau. Gehaltstechnisch liegen Java-Entwickler, die auch Smartphone-Anwendungen programmieren können, laut Indeed durchschnittlich bei 64.000 Euro jährlich. Auch Marketing-Experten sind bei Scalable Capital gefragt. Ein Social-Media-Manager kommt laut Stepstone im Schnitt auf 42.000 Euro brutto im Jahr. Andere Marketing-Jobs liegen eher bei 60.000 Euro.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Amazon

Heimroboter Astro überzeugt nicht

Der US-Onlinehändler hat eine neue Hardware vorgestellt. Er will damit eine ganz neue Produktkategorie etablieren.

Amazons Hardware-Events sind seit einiger Zeit überraschender als die des einstigen „One More Thing“-Unternehmens Apple. Der weltgrößte Onlinehändler stellt oft kurios-futuristische Geräte vor, deren Markteinführung aber oft Jahre in der Zukunft liegt. Dieser Tradition bleibt Amazon treu.

An diesem Dienstag war die Schlussüberraschung bei dem Event der autonome Heimroboter Astro. Der rollende Winzling mit einem Bildschirm als Gesicht soll einmal 1500 Dollar kosten. Die ersten Käufer, die es auf eine Warteliste schaffen, sollen ihn bereits Ende des Jahres für 1000 Euro erhalten.

Allerdings zählt Amazon Astro als ein „Day One“-Produkt, dessen breite Markteinführung noch länger dauern könnte. „Heiß aus dem Labor“, wie es Philipp Berger, Deutschlandchef für Alexa, nennt. Auch ein Start in Deutschland scheint noch weit in der Zukunft zu liegen.

Mit Kamera und Display ist der einem kleinen Bruder von Wall-E aus dem gleichnamigen Pixar-Film ähnelnde Roboter bislang eine Art rollender Echo Show, der etwa mobile Video-Anrufe ermöglicht.

Statt viel über die Funktionen des Roboters zu sprechen, ließ Amazon mehrere Robotiker auftreten, die Astros Fähigkeiten lobten, Hindernissen auszuweichen.

Produktportfolio wurde weiterentwickelt

So richtig nützlich wirkt Astro allerdings noch nicht, sondern er scheint eher der Einstieg in eine neue Kategorie zu sein. Charlie Tritschler, Amazons Vizepräsident für Geräte, fragte rhetorisch, ob „irgendjemand glaubt, dass wir in fünf bis zehn Jahren keine Heimroboter haben werden?“ Bei Amazon jedenfalls niemand.

Ein rollendes Gerät mit Bildschirm: Astro ist Amazons neuer Heimroboter.

AP

Außerdem entwickelt Amazon sein bekanntes Portfolio an smarten Lautsprechern, Türkameras und -klingeln weiter. Die größte Neuerung ist ein Echo Show mit einem 15,6 Zoll großen Bildschirm, der an der Wand befestigt wird und mehr einem Fernseher als einem Lautsprecher mit Display gleicht.

Miriam Daniel, Vizepräsidentin für Echo und Alexa, nannte das Gerät einen „Küchen-Fernseher“, der vor allem als smarter Familienkalender und Schaltzentrale für Smart-Home-Geräte dienen kann.

Amazon hat für das Gerät einen neuen KI-Chip namens AZ2 entwickelt, der die Verarbeitung von Daten auf dem Gerät und damit den Schutz der Privatsphäre der Nutzer verbessern soll. Anders als Astro wird der Echo Show 15 bald auch in Deutschland verfügbar sein und 250 Euro kosten.

Hardware ist nicht Amazons Hauptgeschäft. Die Preise für die Geräte gelten als gerade so kostendeckend. Geräte wie die kabellose Video-Türklingel Blink für 60 Euro oder eben der Echo Show 15 sollen Amazon als Zentrale des vernetzten Zuhauses etablieren.

Dazu stößt der Technologiekonzern aus Seattle recht forsch in neue Produktkategorien vor. Dass das Portfolio ziemlich unübersichtlich wird und manches einst vorgestellte Produkt nie auf den Markt kommt, scheint eingepreist zu sein. Wo Apple sich müht, öffentliche Fehlschüsse zu vermeiden, ballert Amazon aus allen Rohren.

Der Preis ist das ausschlaggebende Argument

Seine Ring-Überwachungskameras und -Alarmanlagen hat Amazon auf diese Weise zumindest in den USA gut etabliert – die fliegende Ring-Heimdrohne soll ein Jahr nach ihrer Vorstellung zumindest für Käufer auf einer Einladungsliste ausgeliefert werden.

Der klare Kundennutzen. Der Traum vom Android-Assistenten fürs Zuhause ist uralt, außer Staubsauger- und Wisch-Robotern hat sich aber nie einer durchgesetzt. Geringe Intelligenz oder Unfähigkeit, Hindernissen auszuweichen, war dabei allenfalls ein Faktor. „Drei Dinge sind bei Robotern für Privatleute wichtig“, sagte der Robotik-Unternehmer Paolo Pirjanian dem Handelsblatt im vergangenen Jahr. „Der Preis, der Preis und der Preis.“

Astro dürfte mit 1500 Dollar nicht günstig genug sein, um mehr Menschen als ein paar wohlhabende Technik-Enthusiasten zu begeistern. Erst wenn der Roboter fähig wird, seinen Besitzern Aufgaben im Haushalt abzunehmen, könnte sich das ändern.

Im geringeren Maße gilt das sogar für Amazons Echo-Geräte. Die werden von den meisten Nutzerinnen und Nutzern vor allem als sprachbegabte Jukeboxen verwendet. Die Funktion als Familienkalender und als Fernseher beim Gemüseschneiden ist immerhin ein Fortschritt. Alexander Demling

Anzeige

Investieren mit Sinn, Verstand und Verantwortung.

JETZT KOSTENLOS:
DER HANDELSBLATT-NEWSLETTER ZU NACHHALTIGEN INVESTMENTS.

Für alles, was langfristigen Erfolg verspricht: Unsere mehrfach ausgezeichnete Autorin Susanne Bergius blickt für Sie hinter die Kulissen nachhaltiger und verantwortlicher Investments und liefert Ihnen jeden Monat News, Analysen und eine optimale Orientierung für Ihre Entscheidungen – fundiert, aktuell und unabhängig.

Jetzt registrieren und künftig kostenfrei beziehen:
handelsblatt-nachhaltigkeit.de

Jetzt testen

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt
DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Verleger: Dieter von Holtzbrinck

Herausgeberbeirat: Prof. Dr. Bert Rürup, Katharina Borchert, Hans-Jürgen Jakobs, Dr. Josef Joffe, Prof. Dr. Katharina Anna Zweig

Redaktion
Chefredakteur: Sebastian Matthes
Stv. d. Chefredakteurs: Peter Brors
Stv. Chefredakteurin: Kirsten Ludowig

Autor: Hans-Jürgen Jakobs
Textchef: Christian Rickens
Chefökonom: Prof. Dr. Bert Rürup

Ressortleiter: Thomas Sigmund (Politik), Markus Fasse, Jürgen Flauger (Unternehmen), Kathrin Jones (Finanzen), Nicole Bastian, Dr. Jens Münchrath (Ausland & Meinung), Sönke Iwersen, Martin Murphy (Investigative Recherche)
Chefs vom Dienst: Stefan Kaufmann (Leitung), Sven Prange (Nachrichtenchef), Tobias Döring, Tom Körkemeier, Marc Renner, Claus Baumann (Print), Susanne Wesch (Print)
Art Direction: Michel Becker, Ralf Peter Paßmann
International Correspondents: Mathias Brüggmann, Torsten Riecke
Verantwortlich im Sinne des Presserechts sind die jeweiligen Leiter für ihren Bereich. Im Übrigen die Chefredaktion.

Handelsblatt Research Institute
Tel.: 0211 - 887-0, Telefax: 0211 - 887-97-0,
E-Mail: info@handelsblatt-research.com
Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup (Präsident),
Dr. Christian Sellmann (Managing Director)

Verlag
Handelsblatt GmbH
(Verleger im Sinne des Presserechts).
Geschäftsführung: Andrea Wasmuth

Verantwortlich für Herstellung und Anzeigen: Christian Wiele
Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf.
Anschrift von Redaktion, Verlag und Anzeigenleitung: Toulouser Allee 27, D-40211 Düsseldorf, Tel. 0211 - 887–0
Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos.
Axel Springer SE, Offsetdruckerei Kettwig, Im Teelbruch 100, 45219 Essen; Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer St. 40, 81677 München

Vertrieb Einzelverkauf:
Verlag Der Tagesspiegel GmbH, www.tagesspiegel.de

Kundenservice:
Postfach 103345, 40024 Düsseldorf, Telefon: 0211 887 3602, Aus dem Ausland: 0049 211 887 3602
E-Mail: kundenservice@handelsblatt.com
Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung übermittelt an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main.

Anzeigen:
Anzeigenverkauf Handelsblatt
Tel.: 0211 - 887–0, Fax: 0211 - 887–33 59
E-Mail: info@iqm.de; Internet: www.iqm.de
Anzeigenverkauf Handelsblatt.com
Tel.: 0211 - 887–26 26, Fax: 0211 - 887–97 26 56
E-Mail: info@iqdigital.de; Internet: www.iqdigital.de
Anzeigenverkauf Handelsblatt Personalanzeigen
Tel.: 040–3280 5800
E-Mail: angelika.brandenstein-wendt@zeit.de
Internet: https://talent.zeit.de/
Anzeigendisposition Handelsblatt
Tel.: 0211 - 887 – 26 60, Fax: 0211 - 887 – 97 26 60
E-Mail: dispo.hb@iqm.de
Redaktion:
Telefax: 0211 - 887–97 12 40
E-Mail: handelsblatt@vhb.de
Politik
Tel.: 030 - 61 68 61 92, Fax: 0211 – 887–97 80 27
E-Mail: hb.berlin@vhb.de
Unternehmen
Tel.: 0211 - 8 87–13 65, Fax: 0211 - 8 87–97 12 40
E-Mail: hb.um@vhb.de
Finanzen
Tel.: 0211 - 887–4002, Fax: 0211 - 887–97 41 90
E-Mail: hb.fz@vhb.de

Handelsblatt Veranstaltungen
Tel.: 0211 - 887 0, Fax: 0211 - 887 43-40 00
E-Mail: info@euroforum.com
www.handelsblatt.com/veranstaltungen

Das Handelsblatt wird ganz oder in Teilen im Print und digital vertrieben. Alle Rechte vorbehalten.
Kein Teil dieser Zeitung darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere auch die Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM.

Artikelanfragen: Club-Mitglieder erhalten einen Artikel kostenlos, Telefon: 0800-2233110
E-Mail: artikelanfragen@vhb.de
Nutzungsrechte:
Telefon: 0211 – 2054–4640 (Dieser Service steht Ihnen Mo-Fr zu den üblichen Bürozeiten zur Verfügung) E-Mail: nutzungsrechte@handelsblattgroup.com
Sonderdrucke:
Tel.: 0211 – 887–1748, Fax: 0211 – 887–97-1748
E-Mail: sonderdrucke@vhb.de

Bezugspreise Inland und EU:
monatlich € 66,70 (Inland inkl. € 4,36 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.). Jahresvorzugspreis: € 799,- (Inland inkl. € 52,27 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.). Vorzugspreis für Studenten (gegen Vorlage einer gültigen Bescheinigung): Monatlich € 33,30 (Inland inkl. € 2,18 MwSt. / EU zzgl. der jeweiligen MwSt.). Jahresvorzugspreis € 399,- (Inland inkl. € 26,10 MwSt. / EU zzgl. der jeweiligen MwSt.). Lieferung jeweils frei Haus. Bezugspreise übriges Ausland: auf Anfrage. Bezugspreise übriges Ausland: auf Anfrage.
Abonnementskündigungen sind nur schriftlich mit einer Frist von 21 Tagen zum Ende des berechneten Bezugszeitraumes möglich, solange keine andere Regelung vorgesehen ist. Im Falle höherer Gewalt (Streik oder Aussperrungen) besteht kein Belieferungs- oder Entschädigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos. Für die Übernahme von Artikeln in interne elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte über die PMG Presse-Monitor GmbH. Telefon: 030/284930 oder www.presse-monitor.de.
Die ISSN-Nummer für das Handelsblatt lautet: 0017–7296

picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild

Hackroboter Dino pflügt übers Feld: Noch ist die Zurückhaltung vieler Landwirte groß.

Landwirtschaft

Der elektrische Bauer

Viele Bauernhöfe sind bereits teildigitalisiert. Jetzt dürften Personalmangel und Nachhaltigkeitsvorgaben für einen weiteren Digitalisierungsschub sorgen.

Axel Höpner München

Die Landwirtschaft gilt als eher konservative Branche. In Sachen Digitalisierung allerdings stimmt das nur bedingt: Der Einsatz von Schleppern mit GPS-gesteuertem Spursystem, Melkrobotern und Wetter-Apps gehört für viele Betriebe schon zum Alltag.

Nun könnten der Personalmangel sowie der Nachhaltigkeitstrend mit immer strengeren Vorschriften zum nächsten Automatisierungsschub führen.

Eine wichtige Rolle soll dabei der neue Hack-Roboter „Dino“ spielen. Dieser kann zur mechanischen Unkrautbekämpfung bei Gemüse und Kräutern eingesetzt werden. Mithilfe von Satellitendaten hackt er das Beikraut zwischen den Reihen und dank Kamerasensoren auch innerhalb der Reihen.

> Die Versorgung ist noch immer unbefriedigend. Wir brauchen 5G hinter jeder Milchkanne.
>
> **Jörg Migende**
> Baywa

Arbeiter für einfache Tätigkeiten sind kaum zu finden

„Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wie Glyphosat kann so vermieden oder reduziert werden“, sagt Jörg Migende, der bei dem Agrarhandelskonzern Baywa das Digital Farming verantwortet. Arbeitskräfte für so einfache mechanische Tätigkeiten seien kaum zu finden, zudem rechne sich so ein Roboter schon bei wenigen Hektar Feldgemüse – und der Landwirt habe Zeit für anspruchsvollere Tätigkeiten.

BAYWA / Enno Kapitza

Schon jetzt sind digitale Systeme in der Landwirtschaft verbreitet. Laut einer Studie von Bitkom und Deutschem Bauernverband (DBV) setzt fast die Hälfte der Betriebe intelligente Fütterungssysteme und GPS-gesteuerte Landmaschinen ein. „Digitalisierung von einzelnen Prozessen oder Produktionsverfahren ist Alltag in der Landwirtschaft“, sagt DBV-Generalsekretär Bernhard Krüsken.

An einer weiteren Digitalisierung der Branche gibt es großes Interesse, nicht nur wegen des Personalmangels. „Moderner Pflanzenbau ermöglicht es durch die Nutzung neuester wissenschaftlich fundierter – auch digitaler – Technologien, dass Kulturpflanzen wirksam geschützt sowie verlustarm gedüngt und negative Auswirkungen auf die Umwelt erheblich minimiert werden können“, heißt es im Abschlussbericht der Zukunftskommission Landwirtschaft der Bundesregierung.

Denn zwar fordern viele Seiten eine umwelt- und klimaschonendere Landwirtschaft. Verbraucher sind oft aber nicht bereit, dafür auch tiefer in die Tasche zu greifen. Daher soll die Digitalisierung helfen, Ressourcen zu sparen und den Einsatz schädlicher Mittel zu reduzieren.

Migende nennt ein Beispiel: Werde der Dünger von einem Schlepper mit GPS-Steuerung ausgebracht, gebe es beim Ausstreuen weniger Überlappungen. Dies gilt erst recht, wenn die Menge an Dünger oder Pflanzenschutzmitteln mithilfe von Daten wie Wetter, Bodenbeschaffenheit und Wuchs für den jeweiligen Abschnitt optimiert wird.

Durch intelligente Prozesssteuerung – das Smart Farming – werden die Schritte miteinander verknüpft. Die Baywa hat dafür mit ihrer Tochter Farmfacts ein intelligentes Farmmanagement-Informationssystem entwickelt. „Ein Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland wird mit dieser Software gemanagt“, sagt Migende.

Mit Programmen wie Next Farming können Landwirte den Anbau planen und den Düngebedarf zum Beispiel mithilfe von Algorithmen basierend auf Satellitendaten flächenspezifisch ermitteln.

Um den schädlichen Maiszünsler zu bekämpfen, werfen mit einer Baywa-Lösung Drohnen über dem Mais Kapseln ab, in denen sich Eier der Schlupfwespe befinden. Diese sollen sich dann über die Eigelege des Maiszünslers hermachen.

Landwirte sind noch zurückhaltend

Noch aber gibt es vielerorts Zurückhaltung. So sehen noch etwa 68 Prozent der befragten Landwirte eine geringe Kosteneffizienz, zum Beispiel, weil ihr Hof vergleichsweise klein ist. „Die anfänglich hohen Investitionskosten sind ein wesentlicher Grund dafür, weshalb noch überwiegend gut kapitalisierte Großbetriebe in den Genuss der Autonomisierung kommen“, sagte Jens Henningsen vom Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering.

Etwa 40 Prozent der Befragten verzichten auf den Einsatz digitaler Hilfsmittel, weil sie im Betrieb veraltete Technik und kein leistungsfähiges Breitband- oder Mobilfunknetz haben. „Die Versorgung ist noch immer unbefriedigend“, sagt auch Baywa-Manager Migende. „Wir brauchen 5G hinter jeder Milchkanne.“

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

ANZEIGE

THE SHIFT SUMMIT 2021
Erfolgsfaktor Vielfalt

Diversity ist ein immer relevanterer Faktor für **wirtschaftlichen Erfolg.** Wir sind auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel. Nach dem erfolgreichen Launch in 2020 laden wir auch dieses Jahr zum **THE SHIFT SUMMIT** als Teil der **THE SHIFT INITIATIVE** ein: Wir zoomen uns in Wirtschaft und Gesellschaft, um voneinander zu lernen, nämlich #howtoshift.

Dr. Ariane Reinhart
Personalvorstand und Arbeitsdirektorin Continental AG

Karen Schallert
Geschäftsführerin HandicapUnlimited

Sandra Schwedler
Aufsichtsratsvorsitzende FC St. Pauli

Julian Teicke
Gründer und CEO wefox

Jetzt anmelden: shift-initiative.de/summit

Partner des Summit

ATRUVIA · CreditPlus · Deutsche Sporthilfe · Google Zukunftswerkstatt · Hamburg Commercial Bank · Levi's · westenergie

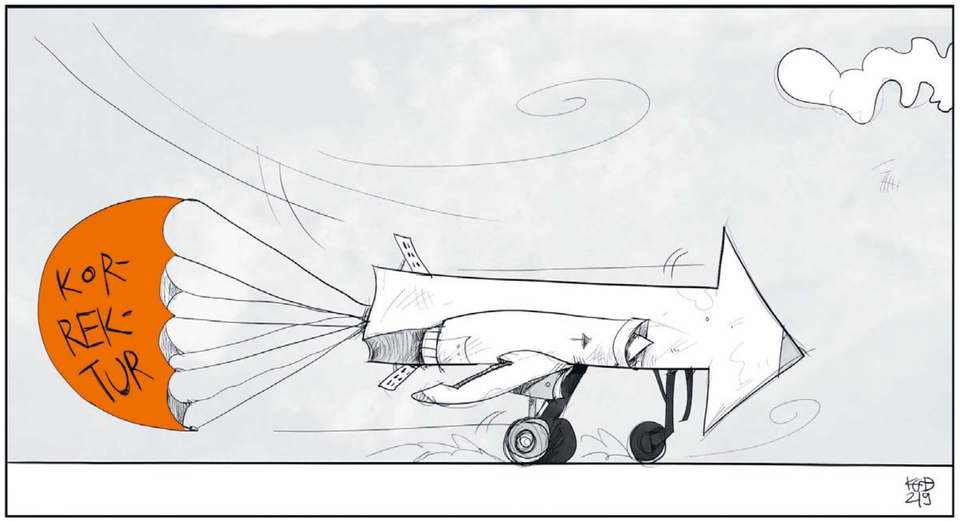
Partner der Initiative

Aktion Mensch · Allianz · ATRUVIA · CreditPlus · DOUGLAS · Google Zukunftswerkstatt · Handelsblatt · LANXESS · Levi's · stepstone · Versicherungskammer · vodafone · westenergie · Wirtschafts Woche

AllBright Stiftung gGmbH • Beyond Gender Agenda GmbH • Charta der Vielfalt e.V. • Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR) e.V. • Generation CEO e.V. • Initiative Women into Leadership e.V. • Mission Female GmbH • Netzwerk Chancen • Netzwerk Synergie durch Vielfalt • Uhlala Group

Handelsblatt MEDIA GROUP

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com



Aktienmärkte

Korrektur, keine Baisse

Wachstumssorgen alarmieren die Anleger zu Recht. Für einen längeren Abschwung fehlen aber die Voraussetzungen.

Die lang erwartete Korrektur ist da und hat sich mustergültig angekündigt. So, wie es der verstorbene Börsen-Altmeister André Kostolany schon im vergangenen Jahrhundert beschrieben hat: Erst nehmen die Kursschwankungen zu, dann erreichen die Kurse in Erholungsphasen nicht mehr ihr vorangegangenes Niveau.

Das heißt, Anleger nutzen Rücksetzer nicht mehr wie in der Vergangenheit, um sofort billiger nachzukaufen. Vielmehr verkaufen sie in zwischenzeitlichen Erholungen. Dadurch nährt sich der Abschwung von selbst.

Noch ist es eine Minikorrektur, zumal sich die Börsen am Mittwoch wieder etwas erholten. Dax, Dow und Co. notieren derzeit nicht einmal fünf Prozent unterhalb ihrer Allzeithochs. Dennoch stellt sich die Frage: Wächst sich die kleine Delle zu einer Korrektur aus, was einem Verlust von mindestens zehn Prozent entsprechen würde?

Gut möglich. Allein schon deshalb, weil Verluste dieser Größenordnung im Laufe eines Börsenjahres eher die Regel als die Ausnahme sind. Doch wenn es um noch größere Verluste und eine Talfahrt von Monaten oder sogar Jahren geht, wie zuletzt vor zwei Jahrzehnten, dann sind Zweifel angebracht.

Für weiter sinkende Kurse spricht, dass der bislang erwartete rasante Aufschwung, der die Weltwirtschaft laut Prognosen dieses Jahr um gut fünf Prozent und vielleicht sogar so stark wie seit fast 50 Jahren nicht mehr wachsen lassen soll, Lücken und Risse bekommt.

Lieferketten funktionieren nicht mehr wie in Zeiten vor der Pandemie. Halbleiter, Holz,

Seit nunmehr vier Quartalen haben die Unternehmen ihre Realgewinne sehr viel stärker gesteigert, als Anleger die Kurse nach oben getrieben haben.

Ulf Sommer

Stahl und viele Vorprodukte fehlen in den immer komplexer werdenden Produktionsprozessen, sodass ganze Wirtschaftszweige auf Kurzarbeit umschalten müssen.

Mehr noch: Immer teurer werdendes Öl, das so viel kostet wie seit 2018 nicht mehr, wird für Verbraucher und Teile der Wirtschaft zunehmend zu einem Problem. Das Geld für Benzin, Diesel, Kerosin und andere Ölprodukte, die viele Industriefirmen benötigen und nun teuer erwerben müssen, wäre in Investitionen oder Konsum besser aufgehoben.

Dass in dieser Gemengelage in den USA wieder einmal ein haushaltspolitischer Stillstand droht, sorgt für zusätzliche Verunsicherung. Hinzu kommt die drohende Pleite des chinesischen Immobilienriesen Evergrande, dem viele Hauskäufer ihr Geld anvertraut haben.

All diese Probleme rechtfertigen Börsenverluste von zehn Prozent. Doch darüber hinaus überwiegen die Chancen. Solange die Nachfrage der Realwirtschaft hoch bleibt und Kurzarbeit bei Autokonzernen und in anderen Branchen ihre Ursache in Materialmangel und nicht etwa in einem Nachfragemangel hat, ist die rasante Erholung der Wirtschaft nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben.

Richtig ist zwar, dass einige Industriestaaten in diesem Jahr etwas weniger stark wachsen werden als noch im Sommer gedacht. So hat die Industriestaaten-Organisation OECD für Deutschland den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts jüngst von 3,3 auf 2,9 Prozent herabgesetzt.

Doch mit Blick auf 2022 sieht es angesichts aufgestauter Bestellungen und aufgrund von Konsumbedürfnissen eher besser als schlechter aus. Solch eine Konjunkturphase eignet sich kaum für den Beginn einer Baisse. Das wäre eine Phase lang anhaltender Kursrückgänge.

Gegen diesen Pessimismus spricht auch die Aktienbewertung. Sie ist langfristig der wichtigste Treiber für die Börse. Seit nunmehr vier Quartalen haben die Unternehmen ihre Realgewinne sehr viel stärker gesteigert, als Anleger die Kurse nach oben getrieben haben.

Hinzu kommen steigende Gewinnprognosen: Für amerikanische und deutsche Konzerne in Dow, S&P 500, Dax und MDax zeichnen sich in diesem Jahr Rekordgewinne ab. Das macht die in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Kurse zwar immer noch nicht günstig, aber ein Stück preiswerter als noch im Sommer oder im vergangenen Winter.

Dazu ein Beispiel: Die Aktien aller 40 im Dax gelisteten Unternehmen sind an der Börse momentan 15-mal so viel wert, wie die Konzerne in diesem Jahr netto verdienen werden. Dieser Wert liegt nur wenig über dem Durchschnitt der vergangenen Jahrzehnte.

Aus solch einer Konstellation erwächst wohl nur dann eine Baisse, wenn die Unternehmensgewinne einbrechen – oder aber die Notenbanken abrupt die Zinsen anheben, etwa um die gestiegenen Inflationsraten zu senken.

Beides ist nicht in Sicht. Deshalb gibt es über den Tag hinaus kaum Alternativen zur Aktie, wenn es um künftige Renditen und Erträge geht.

Der Autor ist Redakteur in Düsseldorf.
Sie erreichen ihn unter: sommer@handelsblatt.com

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Smartphonebank

Großer Test

N26 muss mit frischen Mitteln Kontrollmängel endlich beenden.

Für die Zukunft der jungen Bank ist die anstehende Finanzierungsrunde entscheidend.

Elisabeth Atzler

Die Berliner Smartphonebank N26 war lange das deutsche Vorzeige-Fintech. Rasant ist N26 gewachsen – und so zum Schrecken der etablierten Geldhäuser geworden. Inzwischen zählt das 2013 gegründete Finanz-Start-up weit über sieben Millionen Kunden.

Doch N26 strahlt längst nicht mehr so hell. Seit mehr als zwei Jahren ist öffentlich, dass N26 mit einer mangelnden Geldwäschekontrolle ringt. Nun wurde bekannt, dass die Finanzaufsicht Bafin dem Berliner Fintech eine Geldbuße von gut vier Millionen Euro aufgebrummt hat. Doch die Aufsicht sieht noch weitere Mängel, unter anderem bei der Compliance, der IT und beim Kampf gegen Geldwäsche. Nicht nur das. 2019 und 2020 hat N26 hohe Verluste eingefahren. Ob das Unternehmen in diesem Jahr wie erhofft schwarze Zahlen schreibt, ist mehr als fraglich.

Für die Zukunft der jungen Bank ist die anstehende Finanzierungsrunde entscheidend. Im Juli hieß es, N26 sei in Gesprächen mit Investoren und strebe an, mehrere Hundert Millionen Dollar einzusammeln. Die Bewertung würde damit von derzeit 3,6 Milliarden auf acht bis elf Milliarden Dollar (9,5 Milliarden Euro) steigen.

Wenn es N26 gelingt, tatsächlich eine so hohe Summe anzuziehen, dass die Bewertung sich mehr als verdreifacht, hieße das: Investoren haben weiterhin Vertrauen in das Unternehmen und seine Führungsspitze. Vor allem aber braucht N26 möglichst viele weitere Mittel, um sich dauerhaft wettbewerbsfähig aufzustellen.

Erstens reichen die bisherigen Investitionen in Geldwäscheprävention und IT offenbar noch immer nicht. Sonst würde die Bafin der Bank keine Wachstumsbeschränkungen auferlegen. N26 muss seine Systeme also verbessern. Zweitens muss N26 dringend andere Projekte vorantreiben. Das boomende Wertpapiergeschäft läuft derzeit an der Bank vorbei. Das ist tragisch, weil auch viele junge Kundinnen und Kunden – die Zielgruppe von N26 – nun erstmals in Aktien und anderen Wertpapieren anlegen.

Das Unternehmen hat für dieses Jahr den Start eines Marktplatzes angekündigt, Angebote wie Sparprodukte, Trading, Kryptowährungen gelten als denkbar. Hier muss sich N26 nun besonders hervortun, um Kunden, die bereits andere digitale Banken und Fintechs für ihre privaten Investitionen nutzen, zu sich zu locken. Denn nicht nur Sparkassen und Volksbanken, auch andere Start-ups sind zu Rivalen geworden.

Die Autorin ist Finanzkorrespondentin. Sie erreichen sie unter: atzler@handelsblatt.com

Amazon

An der Wachstumsgrenze

Der US-Konzern hat sich stets nur auf den eigenen Erfolg verlassen.

Durch den Rückenwind des Erfolgs hatte es Amazon nie nötig, echte Allianzen zu suchen.

Katharina Kort

Eigentlich gibt es bei der Vorlage der Zahlen von Amazon seit Jahren immer nur eine Frage: Wie stark hat sich das Wachstum denn dieses Mal beschleunigt? Und wie stark hat das Unternehmen seine Marktanteile in den verschiedenen Bereichen ausgedehnt? Denn dass Amazon auf Dauer alle Konkurrenten überrollt, schien praktisch ein Naturgesetz.

Doch nun schwächen sich die Wachstumsraten ab, es ist abzusehen, dass der Umsatz im Handelsgeschäft im kommenden Quartal nur noch einstellig wächst. Der Onlineriese macht eine neue Erfahrung: Er stößt an die Grenzen des Wachstums. Und daran ist er selbst nicht ganz unschuldig.

Durch den Rückenwind des Erfolgs hatte es Amazon nie nötig, echte Allianzen zu suchen. Natürlich gibt es Kooperationen, die beiden Seiten Vorteile bringen, etwa mit anderen Händlern, die über den Marktplatz verkaufen.

Doch jeder Partner bekam rasch das Gefühl, dass er austauschbar ist, wenn es Probleme gibt – oder bessere Alternativen für Amazon. Auch scherte sich der Konzern lange nicht um sein Image. Solange das Geschäft lief, musste man nicht geliebt werden, schien die Devise.

Doch jetzt scheint sich diese Arroganz der Macht gegen Amazon zu kehren. Deutlich wird das etwa in der Logistik, die mehr und mehr zum Flaschenhals im E-Commerce wird. Ohne Rücksichten hat Amazon seine eigene Liefermaschine aufgebaut und ist damit auch in Konkurrenz zu den bisherigen Partnern, den Paketdiensten, gegangen.

Jetzt zeigt sich: Der Ausbau der Amazon-Logistik stockt – auch weil verlässliche Partner fehlen. Viele Kommunen sehen den US-Konzern eher als Bedrohung der lokalen Wirtschaft denn als Freund. Da überrascht es nicht, wenn sie zögern, Amazon Flächen für neue Logistikcenter zu überlassen.

Kann Amazon nicht mehr so reibungslos liefern wie gewohnt, ist auch die Loyalität der Händler auf dem Marktplatz schnell ausgereizt. Da sich viele dort ohnehin schon eher geduldet als erwünscht fühlen, werden sie empfänglich für Alternativen von Konkurrenten wie Ebay oder Otto.

Amazon muss aufpassen, dass es sich seiner starken Position nicht zu sicher ist. Wer im Geschäftsleben zu stark den eigenen Erfolg im Blick hat, kann schnell ziemlich einsam werden – und darf sich dann auch nicht wundern, dass er irgendwann an seine Grenzen stößt.

Die Autorin ist Korrespondentin in New York. Sie erreichen sie unter: kort@handelsblatt.com

Außenansichten

LE FIGARO

Die französische Zeitung „Le Figaro“ befasst sich mit den steigenden Energiepreisen:

Der monatlich festgelegte Gaspreis stieg am Freitag um 12,6 Prozent. Der alle sechs Monate fixierte Strompreis dürfte ebenfalls nach oben gehen, laut den aktuellen Prognosen wahrschein lich um zehn Prozent. Diese Zahlen bedeuten nicht nur teurere Rechnungen. Sie sind das Resultat eines Zusammenspiels vieler der großen Herausforderungen unserer Zeit. (...) Der Höhenflug des Gaspreises, in dieser Saison von beispielloser Brutalität, ist das Symptom des chaotischen Hochfahrens der internationalen Wirtschaft nach dem Corona-Schock. Die Energiekosten könnten das Wachstum verlangsamen. Derzeit trifft uns die Härte der Spannungen, die durch Produktionsunterbrechungen, niedrige Lagerstände und der plötzlichen Kraft der Erholung entstanden sind. (...) Im Namen des Kampfes gegen den Klimawandel muss CO_2 teuer bezahlt werden. Zu denken, dass nur die anderen Länder (über einen CO_2-Zoll) oder die Reichen (über Mechanismen der Umverteilung) die Rechnung bezahlen werden, ist illusorisch.

The Korea Times

Die „Korea Times“ warnt, dass die US-Giganten den Markt für selbst fahrende Plattformen monopolisieren wollen:

Große US-Unternehmen, die über wettbewerbsfähige Technologien im Bereich der Hochleistungs-Halbleiter und Software für die Automobilindustrie verfügen, verstärken ihre Kontrolle über den künftigen Automarkt. Dies gibt Anlass zur Sorge, dass koreanische Unternehmen technologisch unterlegen sind. Darüber hinaus entwickeln diese Tech-Giganten selbst fahrende Software und Computerplattformen, um sie an ausländische Unternehmen zu lizenzieren. (...) Auch koreanische Automobil- und Teilehersteller versuchen, in die Mobilitätsbranche einzusteigen, stoßen dabei aber an Grenzen. Daher ist es problematisch, dass die Regierung autonome Fahrzeuge und andere zukünftige Autotechnologien von der Liste der nationalen strategischen Technologien ausgeschlossen hat. Eine Änderung der Politik ist dringend erforderlich.

trend.

Das Wiener Wirtschaftsmagazin „Trend“ zum „Ausverkauf“ der Mobilfunkmasten des heimischen Telekomunternehmens A1:

Unternehmen wie Telefónica, Hutchinson („3“) oder Orange haben ihre Masten schon ganz oder teilweise verkauft. Bei A1 stehen zwei Varianten im Raum: entweder nur eine Tochtergesellschaft mit eigenem Management, das höhere Erlöse aus der Bewirtschaftung der Masten erzielt, oder ebenfalls ein (Teil-)Verkauf. Investoren, die dafür ein paar Milliarden Euro auf den Tisch legen würden, gäbe es genug. Solche Transaktionen sind derzeit wegen der sicheren, wenn auch nicht allzu hohen Rendite sehr beliebt. Auch bei Carlos Slim, dessen amerikanische América Móvil größter A1-Aktionär ist und dem gleichzeitig reges Interesse an den A1-Masten nachgesagt wird. Und genau das macht die Sache besonders heikel. In der Regierungsopposition (und auch bei den Grünen) bereitet man sich schon einmal vor, gegen einen möglichen Ausverkauf österreichischer Infrastruktur zu kampagnisieren. Aus der A1 ist deswegen zu hören, dass eine gute Lösung, in der die Mexikaner über die „Tower Company“ allein verfügen, kaum denkbar sei.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Evergrande und Co.

China krempelt seinen Immobilienmarkt um

Die Wirtschaft des Landes fußt auf dem Sektor. Doch Peking wendet sich nicht erst seit der Evergrande-Krise von diesem Wachstumsmodell ab – mit gravierenden Folgen.

Dana Heide Qingdao

Egal, wo man in China unterwegs ist, in der Küstenstadt Qingdao im Osten des Landes, im nördlichen Datong oder im zentralchinesischen Wuhan, überall stehen sie: Tausende in den Himmel ragende Betongerippe, daneben riesige Kräne. Chinas Wachstum fußte jahrelang auf einem Bauboom, der scheinbar nie enden wollte – finanziert durch immer mehr Schulden. Vielerorts entstanden so Geisterstädte, selbst in boomenden Metropolen wie Peking verfielen Gebäude, weil sie nie genutzt wurden. Doch diese Zeiten sind vorbei, wenn es nach der chinesischen Staatsführung geht.

Staats- und Parteichef Xi Jinping will das Wachstumsmodell umstellen: Weniger Abhängigkeit vom Immobiliensektor und vom Export, stattdessen soll der Binnenkonsum die Wirtschaft antreiben. Es ist ein tiefgreifender Umbau, dessen Folgen schon länger spürbar sind, nicht erst seit dem Bangen um den überschuldeten Immobilienentwickler Evergrande.

Die Ansteckungsgefahr, die von Evergrande ausgeht, scheint nach Einschätzung vieler Beobachter aus heutiger Sicht unter Kontrolle. Vieles deutet darauf hin, dass der Konzern auf eine geordnete Restrukturierung zusteuert. Am Mittwoch teilte Evergrande mit, dass eine staatliche Investmentgruppe dem Konglomerat seinen Anteil an einer lokalen Bank abkauft. Anfang der Woche hatte die chinesische Zentralbank zudem versichert, die Rechte und Interessen von Privatleuten, die am Immobilienmarkt investiert sind, zu wahren.

Doch die Staatsführung muss einen Drahtseilakt vollführen. Auf der einen Seite will sie in dem überhitzten Immobiliensektor aufräumen. Dazu hat sie in den vergangenen Monaten zahlreiche neue Regeln erlassen, die die exzessive Verschuldung eindämmen sollen – ohne Rücksicht darauf, ob dabei Unternehmen wie Evergrande in Schwierigkeiten kommen. „Immobilien sind das größte ‚graue Nashorn' in Bezug auf die finanziellen Risiken in China in der gegenwärtigen Phase", hatte Guo Shuqing, der Vorsitzende der chinesischen Aufsichtsbehörde für das Bank- und Versicherungswesen, Ende vergangenen Jahres gewarnt.

Doch auf der anderen Seite will die chinesische Staatsführung den Markt als Treiber des Wirtschaftswachstums auch nicht komplett zum Erliegen bringen. „Mit Evergrande will man die Affen erschrecken, aber man will sie nicht vertreiben", sagt Bo Zhuang, ein in Singapur lebender Wirtschaftsanalyst bei Loomis Sayles, in Anlehnung an eine chinesische Redewendung.

Landflächen ohne Käufer

Doch mehrere Indikatoren zeigen bereits, wie tief der Immobiliensektor insgesamt in der Krise steckt. Laut Chinas Nationalem Statistikamt stiegen die durchschnittlichen Preise für neue Eigenheime in den 70 größten Städten der Volksrepublik im August im Jahresvergleich nur noch um 4,2 Prozent – der schwächste Anstieg der Preise für neue Wohnungen seit Januar. Auch die Verkäufe von neuen Eigenheimen und die Landverkäufe brachen ein. Selbst in Boomregionen sind die Käufer zurückhaltender. Wie das chinesische Wirtschaftsmagazin „Caixin" meldet, fand bei einer Anfang dieser Woche endenden Auktion in Guangzhou, einer Stadt in Chinas florierender Tech-Region Greater Bay Area, nur die Hälfte der angebotenen Landflächen einen Käufer – und das auch nur zu vergleichsweise niedrigen Preisen. Ähnlich war es zuletzt in Städten wie Xiamen, der Hafenstadt Tianjin und Chengdu.

Auch wenn Evergrande gerade die meisten Schlagzeilen macht: Das Unternehmen ist nur die Spitze des Eisbergs, auch andere Immobilienentwickler stehen unter Druck. „Evergrande ist einzigartig, weil es so stark in andere Projekte investiert ist, aber es wird noch mehr Unternehmen geben, die in Schwierigkeiten geraten", sagt Wang Dan, Chefökonomin bei der Hang Seng Bank in Schanghai. Die chinesische Staatsführung hatte in den vergangenen Monaten einige Maßnahmen ergriffen, um den Immobilienmarkt abzukühlen.

So wurden Hauskredite restriktiver vergeben und insbesondere auf lokaler Ebene mehr Beschränkungen für Privatpersonen für den Kauf von Wohneigentum erlassen. Als Schlüsselmoment, in dem der gesamte Sektor ins Wanken geriet, wird jedoch eine Maßnahme im September 2020 gesehen. Damals erlegte die Staatsführung den Immobilienentwicklern neue Kreditbeschränkungen auf, die sogenannten „drei roten Linien". In der Folge musste die gesamte Branche ihre Finanzierung neu aufstellen. „Kaum war die neue Politik der drei roten Linien veröffentlicht, gerieten viele Immobiliengesellschaften in Schwierigkeiten", sagt Analystin Wang.

Viele Experten rechnen damit, dass der Immobiliensektor infolge der härteren Regulierung schrumpfen und es möglicherweise auch zu einer Konsolidierung kommen wird. „Die Finanzierungskosten für Bauträger werden unweigerlich steigen, und wenn sie weiterhin so hoch bleiben, könnten andere Bauträger pleitegehen", warnt Immobilienexperte Bo. Dies würde Folgen auch über den Sektor hinaus haben. „Eine allgemeine Verlangsamung des Immobiliensektors wird sich stärker auf China und die Region auswirken als Evergrande selbst", sagt Andrew Fennell, Analyst bei Fitch Ratings. Denn an Hausverkäufen hängen viele Branchen. So sei die Autonachfrage in China seit Langem auch mit dem Immobiliensektor verknüpft, sagt Fennell. Die Menschen neigten dazu, erst ein Haus und dann ein Auto zu kaufen. „Die Veränderungen im Immobiliensektor werden das Wachstum der Wirtschaft bremsen", glaubt Hang-Seng-Chefökonomin Wang. „Aber schlechte Unternehmen loszuwerden ist eine gute und notwendige Sache, um den Markt zu stabilisieren."

> Schlechte Unternehmen loszuwerden ist eine gute und notwendige Sache, um den Markt zu stabilisieren.
>
> **Wang Dan**
> Chefökonomin bei der Hang Seng Bank in Schanghai

Und von diesen „schlechten Unternehmen" gibt es viele. Das zeigt ein Blick auf die Firmen, die die „roten Linien" der chinesischen Staatsführung im ersten Halbjahr durchbrochen haben. Nach einer Analyse der französischen Investmentbank Natixis rissen 15 der 100 größten Immobilienentwickler alle drei Vorgaben. Dazu gehörten etwa die mittelgroßen Unternehmen China Fortune Land und Guangzhou R+F. Wenn man auf die roten Linien schaut, sind sie unter den Immobilienentwicklern die, die in größeren Schwierigkeiten stecken. Diese Regeln, die die Immobilienentwickler bis zum Jahr 2023 erfüllt haben müssen, besagen erstens, dass das Verhältnis von Verbindlichkeiten zu Vermögenswerten weniger als 70 Prozent betragen muss. Zweitens dürfen die Entwickler maximal einen Nettoverschuldungsgrad von 100 Prozent haben, und drittens darf das Verhältnis von Barmitteln zu kurzfristigen Schulden eine bestimmte Grenze nicht unterschreiten.

Instabile Bauwirtschaft in China: Risiko für das ganze Land.

GILLES SABRIE/The New York Times

Guangzhou R+F und China Fortune Land müssen in den nächsten Monaten ihre Defizite in den Griff bekommen. Das fordert die Unternehmen heraus. So hatte China Fortune Land im März für Schlagzeilen gesorgt, als es mit einer Anleihe in Höhe von 530 Millionen Dollar in Verzug geraten war.

Bei Guangzhou R+F bestehe in den nächsten zwölf Monaten laufend Bedarf an Refinanzierung, heißt es in einer aktuellen Analyse der Ratingagentur Fitch. Das Unternehmen führe dazu auch Gespräche über eine Reihe von Veräußerungen von Vermögenswerten. Erst vergangene Woche bekam der Immobilienentwickler Unterstützung von Country Garden, dem nach Vermögenswerten zweitgrößten Immobilienentwickler Chinas. Das Unternehmen kaufte dessen drei Firmen Guangzhou Tianli, Tianjin Huaxin und Datong Hengfu für insgesamt 1,6 Milliarden US-Dollar.

Nicht alle Immobilienentwickler dürften in den nächsten Monaten solche Probleme bekommen wie Evergrande, der alle drei roten Linien gerissen hatte. So konnte Country Garden, das in der Volksrepublik insgesamt rund 2900 Projekte betreibt, lediglich eine der Verschuldungsvorgaben nicht einhalten. Seine Fremdkapitalquote liegt mit 79 Prozent über den ab 2023 nur noch erlaubten 70 Prozent. Dennoch bewertet die Ratingagentur Fitch das Unternehmen durchaus positiv. Es habe ein starkes Geschäfts- und gesundes Finanzprofil, heißt es in einer Analyse.

Sunac-Aktien stürzten ab

Wie angespannt die Lage im Immobiliensektor derzeit ist, zeigte in dieser Woche der Fall von Sunac, dem nach Vermögenswerten fünftgrößten Entwickler Chinas. Die Aktien des Unternehmens stürzten zu Wochenbeginn ab, nachdem Medien über einen Brief berichtet hatten, in dem eine lokale Niederlassung an die Stadtregierung von Shaoxing in der Provinz Zhejiang davor gewarnt hatte, dass Sunac vor „erheblichen" Liquiditätsproblemen stehe und um „politische Unterstützung" gebeten habe. Die Papiere erholten sich jedoch wieder, als der Immobilienentwickler in einem Statement erklärte, dass der Brief lediglich ein Entwurf gewesen sei und nicht abgeschickt wurde.

Falls es zu stark bergab geht mit dem Immobilienmarkt, bleiben der chinesischen Staatsführung einige Möglichkeiten, den Sektor zu stabilisieren. So könnte sie etwa die Frist, bis zu der die Entwickler die „drei roten Linien" einhalten müssen, weiter in die Zukunft verschieben. Sie könnte auch dafür sorgen, dass Häuserkredite wieder schneller und leichter vergeben werden, um die Nachfrage zu steigern. Auch der Bau von Sozialwohnungen könnte den Markt unterstützen.

Doch solange der Druck auf den Sektor nicht zu stark wird, so die Einschätzung der meisten Analysten, wird Peking den eingeschlagenen harten Kurs nicht ändern. „Längerfristig gehen wir davon aus, dass der Verkauf von städtischem Wohnraum und Immobilieninvestitionen weiterhin in einem angemessenen, aber deutlich langsameren Tempo wachsen wird als in der Vergangenheit" schreibt Tommy Wu, Ökonom bei Oxford Economics, in einer aktuellen Analyse.

Chinas Immobilienriesen

	Börsennotierte Unternehmen	Vermögenswerte in Mrd. US-Dollar	Nettoverschuldungsgrad	Fremdkapitalquote
1	**China Evergrande Group**	**368**	**118 %**	**74 %**
2	Country Garden Holdings	312	57 %	79 %
3	China Vanke	303	30 %	71 %
4	Poly Developments & Holdings	214	66 %	68 %
5	Sunac China Holdings	187	97 %	79 %
	...			
11	Seazen Group	90	71 %	85 %
12	Seazen Holdings	88	69 %	77 %
13	Greentown China Holdings	74	80 %	72 %
14	China Fortune Land Development	73	236 %	78 %
15	Gemdale	68	73 %	70 %

über 100 % | über 70 %

HANDELSBLATT — **Quelle:** Natixis

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Märkte

Steigende Rendite, fallende Aktien

Die Märkte lauern wieder einmal auf jedes Wort von US-Notenbankchef Jerome Powell.

Am frühen Mittwochabend warteten viele Investoren höchst gespannt auf die Aussagen der Notenbankchefs von England, Japan, der Euro-Zone und den USA auf einer Notenbankkonferenz der Europäischen Zentralbank (EZB). Vorausgegangen waren seit Mittwoch vor einer Woche Unruhen an den Kapitalmärkten. Jerome Powell, der Chef der US-Notenbank (Fed), hatte recht unverblümt eine Wende der Geldpolitik angekündigt. Danach werden die Anleihezukäufe von 120 Milliarden Dollar monatlich wahrscheinlich von November bis Mitte nächsten Jahres reduziert auf netto null, sodass nur noch auslaufende Papiere ersetzt werden. Nach anfangs zögerlichen Reaktionen setzten sich die US-Renditen deutlich in Bewegung und zogen die Renditen der deutschen Bundespapiere mit nach oben.

Am Dienstag führte das zu einer ausgesprochenen Schwäche der Tech-Aktien, deren Wert meist stark von künftig erwarteten Erträgen abhängt, was bei einer Erhöhung der Zinsen zu einer kalkulatorisch niedrigeren Bewertung führt. Die britische Bank Barclays weist im Gegenzug darauf hin, dass steigende Zinsen gut für Finanztitel seien. Der unabhängige US-Analyst Yardeni kommentierte den Renditeanstieg am Mittwoch kurz und knapp: „Anleihen machen wieder Sinn." Zuvor wurde im Markt gerätselt, warum sie nicht schon längst stärker angezogen haben.

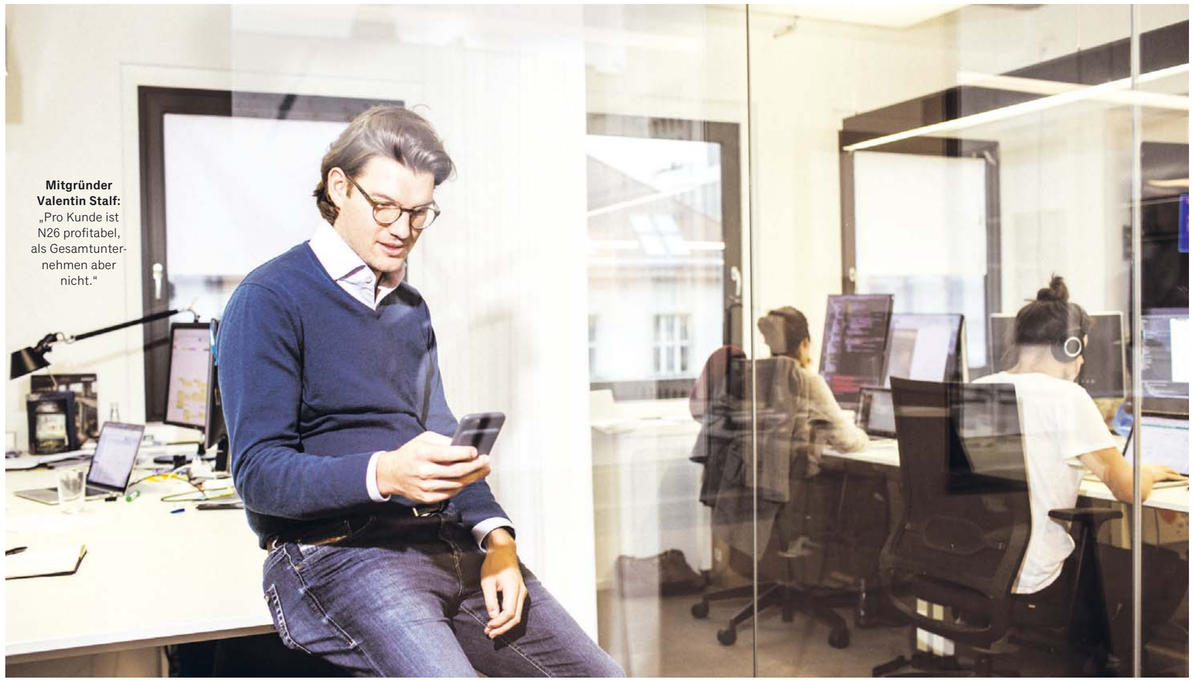
Verstärkt wurde die Unruhe noch, weil Powell seine Ankündigung aus der Vorwoche am Dienstag vor dem Senat wiederholte. Bei dieser Anhörung warnte US-Finanzministerin Janet Yellen außerdem erneut vor einer „selbst erzeugten" Finanzkrise für den Fall, dass sich die Politiker nicht auf eine Anhebung der Verschuldungsgrenze für die US-Regierung einigen, weil dann die Zahlungsfähigkeit bedroht wäre.

Am Mittwoch kam es nun zunächst zu einer Beruhigung. Tom Lee vom Investmenthaus Fundstrat Global Advisors geht auch nicht davon aus, dass sich die Stimmung an den Märkten merklich eintrüben wird. Steigende Anleihenrenditen „sind kein Killer für die Aktienmärkte", sagte er auf CNBC. „Wir sind in einem Umfeld, in dem es Probleme bei den Lieferketten gibt. Das verursacht Verzögerungen und Preissteigerungen. Aber das ist kein Grund, warum Gewinnmargen einbrechen sollten", sagte er. „Gewinnmargen kommen unter Druck, wenn es ein Problem mit der Nachfrage gibt oder wenn Unternehmen die Preissteigerungen nicht an ihre Kunden weitergeben können. Ich glaube, das ist noch nie im ersten Jahr einer Erholung passiert." Lee geht davon aus, dass die „Everything Rally" an den Märkten bis zum Jahresende weitergehen wird. Die Unruhe rund um die Debatte der Schuldenobergrenze in Washington sollte schon bald vergessen sein. Brian Gardner, der für die US-Bank Stifel die Vorgänge in Washington beobachtet, erwartet, dass die Debatte über die Obergrenze noch einige Wochen für Unruhe an den Märkten sorgt, dann aber doch eine Lösung gefunden wird. Das Problem ist, dass die Demokraten die Anhebung der Obergrenze nicht allein beschließen wollen, die Republikaner ihnen aber genau das zuschieben möchten. A. Dörner, F. Wiebe

T.J. Kirkpatrick/Redux/laif

Jerome Powell: Der US-Notenbankchef will die Wende.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com



Mitgründer Valentin Stalf: „Pro Kunde ist N26 profitabel, als Gesamtunternehmen aber nicht."

Philipp Spalek/laif

N26

Aufseher verhängen Millionenstrafe

Die Smartphone-Bank N26 muss wegen Mängeln bei der Geldwäscheprävention 4,25 Millionen Euro zahlen.

Elisabeth Atzler, Andreas Kröner
Frankfurt

Mängel bei der Geldwäscheprävention kommen die Smartphone-Bank N26 teuer zu stehen. Die Finanzaufsicht Bafin hat gegen das Berliner Institut einen Bußgeldbescheid in Höhe von 4,25 Millionen Euro erlassen und begründete dies am Mittwoch mit Versäumnissen bei der Abgabe von Geldwäscheverdachtsmeldungen.

Laut N26 geht es dabei um „weniger als 50 verspätet eingereichte Meldungen aus den Jahren 2019 und 2020". Banken sind verpflichtet, bei verdächtigen Geldflüssen Verdachtsmeldungen an die Financial Intelligence Unit (FIU) zu schicken. Diese soll die Informationen dann prüfen und bei Bedarf an die Staatsanwaltschaften weitergeben. N26 erklärte, das Institut habe das Bußgeld bereits am 14. Juli bezahlt. „Alle von der Bafin geforderten Maßnahmen zur Verbesserung von rechtzeitigen Meldungen verdächtiger Aktivitäten wurden von N26 bereits vollumfänglich umgesetzt."

Die Bafin sieht bei der Smartphone-Bank Finanzkreisen zufolge jedoch noch zahlreiche weitere Mängel – unter anderem bei der Compliance, der IT und beim Kampf gegen Geldwäsche. Die Finanzaufsicht habe deshalb kürzlich formell Wachstumsbeschränkungen gegen N26 erlassen, bis die Probleme behoben seien, sagten mehrere mit dem Thema vertraute Personen. Eingeschränkt würden dadurch unter anderem die Neuaufnahme von Kunden und die Expansion in weitere internationale Märkte. Die Bafin und N26 äußerten sich dazu nicht.

Das Handelsblatt hatte bereits Mitte August über die bevorstehende Wachstumsbeschränkung berichtet, die eine gravierende aufsichtliche Maßnahme darstellt. Die Bank erklärte damals, sie arbeite eng mit den Aufsichtsbehörden zusammen und tausche sich mit ihnen regelmäßig zu allen wichtigen Themen aus. Weitere Eintritte in internationale Märkte seien derzeit ohnehin nicht geplant.

Die Auflagen der Finanzaufsicht kommen für N26 zur Unzeit, denn das Finanz-Start-up (Fintech) verhandelt mit Investoren aktuell über eine neue Finanzierungsrunde. Im Juli hieß es in Finanzkreisen, die Berliner Firma könne dabei mit acht bis elf Milliarden Dollar bewertet werden. Angesichts der Ermittlungen der Bafin stellen einige Investoren Insidern zufolge nun aber verstärkt kritische Fragen. Dadurch verzögere sich die geplante Finanzierungsrunde etwas. N26 gehört zu den Smartphone-Banken und ist die größte dieses Typs in Deutschland. Ihr Kernangebot ist eine Banking-App für das Smartphone. Sie werden auch als „Neobanken" bezeichnet.

Die Finanzaufsicht ist mit N26 schon länger unzufrieden. Bereits 2019 hatte die Bafin nach einer Sonderprüfung bei der N26 Bank gravierende Mängel festgestellt und das Institut ermahnt, diese zeitnah abzustellen. Diesen Forderungen ist die Bank aus Sicht der Finanzaufsicht bisher jedoch nicht ausreichend nachgekommen. Aus Sicht von Bankenaufsehern und ehemaligen N26-Mitarbeitern ist die Smartphone-Bank zu schnell gewachsen und hat es versäumt, ihre Strukturen im gleichen Tempo anzupassen. Im Frühjahr dieses Jahres schickte die Bafin deshalb einen Sonderbeauftragten in das Institut. Er soll überwachen, dass die Bank ihre Mängel bei der Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung behebt.

7
Millionen
Kunden zählte die Neobank Anfang 2021, zwei Millionen mehr als noch ein Jahr zuvor.
Quelle: N26

Konkret gehe es dabei um „Defizite sowohl im EDV-Monitoring als auch bei der Identifizierung und Verifizierung von Kunden", erklärte die Bafin im Mai. Des Weiteren müsse N26 „eine angemessene personelle und technisch-organisatorische Ausstattung zur Einhaltung ihrer geldwäscherechtlichen Verpflichtungen" sicherstellen.

N26 steht unter anderem in der Kritik, weil Konten der Onlinebank immer wieder von Kriminellen zur Abwicklung illegaler Geschäfte genutzt werden. Die Bank führt das auch auf die gestiegene Zahl von Betrugsfällen im Onlinehandel und auf Onlineplattformen im Zuge der Corona-Pandemie zurück. „Wir wissen, dass wir dieses globale Problem der Banken- und Finanzbranche nicht allein lösen können", erklärte eine N26-Sprecherin im August.

Das nun verhängte Bußgeld hatte N26 bereits am Dienstagabend öffentlich gemacht und kam damit der Verkündung durch die Bafin zuvor, was ein ungewöhnliches Vorgehen ist. In seiner Stellungnahme erklärte das Institut, es nehme seine Verantwortung im Kampf gegen Finanzkriminalität und Geldwäsche sehr ernst. „Insbesondere in den vergangenen Monaten haben wir zahlreiche weitreichende Maßnahmen ergriffen sowie Strukturen und Prozesse etabliert, die den höchsten Standards entsprechen."

Dass die Bafin bei N26 nun hart durchgreift, führen manche Beteiligte auch auf den Wirecard-Skandal zurück. Sie haben den Eindruck, dass die Behörde bei der Verhängung gravierender Maßnahmen grundsätzlich nicht mehr so lange zögert und weniger konziliant ist, wenn es bei Banken Probleme gibt. Bei der Bafin wolle sich schließlich niemand erneut dem Vorwurf aussetzen, wie bei Wirecard zu wenig getan und zu spät gehandelt zu haben.

Bald neun Millionen Kunden

N26 wurde 2013 von Valentin Stalf und Maximilian Tayenthal gegründet. An dem Unternehmen beteiligt sind unter anderem der deutsche Versicherungskonzern Allianz, der Staatsfonds GIC aus Singapur, der chinesische Internetriese Tencent, Earlybird und der deutsch-amerikanische Investor Peter Thiel. Zuletzt sollen auch Gespräche mit Spotify-Investor Dragoneer geführt worden sein.

Anfang 2021 zählte die Neobank, die in 25 Ländern aktiv ist, sieben Millionen Kunden, zwei Millionen mehr als ein Jahr zuvor. Es dürfte aber inzwischen auf neun Millionen Kunden zusteuern. Im Gespräch mit dem Handelsblatt sagte Stalf Anfang September, die Wachstumsgeschwindigkeit sei „relativ konstant".

Gewinne erzielt das Fintech bislang nicht. „Pro Kunde ist N26 profitabel, als Gesamtunternehmen aber nicht", sagte Stalf. Im vergangenen Jahr lag der Verlust vor allem angesichts der weiter hohen Investitionen bei 110 Millionen Euro. 2019 war er sogar doppelt so hoch gewesen. Damals hatte N26 Stalf zufolge besonders viel investiert.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

WestLB-Nachfolger

Cum-Ex-Steuerschulden treffen jetzt auch die Sparkassen

Das Landgericht Frankfurt gibt Portigon recht: Die Bad Bank EAA haftet für Steuerrückforderungen von einer Milliarde Euro.

In der Auseinandersetzung der zwei WestLB-Nachfolgegesellschaften Portigon und Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gibt es einen Verlierer: die EAA, die Bad Bank der früheren WestLB. Sie muss Steuerschulden in Höhe von einer Milliarde Euro von Portigon übernehmen. Das hat das Landgericht Frankfurt am Mittwochmorgen entschieden (AZ: 2–27 O 328/2).

Portigon hatte die EAA auf Übernahme der Steuerrückforderungen aus illegalen Cum-Ex-Geschäften verklagt. Da die nordrhein-westfälischen Sparkassen an der EAA beteiligt sind, kommt ein Teil der Zusatzlasten auf sie zu. Bei Cum-Ex-Geschäften geht es vereinfacht gesagt um unrechtmäßige Steuererstattungen aus Aktiengeschäften.

Die Richterinnen der 27. Zivilkammer begründeten die Entscheidung so: „Zwar wurden die betreffenden Steuerverbindlichkeiten im Rahmen der Abwicklung der WestLB nicht ausdrücklich der Beklagten zugewiesen." Eine Auslegung der Vertragswerke und der Erklärungen der Parteien ergebe aber, dass die Übernahme der streitigen steuerlichen Risikopositionen durch die Beklagte, also durch die EAA, gewollt gewesen sei.

Der Zwist aber geht weiter. Die EAA betonte am Mittwoch, dass sie Berufung gegen das Urteil einlegen will.

Hintergrund der Auseinandersetzung ist, dass Portigon aufgrund sogenannter Cum-Ex-Geschäfte der Düsseldorfer WestLB mit enormen Steuernachzahlungen rechnen muss. Die möglichen Steuerrückforderungen belaufen sich auf mehr als 500 Millionen Euro. Weil es teilweise um lange zurückliegende Jahre geht, kommen enorme Zinsen hinzu. Während der erste Eindruck nahelegt, dass hier die eine Staatsbank der anderen die Schuld zuschiebt, zeigt ein Blick in die Eigentümerstruktur, was hinter der Klage steckt. Portigon gehört komplett dem Land Nordrhein-Westfalen. An der EAA halten die beiden nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände zusammen 50 Prozent der Anteile, die andere Hälfte liegt beim Land. NRW und die dortigen Sparkassen waren auch die Eigentümer der untergegangenen WestLB.

Diese hatte in der Finanzkrise enorme Verluste angehäuft und wurde 2012 zerschlagen. Portigon wurde im Wesentlichen gegründet, um die Pensionslasten der ehemaligen WestLB-Mitarbeiter zu schultern. Die EAA soll den Wertpapier- und Kreditbestand der untergegangenen Landesbank abbauen. Gestritten wird nun darüber, ob bei der Schaffung der EAA in den Verträgen explizit oder implizit vereinbart wurde, dass auch Steuerverbindlichkeiten der früheren WestLB von der EAA übernommen werden. Als das Handelsblatt 2015 erstmals über einen Datenträger berichtete, auf dem die Cum-Ex-Geschäfte der WestLB dokumentiert waren, stritten die Betroffenen ab, in den Skandal verwickelt zu sein. Ein halbes Jahr später kam die Staatsanwaltschaft ins Haus. Nach weiteren drei Jahren Ermittlungen gab die Portigon bekannt, sie müsse Rückstellungen von gut einer halben Milliarde Euro bilden – wegen Cum-Ex-Geschäften der WestLB.

Caro / Oberhaeuser

Ehemalige WestLB: Portigon und Erste Abwicklungsanstalt (EAA) sind die zwei Nachfolgegesellschaften der Landesbank.

Risiken vernachlässigt

Die Richterinnen erklärten: „Obwohl den Beteiligten bewusst war, dass es bekannte und unbekannte Steuerverbindlichkeiten gab, haben sie eine Bewertung und Regelung aller steuerlichen Risiken nicht vorgenommen." EAA sollte demnach aber nach der allgemeinen Regelung im Vertragswerk Risikopositionen übernehmen, „wenn sie einem nicht strategienotwendigen Unternehmensbereich zuzuordnen waren". Das gelte für das Kapitalmarktgeschäft, wo wiederum die Cum-Ex-Geschäfte getätigt wurden. Das Gericht geht davon aus, dass die EAA wahrscheinlich selbst dann die steuerlichen Risiken übernommen hätte, wenn bei Ausgestaltung der Bad Bank über die Cum-Ex-Geschäfte gesprochen worden wäre. Denn die Zerschlagung der WestLB sei „alternativlos" gewesen. Die WestLB hatte sich im Zuge der Finanzkrise verspekuliert, musste mit Staatsgeld gerettet werden und wurde dann auf Druck der Wettbewerbshüter der EU aufgespalten. Die Sparkassen müssen nun aber nicht unmittelbar für die Hälfte der Steuerschulden – also etwa 500 Millionen Euro – geradestehen. Das Eigenkapital der EAA belief sich per Ende Juni 2021 auf fast 690 Millionen Euro. Darauf könnte die EAA zunächst zugreifen.

> Obwohl den Beteiligten bewusst war, dass es bekannte und unbekannte Steuerverbindlichkeiten gab, haben sie eine Bewertung und Regelung aller steuerlichen Risiken nicht vorgenommen.
>
> **Landgericht** Frankfurt

Die nordrhein-westfälischen Sparkassen müssen zudem ohnehin für einen Teil der auch künftig noch drohenden Verluste der EAA einstehen und deshalb bis zum Jahr 2035 insgesamt rund 4,5 Milliarden Euro ansparen. Nahezu die Hälfte davon dürften die Sparkassen bereits beiseitegelegt haben. Elisabeth Atzler

Anzeige

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Allianz: Der Konzern steht vor wichtigen personellen Weichenstellungen.

picture alliance / Marc Müller

Allianz

Spannung im Vorstand

Die Verträge von vier Vorständen stehen in der Aufsichtsratssitzung am Donnerstag zur Überprüfung an. Zwei von ihnen könnten ausgetauscht werden.

Christian Schnell Frankfurt

Die Allianz steht vor wichtigen personellen Weichenstellungen. Wenn an diesem Donnerstag der Aufsichtsrat unter Vorsitz von Michael Diekmann zusammenkommt, wird eine Vertragsverlängerung bei vier der zehn Vorstände geprüft. Besonders im Blickfeld: Die Nachfolge von Vorständin Jacqueline Hunt, die unter anderem für das Asset Management zuständig ist. Hunts Abgang vor Ablauf ihres bis Ende 2022 laufenden Vertrages gilt als sicher, nachdem 25 Großinvestoren gegen die Konzerntochter Allianz Global Investors (AGI) geklagt haben. In den USA drohen deshalb Schadenzahlungen in Milliardenhöhe.

Wer ihre Position übernehmen soll, ist offiziell noch nicht bekannt. Im Haus rechnen viele Beobachter mit einem externen Top-Manager – oder einer Top-Managerin. Konzernchef Oliver Bäte hatte zuletzt die Vorreiterrolle der Allianz bei der Frauenquote betont. Von zehn Vorständen sind aktuell sieben männlich und drei weiblich.

Intern wird mit einem Kandidaten oder einer Kandidatin aus dem angelsächsischen Raum gerechnet. Das liegt am Zuschnitt der Position, die die Verantwortung für die beiden Vermögensverwalter Pimco und AGI sowie das US-Lebensversicherungsgeschäft umfasst. Der Fondsanbieter Pimco, der als einer der größten und mittlerweile auch wieder erfolgreichsten Anleiheinvestoren der Welt gilt, sitzt mit gut 3000 Mitarbeitern in Newport Beach in Kalifornien. Die Allianz-Tochter gilt im Konzern als selbstbewusst und eigenständig - schließlich trägt Pimco knapp 80 Prozent zur gesamten Vermögensverwaltung des Hauses bei.

25

Großinvestoren klagten gegen Konzerntochter Allianz Global Investors (AGI). In den USA drohen deshalb Schadenzahlungen in Milliardenhöhe.

Quelle: Allianz

Die deutlich kleinere AGI in Frankfurt, deren Fonds hierzulande Privatanlegern ein Begriff sind, hat ihre größten Probleme derzeit ebenfalls in den USA. Ein Randbereich, in dem institutionellen Anlegern wie Pensionskassen seit dem Jahr 2005 Hedgefonds angeboten werden, geriet mit seinem hochspekulativen Produkten zu Beginn der Coronakrise massiv unter Druck. Einige Fonds mussten liquidiert werden, der Schaden ist immens.

Wer auch immer Jacqueline Hunt nachfolgt, trägt für die Aufarbeitung des Schadens nur bedingt Verantwortung. Vorstandschef Oliver Bäte hat den Vorfall inzwischen zur Chefsache erklärt. Hunts Nachfolge wäre damit zwar ebenfalls befasst, mindestens ebenso wichtig ist jedoch die künftige Ausrichtung der Vermögensverwaltung mit dem Schwerpunkt eines nachhaltigen Umbaus des Portfolios.

Nachdem der Konzern sich schon vor rund zwei Jahren zum Ziel der Klimaneutralität bis ins Jahr 2050 bekannt hatte, kam Anfang dieses Jahres ein anspruchsvolles Zwischenziel dazu. Nun sollen die Emissionen bei ausgewählten Portfolios aus Aktien und Unternehmensanleihen bis ins Jahr 2025 schon um 25 Prozent gegenüber 2019 sinken. Die Nachfolge von Jacqueline Hunt könnte jedoch nicht die einzige Veränderung im Allianz-Vorstand bleiben. Sergio Balbinot, der im Vorstand seit 2015 für die Märkte in West- und Südeuropa sowie im Raum Asien/Pazifik zuständig ist, hat mit seinem 63. Geburtstag Anfang September die konzerninterne Altersgrenze von 62 Jahren überschritten. Denkbar ist ein weiteres Jahr, in dem Balbinot den Bereich noch führen könnte. Aber auch der Schritt in den Ruhestand ist möglich.

Sowohl bei Vorstandschef Oliver Bäte als auch im Aufsichtsrat gilt Balbinot als sehr geschätzt, im vergangenen Jahr bekam er vom Aufsichtsrat die zweitbeste Bewertung im Vorstand hinter Konzernchef Bäte. Hausintern fällt in der Riege möglicher Aufstiegskandidaten in den Vorstand seit Längerem der Name Joachim Müller. Der Schwabe ist seit Ende 2019 für die lange Zeit defizitäre Industriesparte AGCS zuständig und hat in diesem Jahr sogar die Rückkehr in die schwarzen Zahlen geschafft.

Verlängerung gilt als Formsache

Bereits bei seinem Einstieg bei AGCS galt die Aufgabe als Gradmesser für Müllers weitere Karriere im Haus. Zuvor machte Müller bei der deutschen Allianz-Tochter den Vertrieb zu einer renditestarken Einheit. Fraglich ist indes, ob Aufsichtsratschef Michael Diekmann die Arbeit von Müller bei AGCS bereits als beendet ansieht oder erst eine nachhaltige Rückkehr des langjährigen Verlustbringers abwarten will, heißt es im Konzern.

Neben Hunt und Balbinot stehen im Aufsichtsrat am Donnerstag auch die Verträge der beiden Vorstände Renate Wagner und Klaus-Peter Röhler zur Überprüfung an. Die Verlängerung gilt in beiden Fällen als Formsache. Wobei beide im kommenden Jahr auch einen Teil ihrer bisherigen Aufgaben verlieren werden. Röhler ist neben seiner Aufgabe im Konzernvorstand noch Chef der Allianz Deutschland. Wagner ist dort im Vorstand unter anderem für Personalfragen zuständig. Mit dem im Frühjahr angekündigten Ende der Allianz Deutschland in der bisherigen Form, sind beide Positionen hinfällig.

Dafür sind sowohl Röhler als auch Wagner an anderer Stelle vermehrt gefordert. Röhler ist neben dem Versicherungsgeschäft im deutschsprachigen Raum auch für die Länder in Mittel- und Osteuropa zuständig. Nachdem im Frühjahr das Polen-Geschäft des Konkurrenten Aviva übernommen wurde, muss Röhler nun dafür sorgen, dass die Allianz dort am Markt künftig weit mehr ist als nur eine Randerscheinung. Wagner ist neben Personalfragen für ein breites Portfolio aus Recht, Compliance sowie Fusionen und Übernahmen zuständig. In jedem Bereich dürften die Aufgaben in Zukunft weiter zunehmen.

Der Allianz-Vorstand

Giulio Terzariol

Finance, Controlling, Risk (CFO)

Oliver Bäte

Vorsitzender des Vorstands der Allianz SE

Dr. Barbara Karuth-Zelle

Operations and IT (COO)

Ivan de la Sota

Business Transformation, Insurance Iberia & Latin America, Allianz Partners

Dr. Günther Thallinger

Investment Management, ESG

Christopher Townsend

Global Insurance Lines & Anglo Markets, Reinsurance, Middle East, Africa

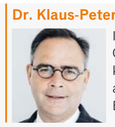
Aufsichtsrat überprüft Vertragsverlängerung bei diesen vier Vorständen

Jacqueline Hunt

Asset Management, US Life Insurance

Sergio Balbinot

Insurance Western & Southern Europe, Asia Pacific

Dr. Klaus-Peter Röhler

Insurance German Speaking Countries and Central & Eastern Europe

Renate Wagner

Human Resources, Legal, Compliance, Mergers & Acquisitions

HANDELSBLATT

Fotos: PR, Handelsblatt • **Quelle:** Unternehmen

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Deutsche Wohnen & Co. enteignen

Berliner Volksentscheid: Rechtsstreit erwartet

Juristen sehen das Vorhaben um die Vergesellschaftung Berliner Wohnungen äußerst kritisch.

Die Berliner Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ erwartet einen Rechtsstreit um das umstrittene Votum für eine Vergesellschaftung von Wohnungen großer Immobilienkonzerne. „Am Ende werden die Gerichte entscheiden“, sagte Rouzbeh Taheri, Sprecher der Initiative, am Mittwoch in einer Debatte im Podcast Handelsblatt Today. „Natürlich wissen wir, dass jedes Gesetz, das beschlossen wird, von Gerichten gestoppt werden kann – am Ende vom Bundesverfassungsgericht. Aber wir wollen dieses Ziel verfolgen.“

Die Berlinerinnen und Berliner hatten bei einem Volksentscheid der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ vor wenigen Tagen für die Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen gestimmt. Juristen sind jedoch der Auffassung, dass die Ziele des Volksentscheids nicht verfassungskonform in ein Gesetz gegossen werden können. „Das Ergebnis wird sein, dass das Ganze nicht verfassungskonform ist“, sagte Staatsrechtler Ulrich Battis, der für einen wirtschaftsnahen Verein ein Gutachten zum Thema erstellt hat, im Streitgespräch mit der Enteignet-Kampagne im Handelsblatt. „Und dann Ende der Durchsage.“ Auch der Verband Berlin-Brandenburger Wohnungsunternehmen hält Enteignungen für einen falschen Weg.

> Natürlich wissen wir, dass jedes Gesetz, das beschlossen wird, von Gerichten gestoppt werden kann – am Ende vom Bundesverfassungsgericht.
>
> **Rouzbeh Taheri**
> Sprecher der Initiative Deutsche Wohnen & Co.

dpa

Im April dieses Jahres hatte das Bundesverfassungsgericht bereits den Berliner Mietendeckel als verfassungswidrig verworfen. Das Land sei nicht berechtigt gewesen, einen Sonderweg zu gehen, entschieden die Richter. Die „Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen“ machte deutlich, dass sie zu Protesten aufrufen werde, falls der neue Berliner Senat den Beschluss der Volksabstimmung zur Enteignung nicht umsetzen werde.

Die Bevölkerung als Souverän habe der Regierung einen Auftrag erteilt. Wenn die Regierung diesen Auftrag nicht erfülle, müsse die Bevölkerung dagegen protestieren. „Die Regierung muss wissen, dass sie bei den nächsten Wahlen ein Problem bekommt, wenn sie den Willen der Bevölkerung ignoriert“, sagte Taheri. Der Druck der Bevölkerung könne aber keine Verfassung außer Kraft setzen, hielt Battis dagegen.

SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey hatte Anfang der Woche angekündigt, den Willen der Bevölkerung zu respektieren. „Es muss jetzt auch die Erarbeitung eines solchen Gesetzentwurfes erfolgen. Aber dieser Entwurf muss dann eben auch verfassungsrechtlich geprüft werden“, sagte sie. Giffey hatte sich im Wahlkampf stets gegen eine Enteignung ausgesprochen. Auch die Grünen-Spitzenkandidatin Bettina Jarasch rief am Montag dazu auf, das Ergebnis ernst zu nehmen. „Das gehört in Koalitionsverhandlungen“, sagte Jarasch vor wenigen Tagen.

Doch auch sie schränkte ein: Die Politik müsse prüfen, ob eine Umsetzung des Bürgervotums für Enteignungen machbar sei. „Es gibt für ein solches Gesetz aber noch viele rechtliche und praktische Fragen zu klären.“ Rechtlich bindend ist der Volksentscheid für die künftige Berliner Regierung allerdings nicht.

Es geht um 240.000 Wohnungen

56,4 Prozent der Wähler in Berlin stimmten am Sonntag für eine Vergesellschaftung, 39,0 Prozent dagegen. Damit ist der Senat laut Beschlusstext nun aufgefordert, „alle Maßnahmen einzuleiten“, die zur Überführung von Immobilien in Gemeineigentum erforderlich sind und dazu ein Gesetz zu erarbeiten.

Konkret geht es bei dem in Deutschland bisher einmaligen Vorhaben um Unternehmen mit mehr als 3000 Wohnungen in Berlin, soweit sie eine „Gewinnerzielungsabsicht“ verfolgen. Diese sollen vergesellschaftet, also gegen Entschädigung enteignet und in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden. Betroffen wären rund 240.000 Wohnungen, etwa 15 Prozent des Berliner Bestands an Mietwohnungen.

Der Berliner Senat geht in einer Schätzung vom September 2020 von Entschädigungskosten von 29 bis 39 Milliarden Euro aus. Er nimmt an, dass das traditionell klamme Land Berlin bei einer Kreditfinanzierung aus dem Landeshaushalt etwa sechs bis neun Milliarden Euro bezuschussen müsse.

Die Initiative betont dagegen, dass die Konzerne nicht vollständig entschädigt werden müssten, und geht nach früheren Angaben von nur etwa zehn Milliarden Euro an Kosten aus. „Berlins Wohnungsproblem lässt sich nicht durch Enteignungen lösen, sondern nur durch gemeinsame Anstrengungen für mehr Wohnen“, hieß es vom Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen. „Dazu müssen alle an einem Strang ziehen.“ Der Verband brachte ein „Bündnis für Neubau und Wohnen“ ins Spiel. Mary-Ann Abdelaziz-Ditzow, Carsten Herz

Großbank

HSBC schließt Trinkaus & Burkhardt nach 236 Jahren

Die britische Großbank gibt ihre deutsche Tochter auf. Sie wird in eine Niederlassung der Pariser Europaeinheit umgewandelt.

Es ist das Ende einer Ära im Bankgeschäft. Bis 2023 schließt die britische Großbank HSBC ihre deutsche Tochter HSBC Trinkaus & Burkhardt, wie das Institut am Mittwoch bekannt gab. Das sei das Ergebnis einer im März 2021 beauftragten Machbarkeitsstudie, hieß es in einer Erklärung. „Ziel dieser Studie war es, die beste Struktur für das Geschäft in Deutschland zu finden, Europas größter und exportstärkster Volkswirtschaft.“

Künftig wird HSBC Deutschland zu einer Niederlassung der Pariser Tochter HSBC Continental Europe SA. Rechtlich gesehen wird diese eine Niederlassung gründen und der Londoner HSBC Europe Plc, die auch das britische Geschäft umfasst, die Anteile an der Düsseldorfer Tochter abkaufen. HSBC hatte 2020 bereits die Aktien der verbliebenen Minderheitsaktionäre der im Kern 1785 gegründeten HSBC Trinkaus & Burkhardt übernommen. In Bankkreisen war ein Ende der deutschen Tochter daher erwartet worden.

Befürchtungen, der Schritt könnte einen Bedeutungsverlust Düsseldorfs gegenüber Paris untermauern, trat HSBC-Deutschlandchef Nicolo Salsano am Mittwoch entgegen. „Die HSBC-Gruppe bekennt sich eindeutig zu einer starken Präsenz in Deutschland“, erklärte er. „Wir sind integraler Bestandteil des HSBC-Konzerns und werden für unsere Kunden weiterhin ein verlässlicher und breit aufgestellter Partner sein.“ feho, mm

Anzeige

Wir machen Inkasso leichter, schneller und kundenfreundlicher!

Auf unserem digitalen Forderungsportal können Schuldner versäumte Zahlungen ganz einfach online und rund um die Uhr begleichen.

Ständige Erreichbarkeit
Forderungen rund um die Uhr im Griff, unabhängig von Öffnungszeiten

Schneller Zugriff
Einfach einloggen und Zahlungsrückstände direkt begleichen

Einfache Kommunikation
Individuelle Ansprache, leichte Abwicklung und persönlicher Support

Flexible Abwicklung
Viele Zahlungsarten und Vereinbarung von Ratenzahlungen möglich

Praktisch für Ihre Schuldner, wirksam für Sie:

- Geld schnell erhalten und Rückmeldequote verbessern
- Kundenbeziehungen schonen und langfristig erhalten
- Missverständnisse klären und Kundenversäumnisse ausräumen
- Außenstände abbauen und eigene Liquidität sichern

www.creditreform.de/inkasso

Creditreform

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt
DONNERSTAG, 30. SEPTEMBER 2021, NR. 189

Frankfurter Skyline: Analysten glauben, dass die Schwierigkeiten am Aktienmarkt nur kurzfristig sind.

Reinhard Schmid/Schapowalo

Dax-Prognosen

Kursziel bis zu 17.000 Punkte

Die Aktienmarktexperten der öffentlichen Banken erwarten in ihren Prognosen, dass der deutsche Leitindex 2022 neu durchstarten wird. Was den Optimismus hervorruft – und was Skeptiker sagen.

Andrea Cünnen Frankfurt

Joachim Schallmayer ist mutig. Für September nächsten Jahres ruft der leitende Kapitalmarktstratege der Dekabank für den wichtigsten deutschen Aktienindex Dax die Marke von 17.000 Punkten als Kursziel aus. Hauptgrund: „Unternehmen profitieren vom hohen Wachstumstempo und können das größere Wachstum in steigende Gewinne umsetzen."

Damit ist Schallmayer der optimistischste unter den fünf Aktienmarktexperten bei öffentlichen Banken, die der Bundesverband öffentlicher Banken (VÖB) regelmäßig nach ihren Prognosen befragt. Die anderen Häuser sind vorsichtiger. Aber auch sie gehen davon aus, dass der Dax in zwölf Monaten höher stehen wird als derzeit. Die Prognosen der anderen vom VÖB befragten Banken reichen von 15.700 Punkten bei der Helaba bis zu 16.500 Punkten bei der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) (siehe Tabelle). Dabei hat sich der Dax mit aktuell um die 15.400 Punkte von seinem im August erreichten Allzeithoch von 16.030 Punkten wieder rund vier Prozent entfernt.

Davor ging es Schlag auf Schlag, der Dax sprang seit dem vergangenen Dezember auf ein Rekordhoch nach dem anderen. Seither schwächelt der Index indes. In der vergangenen Woche fiel er sogar unter 15.200 Punkte. „Wir haben gesehen, wie schnell die globalen Themen wieder zuschlagen können", sagt Schallmayer dazu.

Kurzfristig dominieren die Risiken

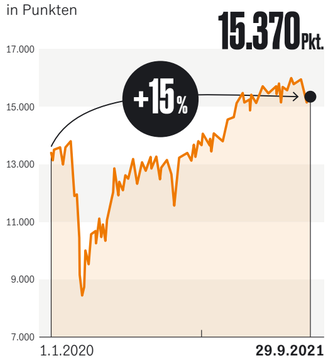
Zu diesen „globalen Themen" zählen nach einhelliger Meinung der Experten die steigende Inflation, das bevorstehende Zurückfahren der Anleihekäufe der US-Notenbank und die Krise um den chinesischen Immobilienfinanzierer Evergrande. Corona ist natürlich ebenfalls noch ein Thema, ebenso wie die Unsicherheit mit Blick auf die Schuldenobergrenze in den USA. Wenn der Kongress deren Erhöhung nicht bis diesen Donnerstag beschließt, droht ab Freitag in den USA die Schließung zahlreicher Behörden. Von daher rechnet auch Schallmayer zunächst mit noch deutlich schwankenden Kursen an den Aktienmärkten. Bei weiter fallenden Börsen werden Investoren und Investorinnen seiner Meinung nach aber relativ schnell wieder bei Aktien zugreifen. Der Dax dürfte nach Meinung der Dekabank deswegen bereits Ende des Jahres zumindest schon wieder bei 16.000 Punkten stehen.

Das sieht Uwe Streich, Aktienstratege bei der LBBW, genauso. Sein Kollege Manfred Bucher von der Bayern LB sieht bis Jahresende einen Dax-Anstieg auf immerhin 15.800 Punkte. Dass der Dax bis Jahresende fällt, erwarten dagegen die Helaba und die NordLB. Markus Reinwand von der Helaba ist besonders skeptisch. Er rechnet bis Ende Dezember mit einem Rückgang um knapp sechs Prozent auf 14.500 Punkte. Ihn stört unter anderem die hohe Bewertung der US-Aktien. Tatsächlich ist das Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) der Aktien im breiten Index S&P 500 deutlich höher als im Dax. Die Aktien im S&P 500 werden laut dem Informationsdienst Refinitiv mit dem 22,3-Fachen ihrer im Schnitt für das laufende Jahr erwarteten Gewinne bewertet, beim Dax liegt das entsprechende KGV bei 14,3.

Seit Jahresfanfang sind die Bewertungen zwar gesunken, weil viele Unternehmen deutlich mehr verdient haben, als Analysten erwartet hatten.

> Die starken Kursanstiege der vergangenen Monate sind keine Luftnummer, sondern haben eine gute Basis.
>
> **Manfred Bucher**
> Aktienstratege bei der BayernLB

Deutscher Aktienindex
in Punkten



HANDELSBLATT

Trotzdem sind Aktien in den USA nach Ansicht der VÖB-Banker noch recht teuer. Das macht sie empfindlich für Rückschläge, und das strahlt laut Reinwand auch auf die anderen Märkte aus. Die Helaba sieht deshalb nur begrenztes Potenzial auch für den deutschen Aktienmarkt. Grundsätzlich ist der Aufwärtstrend an den Börsen aber laut Reinwand intakt, und er betrachtet „temporäre Rückschläge potenziell als Einstiegschance".

Volker Sack von der NordLB ist kurzfristig skeptischer, weil er den aktuellen Lieferkettenproblemen in der Wirtschaft größere Bedeutung beimisst. Der Mangel an Vorprodukten und Rohstoffen sowie Logistikprobleme erweisen sich immer stärker als Bremsfaktoren für die Wirtschaft und als Verursacher höherer Preise. Deshalb erwartet er bei den Ergebnissen der Unternehmen zum dritten Quartal Enttäuschungen – und bis Jahresende einen auf 15.000 Punkte fallenden Dax.

Als Gefahr auch für den deutschen Markt sieht Sack zudem die Krise um Evergrande. Ein Zusammenbruch des hochverschuldeten Immobilienentwicklers könnte „indirekt erhebliche Auswirkungen" auf die globale Wirtschaft und damit auf die Aktienmärkte und den Dax haben. Mit Blick auf den Dax-Stand in zwölf Monaten rechnet aber auch er mit einem auf 16.300 Punkte steigenden Dax.

Auch die BayernLB prognostiziert Rückschläge im Dax, aber eine Erholung schon bis Jahresende. „Die starken Kursanstiege der vergangenen Monate sind keine Luftnummer, sondern haben eine gute Basis", sagt Aktienstratege Manfred Bucher mit Blick auf die auch dank der Geld- und Fiskalpolitik deutlich gestiegenen Gewinne der Unternehmen.

„Kein Trendwechsel im Dax"

In den nächsten Wochen könnte es zwar laut Bucher an den Börsen „etwas ruppiger" werden. Lieferengpässe und das näherrückende Ende der Anleihekäufe der US-Notenbank könnten die Börsen belasten. Aber auch Bucher sieht keinen prinzipiellen Trendwechsel an den Börsen. Die Wirtschaft werde zwar aktuell durch Lieferengpässe und die steigenden Rohstoffpreise belastet. Hier gehe es aber um Angebotsprobleme, die die Konjunktur nicht abwürgen, sondern das Wirtschafts- und Gewinnwachstum der Unternehmen nur verzögern. Zudem würden die Notenbanken die Märkte noch weiter mit Liquidität stützen.

Die US-Notenbank, die derzeit noch monatlich US-Anleihen im Wert von 120 Milliarden Dollar kauft, werde ihre Käufe nur langsam senken und außerdem fällige Anleihen weiter durch neue ersetzen. Und es werde noch dauern, bis die Fed die Zinsen erhöht. Laut Bucher „knicken Aktienmärkte aber erst ein, wenn der Zinserhöhungszyklus schon fortgeschritten ist".

Die Erfahrung der vergangenen Tage scheint gegen dieses Argument zu sprechen. Die Erwartung, dass die Fed noch in diesem Jahr mit der Drosselung der Anleihekäufe beginnt, hat die Kurse der US-Staatsanleihen fallen lassen. Umgekehrt stieg die Rendite der viel beachteten zehnjährigen US-Staatsanleihe in den vergangenen fünf Handelstagen von 1,3 auf über 1,5 Prozent. Das ist für Anleihen eine ordentliche Bewegung in so kurzer Zeit. Der US-Aktienmarkt S&P 500 verlor daraufhin mehr als zwei Prozent, beim Dax waren es 2,5 Prozent.

Am stärksten betroffen waren Technologiewerte, da dort höhere Kapitalmarktzinsen rasch auf die Bewertungen durchschlagen. Der Index der Technologiebörse Nasdaq verlor über 3,5 Prozent. Banken sehen aber keine großen Risiken vom US-Anleihemarkt für die Aktien. Streich von der LBBW sagt: „Gefährlich würde es nach unseren Modellen erst, wenn die Rendite der zehnjährigen US-Staatsanleihe auf 2,75 Prozent steigt." Erst ab diesem Niveau würden Investoren Anleihen als Alternative zu Aktien sehen und verstärkt von Aktien in Anleihen umschichten. Dass die Anleiherenditen so stark steigen, glaubt aber kaum jemand. Die 50 Analysten, die der Informationsdienst Bloomberg regelmäßig zu ihren Anleiheprognosen befragt, erwarten im Schnitt, dass die Rendite zehnjähriger US-Staatsanleihen bis Ende nächsten Jahres auf 1,95 Prozent steigt.

2,5
Prozent
hat der Dax in den vergangenen fünf Handelstagen verloren. Experten sehen den Rücksetzer aber eher als Einstiegschance.
Quelle: Refinitiv

Inflation als Risiko

Eng verbunden mit dem Thema Zinsanstieg ist das Thema Inflation. Nach Ansicht von Deka-Experten Schallmayer hat die Inflation die Märkte zuletzt besonders stark beunruhigt. In den USA stiegen die Verbraucherpreise zuletzt erneut um mehr als fünf Prozent, in Deutschland lag die Inflationsrate bei 3,9 Prozent. „Je länger die Verzerrung bei den Lieferketten anhält und je besser es den Unternehmen gelingt, die Preissteigerungen weiterzugeben, desto größer ist die Sorge, dass die Inflation dauerhaft steigt", meint Schallmayer.

Er geht zwar davon aus, dass ein Großteil des Inflationsanstiegs temporären Effekten geschuldet ist und die Inflation auch wieder sinken wird. Ob die Inflation aber insgesamt auf höherem Niveau bleibe, werde sich im nächsten Jahr zeigen. Eine höher als erwartete Inflation wäre wohl die größte Gefahr für Schallmayers optimistische Dax-Prognose – die dem Dax auf Sicht von zwölf Monaten ein Plus von immerhin zehn Prozent bringen würde.

Für Anleger, die direkt an der Entwicklung des Dax teilhaben wollen, bieten sich börsengehandelte Indexfonds (ETF) an, die die Entwicklung des Indexes nachzeichnen (siehe Tabelle). Die ETFs bilden die Rendite von Indizes wie dem Dax nicht eins zu eins ab. Grund dafür sind zum einen die – wenn auch geringen – Gebühren und die Kosten für den Aktienhandel der Fonds.

ETFs, die Indizes physisch nachbilden, die Aktien also tatsächlich halten, müssen die sich ändernde Gewichtung der Aktien in Indizes nachzeichnen. Dies könnte im Dax in diesem Monat etwas stärker als sonst zu Buche schlagen – schließlich hat die Börse den Index am 20. September um zehn auf 40 Unternehmen aufgestockt. Die neuen Indexmitglieder haben zusammen aber nur ein Gewicht von zusammen knapp 14 Prozent im Dax – von daher hat die Änderung keinen Einfluss auf die Dax-Prognosen der Banken.

Dax: Klarer Aufwärtstrend

Börsengehandelte Indexfonds auf den Dax im Vergleich

Fond	ISIN	Veränd. seit Jahresanfang[1]	3 Jahre p. A.	5 Jahre p. A.	Gebühren (TRA)[2]
Amundi ETF DAX	FR0010655712	+15,01 %	8,11 %	7,88 %	0,10 %
Deka DAX (ausschüttend) ETF	DE000ETFL060	+14,90 %	7,95 %	7,84 %	0,15 %
Deka DAX ETF	DE000ETFL011	+14,96 %	8,03 %	7,89 %	0,15 %
iShares Core DAX ETF	DE0005933931	+14,95 %	8,02 %	7,89 %	0,16 %
Xtrackers DAX Income ETF	LU0838782315	+15,00 %	8,09 %	7,87 %	0,09 %
Lyxor DAX ETF (Lyxor DAX [DR] UCITS ETF - Acc)	LU0252633754	+14,96 %	8,05 %	7,84 %	0,15 %
Xtrackers DAX ETF	LU0274211480	+15,01 %	8,12 %	7,90 %	0,09 %
Lyxor DAX ETF (Lyxor Core DAX [DR] UCITS ETF)	LU0378438732	+14,99 %	8,12 %	7,89 %	0,08 %
Zum Vergleich: Dax		+15,40 %	8,60 %	8,40 %	–

Bank-Prognosen: Erwartete Dax-Stände in Punkten

	In 3 Monaten	In 6 Monaten	In 12 Monaten
Dekabank	16.000	16.500	17.000
LBBW	16.000	16.250	16.500
BayernLB	15.800	16.000	16.400
NordLB	15.000	15.300	16.300
Helaba	14.500	15.000	15.700

1) 1.1. bis 31.8.2021; 2) Laufende Kosten = Summe der aus dem Fondsvermögen zu bestreitenden Kosten und Gebühren in Prozent des Fondsvermögens, ohne Transaktinskosten und erfolgsabhängige Vergütungen • **Quellen:** Scope, Bloomberg, Banken

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Gerd Gigerenzer

„Fragezeichen bei Tech-Konzernen“

Der bekannte Risikoforscher plädiert für Indexfonds bei der Geldanlage.

Auch ein Wissenschaftler kann spektakuläre Börsenthesen vertreten. Gerd Gigerenzer, Professor für Psychologe sowie Verhaltenswissenschaftler, liefert im Gespräch mit dem Handelsblatt ein Paradebeispiel. Er ist vom Geschäftsmodell der Plattformkonzerne wie Google und Facebook nicht überzeugt – was nach extremen Aktienkursgewinnen brisant ist. Der 73-jährige Berliner hält es für unklar, ob personalisierte Werbung tatsächlich den Gewinn für die Inserenten bringt, mit dem die Konzerne werben. Außerdem macht sich der Experte stark für Indexfonds. Wenn Beratende und manche Geldverwaltungen deren Aufschwung kritisierten, dann sei ein mögliches Motiv auch die Angst vor dem eigenen Jobverlust.

Professor Gigerenzer, die Aktienkurse haben sich seit dem Corona-Börsentief im März vergangenen Jahres fast verdoppelt, sind nahe ihrer Rekordstände. Können Sie als Risikoforscher darin eine gefährliche Situation erkennen?
Wir leben in einer Welt negativer Zinsen. Da wundert es mich nicht, dass Anleger Aktien und Immobilien kaufen. Meine Vermutung: Es geht noch eine Zeit weiter nach oben mit den Preisen. Aber irgendwann würde sich dann tatsächlich die Frage nach einer Spekulationsblase stellen.

Über mehr als ein Jahrzehnt ist der Aktienaufschwung von den Technologiewerten getrieben, auch in den vergangenen Monaten. Diese Titel werden zudem immer höher bewertet. Kann das zu einer besonderen Gefahr werden?
Es ist eine sehr spannende Frage, gerade für die Konzerne mit extrem hohem Börsenwert: etwa Google und Facebook. Deren Geschäft lebt von personalisierter Werbung. Damit erzielen sie praktisch ihre gesamten Einnahmen. Wir reden zum Beispiel über gesponserte Suchanzeigen ...

Die Investoren sind natürlich davon überzeugt, dass es ein ertragreiches Geschäftsmodell ist ...
Sollten Zweifel daran aufkommen, dann hätten die Tech-Konzerne sehr große Probleme. Eine Geschichte dazu: Steve Tadelis, Wirtschaftsprofessor an der University of California in Berkeley, verbrachte ein Jahr bei Ebay. Dort erzählten ihm die Marketingleute, bei Google, der Microsoft-Suchmaschine Bing und anderen Plattformen könne man vor den organischen Suchergebnissen nach einem Marken-Stichwort wie „eBay Motorräder“ einen bezahlten Link zur eigenen Firma setzen. Die Berater der Plattformen versicherten, dass Ebay zwölf Dollar verdiene für jeden Dollar, der in solche bezahlten Links investiert werde. Tadelis und sein Team testeten das mit Experimenten, mit dem fast unglaublichen Ergebnis: Für jeden investierten Dollar verlor Ebay 63 Cent.

Müsste man zumindest ein Fragezeichen hinter die hohen Kurse der Tech-Firmen setzen, wenn das auch in ähnlichen Fällen gelten sollte?
Durchaus. Und zwar ein großes Fragezeichen.

imago/Future Image

Vita

Der Wissenschaftler Gerd Gigerenzer forscht über Risiko und Ungewissheit. Der 73-Jährige leitete das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und ist Direktor des Harding-Zentrums für Risikokompetenz an der Universität Potsdam.

Der Manager Er trainiert US-Richter, deutsche Ärzte sowie Manager im Umgang mit Risiken und Unsicherheit und ist Mitgründer der Unternehmensberatung Simply Rational.

> Wir sehen tatsächlich immer mehr jüngere Anleger. Mit neuen Handelsmöglichkeiten etwa über Smartphones wurde das auch leichter. Viele haben wenig Erfahrung.

Erkennen Sie ein Problem auch bei einem anderen Phänomen, das uns seit Ausbruch der Pandemie beschäftigt. Gerade junge Leute entdeckten die Börse als Spielplatz, spekulierten dort auch, bis hin zu gezielt verabredeten Wetten auf Einzelfirmen, gerade in den USA ...
Wir sehen tatsächlich immer mehr jüngere Anleger. Mit neuen Handelsmöglichkeiten etwa über Smartphones wurde das auch leichter. Viele haben wenig Erfahrung. Ich vermute, dass sie anders investieren. Sie dürften eher lokale Aktien kaufen, die man also kennt. Oder sie kaufen einfach, was andere kaufen. Dadurch wird das Börsengeschehen insgesamt noch weniger vorhersehbar.

Parallel zu diesem Trend boomen die Indexfonds weiter. In diesem Jahr investierten die Anleger hier so viel neues Geld wie nie. Halten Sie das für eine gute Entwicklung mit vertretbarem Risiko?
Wenn sie etwa einen Dax-Indexfonds kaufen, werden sie am Ende wahrscheinlich höhere Erträge erzielen als wenn sie auf die Empfehlungen ihres Bankberaters hören. Die Indexprodukte haben einfach sehr geringe Gebühren. Das gibt am Ende mit den Ausschlag. Die Bankberater hören das natürlich nicht gerne. Deshalb sage ich zu dem Boom: Index klingt erst einmal langweilig, aber ich sehe es als Zeichen für die Reife der Anleger.

Nun gibt es seit Jahren eine These, das steigende „dumme“, weil an stumpfe Messlatten gebundene Anlagekapital, erhöhe die Abwärtsgefahr an den Börsen. Das gefährde die Finanzmarktstabilität ...
Das leuchtet mir nicht ein. Es gibt sehr viele Indizes, und Anleger setzen die Produkte meist zur Risikostreuung ein. Ich frage mich, ob in der These auch Angst steckt. Ich spreche von der Angst der Berater und Geldverwalter, weil sie hier viel weniger verdienen können.

Bekommt der Trend einen Schub durch die Digitalisierung?
Auf jeden Fall. Wenn ich meine Anlagegeschäfte mit Indexprodukten direkt über eine App abwickeln kann, dann sind Berater und auch Geldverwalter unnötig. Die sind von der Digitalisierung bedroht. Es ist wie in allen anderen Wirtschaftsbereichen, wo „Mittelsmänner“ überflüssig werden.

Digitalisierung hat eine weitere Facette. Sogenannte Künstliche Intelligenz soll etwa Aktienzusammenstellungen für einen Fonds smarter aussuchen, als der menschliche Verstand das könnte ...
In einem Punkt wäre das wie bei den Indexprodukten: Es würde die aktiven Geldmanager überflüssig machen. Ich würde erwarten, dass der Einsatz Künstlicher Intelligenz jedoch langfristig keine konsistenten Ergebnisse liefert.

Professor Gigerenzer, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Ingo Narat.

SUDOKU Zahlenspiele für Rätselfreunde

Sudoku (mittel)

	1					2		
9	4		5	8				3
5		6	3	2		9		8
				7			9	
	5	4			2			
7		3					8	
		7			5			
								1
	3	9	7		8	6	4	

Sudoku (schwer)

6	5				7			
	3	1			6			5
2							1	
			6	2	8		4	7
	2	5	4					8
		3		4				9
5			9		3	1		
	4		1			2		

Lösungen vom 29.09.

Das Kulträtsel Sudoku auch unter: **www.handelsblatt.com/sudoku**

So funktioniert es: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 - 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und in den 3x3 Feldern vorkommen. Doppelungen sind nicht erlaubt.

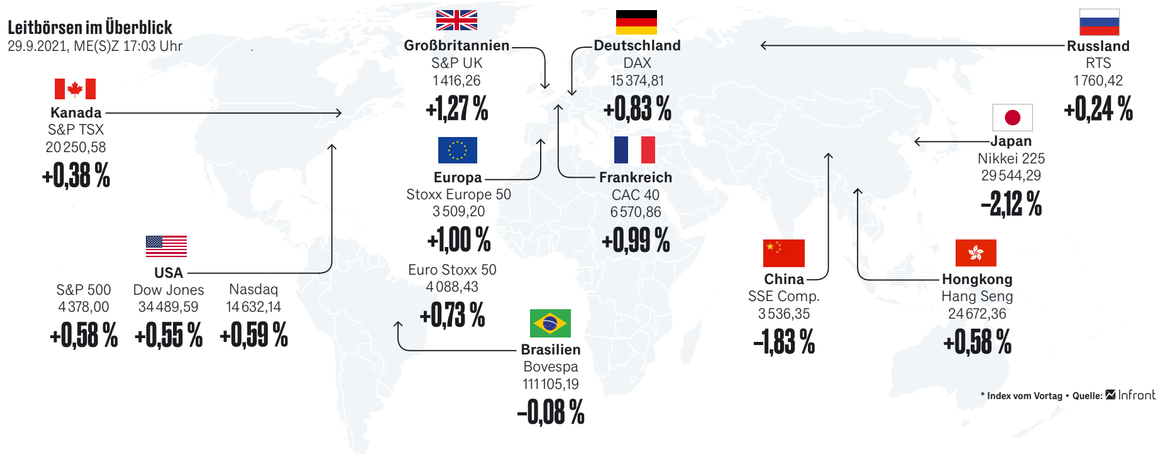
Sudoku (mittel)

6	2	1	9	3	8	4	5	7
9	8	3	4	7	5	1	2	6
4	5	7	1	6	2	8	3	9
5	9	8	6	2	1	3	7	4
3	4	2	7	5	9	6	1	8
7	1	6	3	8	4	5	9	2
8	6	5	2	9	3	7	4	1
2	7	4	5	1	6	9	8	3
1	3	9	8	4	7	2	6	5

Sudoku (schwer)

8	4	6	3	9	2	1	7	5
2	3	7	5	8	1	4	9	6
9	5	1	7	4	6	2	3	8
5	6	4	9	1	7	3	8	2
1	9	2	4	3	8	5	6	7
7	8	3	2	6	5	9	4	1
4	2	5	6	7	9	8	1	3
6	1	9	8	2	3	7	5	4
3	7	8	1	5	4	6	2	9

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com



Marktbericht

Dax macht einen Teil der hohen Vortagesverluste wett

Der deutsche Leitindex steht vor einer Richtungsentscheidung: Hält die wichtige Marke von 15.000 Punkten?

Die Lage am deutschen Aktienmarkt hat sich entspannt. Mit einem Plus von 0,8 Prozent und einem Stand von 15.365 Punkten zum Handelsschluss machte der Dax am Mittwoch einen Teil der Vortagsverluste wett. Noch am Dienstag war der Index 2,1 Prozent abgerutscht. Gefragt waren vor allem zyklische Werte wie Automobilaktien. So verbuchten Volkswagen, BMW und die VW-Dachholding Porsche SE allesamt ein Kursplus von um die zwei Prozent.

Anleger sollten aber den Entspannungskurs nicht überbewerten. Nach solch einem deutlichen Kursrutsch treten erste Schnäppchenjäger in Aktion. Zudem fangen Shortseller an, Gewinne einzustreichen, indem sie ihre Put-Derivate verkaufen, die bei fallenden Kursen zulegen. Das sorgt ebenfalls für steigende Kurse. Denn Shortspekulationen funktionieren im Prinzip wie Leerverkäufe, nur dass die Bank im Hintergrund sich um die Abwicklung kümmert. Beim Kauf eines Short-Produkts wird zuerst der zugrunde liegende Basiswert verkauft und beim Verkauf wieder zurückgekauft.

Nun steht die Frankfurter Benchmark vor einer Richtungsentscheidung. Hält die wichtige Marke von 15.000 Punkten? Zweimal fand der Dax in den vergangenen Wochen kurz vor dieser Marke Halt. Noch am vergangenen Montag rutschte der Index bis auf 15.019 Punkte ab, bis wieder Käufer in Aktion traten und das Börsenbarometer anschießend schnell auf 15.695 Punkte hoben. Bislang war jeder Rücksetzer eine Kaufgelegenheit. Wiederholt sich dieses Szenario? Es gibt mehrere Anhaltspunkte, dass sich Anleger von dieser Hoffnung auf eine schnelle Rückkehr Richtung 16.000 Punkte verabschieden sollten.

Zinspolitik entscheidend

Denn größeres Kaufinteresse gibt es erst unterhalb von 15.000 Zählern. Das lässt sich aus den Anlegerumfragen der Börse Frankfurt und des Analysehauses Animusx unter mittelfristig agierenden Privatanlegern und institutionellen Investoren ableiten.

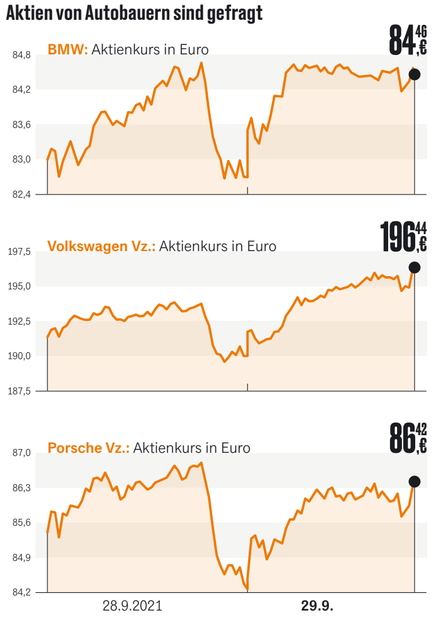
Und die Zinspolitik bleibt das ganz große Thema an den Börsen. Die US-Notenbank signalisiert derzeit den Finanzmärkten ein Tapering, also ein Zurückfahren der Anleihekäufe, im Monat November. Thomas Altmann vom Investmenthaus QC Partners hat bei den Mitgliedern der US-Notenbank Fed beobachtet: „Die Zahl derer, die das Tapering-Wort öffentlich aussprechen, wird immer größer.“

Ein ähnliches Szenario hatte die Märkte Anfang des Jahres stark geprägt. Damals kletterte die Rendite für eine zehnjährige US-Staatsanleihe auf bis zu 1,74 Prozent, bevor der Zinsanstieg von der Notenbank ausgebremst wurde, die damals noch eine weitere lockere Geldpolitik versprach.

Mit dem Zinsanstieg werden insbesondere in den USA Anleihen wieder zu einer echten Konkurrenz für Aktien. Und die steigenden Zinsen erhöhen die Finanzierungskosten der Unternehmen und drücken so auf die Gewinne. Jürgen Röder

Christoph Busse für BMW AG

BMW-Produktion: Die Aktien der Autohersteller gehörten am Mittwoch zu den Gewinnern.



© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Märkte heute

Tops

Dax	
Volkswagen Vz.	+3,46 %
Airbus	+3,32 %
Covestro	+2,77 %

MDax	
Wacker Chemie	+5,71 %
Evotec	+3,28 %
GEA Group	+2,43 %

Euro Stoxx 50	
Volkswagen Vz.	+3,46 %
Safran	+3,37 %
Airbus	+3,33 %

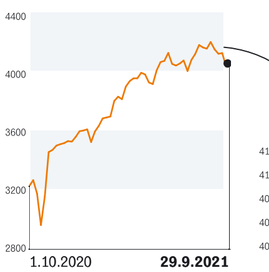
Flops

Dax	
Healthineers	-2,62 %
HeidelbergCement	-2,05 %
E.ON NA	-0,91 %

MDax	
Knorr-Bremse	-2,84 %
Lufthansa vNA	-2,76 %
CompuGroup Med.	-2,75 %

Euro Stoxx 50	
ASML Hold.	-1,34 %
TotalEnergies	-1,30 %
AB Inbev	-0,96 %

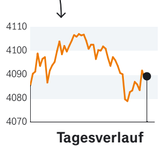
Euro Stoxx 50
Aktienindex in Punkten



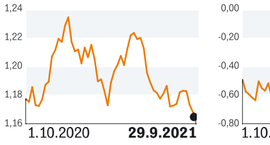
4 091,29 Punkte

zum Vorjahr **+27,28 %**

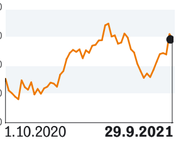
zum Vorjahr **+0,80 %**



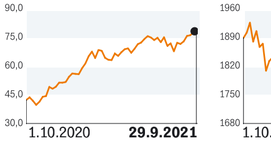
Euro-Wechselkurs 1,1654 US$ je Euro
-0,41 % zum Vorjahr



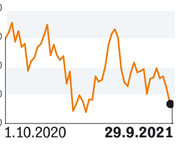
10-jährige Bundesanleihe -0,2140 % Rendite
+0,33 % zum Vorjahr



Brentöl 78,59 US$ je Barrel
+89,97 % zum Vorjahr



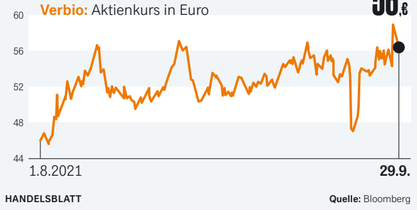
Gold 1 732,26 US$ je Feinunze
-8,72 % zum Vorjahr



Stand: 29.09. / ME(S)Z 17:05 Uhr

Quelle: Infront

Chart des Tages



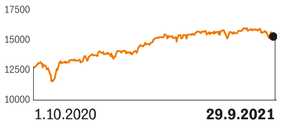
HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

Die Verbio-Aktien kletterten am Mittwoch auf ein neues Rekordhoch. Die Privatbank Hauck & Aufhäuser hatte das Kursziel für die Titel des Biokraftstoff-Herstellers von 56 auf 80 Euro angehoben und die Einstufung auf „buy" belassen. Um die Treibhausgase zu reduzieren, müsse der Transportsektor den CO_2-Ausstoß verringern, heißt es in der Studie. Dafür habe Verbio die passenden Lösungen.

Dax

(auch im [1] Euro Stoxx 50, [2] Stoxx 50, [3] TecDAX) 15384,10 | +0,89 % | 52-Wochen-Hoch 16030,33 | 52-Wochen-Tief 11450,08



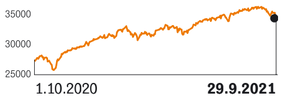
Dividendenrendite	Jahresdiv.	Ex-Tag
BASF NA	5,0 %	3,30 €	30.04.21
Allianz vNA	4,9 %	9,60 €	06.05.21
E.ON NA	4,4 %	0,47 €	20.05.21
Bayer NA	4,2 %	2,00 €	28.04.21
Münchener Rück vNA	4,1 %	9,80 €	29.04.21
Deutsche Telekom NA	3,4 %	0,60 €	06.04.21
HeidelbergCement	3,4 %	2,20 €	07.05.21

KGV		Ergebnis
BMW St.	6,1	13,94
Porsche Vz.	6,3	13,72
Daimler NA	6,7	11,61
Volkswagen Vz.	6,9	28,70
Bayer NA	7,8	6,09
HeidelbergCement	7,8	8,29
Covestro	8,0	7,45

29.9.2021 / 17:07 h	Tages-Hoch	Tief	Verlauf	± % Vortag	± % 1 Jahr	52 Wochen Hoch	Tief	Umsatz Stück	Letzte Div.	HV Termin	Div. Rend.	Div.s Kürzungen	Ergebnis 2021	Ergebnis 2022	KGV 2021	KGV 2022	Marktk.Streub. in Mrd	Marktk.Streub. in %
Adidas NA [1] [2]	272,50	268,25	270,80	+1,52	-3,7	336,25	252,05	388865	3,00	12.05.22	1,1	3,30	7,77	10,25	34,85	26,42	54,3	87
Airbus [1] [2]	117,22	114,52	117,16	+3,33	+87,58	120,92	59,29	217886	k.A.	14.04.21	k.A.	0,75	3,64	4,80	32,19	24,41	92,1	78
Allianz vNA [1] [2]	196,50	193,76	196,48	+1,47	+19,17	223,50	148,60	573341	9,60	04.05.22	4,9	10,46	20,17	21,38	9,74	9,19	81,0	93
BASF NA [1] [2]	66,04	64,81	66,02	+1,87	+26,14	72,88	45,92	1531765	3,30	29.04.22	5,0	3,40	6,31	5,68	10,46	11,62	60,6	94
Bayer NA [1] [2]	47,50	46,48	47,49	+1,21	-11,26	57,73	39,91	1616614	2,00	29.04.22	4,2	2,00	6,09	6,62	7,80	7,17	46,7	94
BMW St. [1]	84,85	83,12	84,52	+2,21	+36,32	96,39	57,25	981334	1,90	11.05.22	2,2	4,06	13,94	12,87	6,06	6,57	50,9	53
Brenntag NA	82,62	80,46	80,50	-0,69	+47,44	87,40	53,92	119272	1,35	10.06.21	1,7	1,45	3,99	4,40	20,18	18,30	12,4	95
Continental	96,08	94,98	95,30	+0,84	+15,66	118,65	79,14	262977	k.A.	29.04.22	k.A.	2,13	6,63	10,09	14,37	9,44	19,1	54
Covestro	59,70	57,68	59,38	+2,7	+30,13	63,24	39,50	830190	1,30	21.04.22	2,2	2,52	7,45	6,00	7,97	9,90	11,5	100
Daimler NA [1] [2]	77,84	76,33	77,42	+1,56	+69,45	80,41	43,12	1423761	1,35	01.10.21	1,7	4,50	11,61	11,43	6,67	6,77	82,8	73
Delivery Hero	116,55	112,75	113,65	+0,18	+14,71	145,40	90,60	200134	k.A.	16.06.21	k.A.	0,00	-5,01	-3,72	0,00	0,00	28,3	66
Deutsche Bank NA	11,00	10,83	10,97	+0,51	+55,07	12,56	7,03	5075890	k.A.	19.05.22	k.A.	0,20	1,07	1,29	10,25	8,50	22,7	94
Deutsche Börse NA [1]	141,45	139,05	139,85	+0,11	-7,51	152,65	124,85	116440	3,00	18.05.22	2,1	3,20	6,50	7,14	21,52	19,59	26,6	93
Deutsche Post NA [1] [2]	56,15	55,11	55,48	+1,43	+40,53	61,38	37,67	2339956	1,35	06.05.22	2,4	1,64	3,87	3,91	14,34	14,19	68,7	74
Deutsche Telekom NA [1] [2] [3]	17,54	17,38	17,53	+1,27	+22,8	18,92	12,59	3464108	0,60	07.04.22	3,4	0,60	1,13	1,27	15,51	13,80	83,5	86
Deutsche Wohnen Inh.	53,00	52,96	53,00	+0,04	+24,97	53,04	38,03	643942	1,03	01.06.21	1,9	1,03	1,53	1,53	34,64	34,64	19,1	64
E.ON NA	10,95	10,68	10,72	-0,89	+14,19	11,43	8,27	4086386	0,47	12.05.22	4,4	0,49	0,86	0,90	12,47	11,91	28,3	85
Fresenius	41,44	40,94	41,31	+0,49	+6,88	47,60	31,03	304508	0,88	21.05.21	2,1	0,90	3,27	3,70	12,63	11,16	23,1	73
Fresenius Medical Care St.	61,10	60,38	60,80	+0,16	-16,02	75,08	55,18	185985	1,34	20.05.21	2,2	1,21	3,68	4,31	16,52	14,11	17,8	68
HeidelbergCement	66,66	64,24	64,86	-2,02	+24,54	81,04	47,35	727123	2,20	06.05.21	3,4	2,42	8,29	8,65	7,82	7,50	12,9	74
HelloFresh	83,00	79,16	80,00	+0,18	+65,98	97,38	38,02	545934	k.A.	26.05.21	k.A.	0,00	1,805	2,145	51,62	43,42	13,9	89
Henkel Vz.	81,64	81,10	81,54	+0,59	-8,73	99,50	76,96	195963	1,85	04.04.22	2,3	1,85	4,67	5,02	17,46	16,24	34,9	100
Infineon NA [1] [3]	35,92	35,23	35,34	-0,2	+46,1	38,50	23,38	2841603	0,22	24.02.22	0,6	0,26	1,12	1,37	31,55	25,79	46,1	93
Linde PLC [1] [2]	260,25	256,45	258,00	+0,49	+27,53	271,55	183,15	364786	51,06	26.07.21	1,3	4,24	10,27	11,22	25,12	22,99	134,2	100
Merck	189,50	185,20	185,45	+0,82	+48,12	207,90	121,25	217257	1,40	22.04.22	0,8	1,50	8,28	8,78	22,40	21,12	24,0	93
MTU Aero Engines NA	199,70	196,10	199,45	+1,42	+40,51	224,90	137,10	89684	1,25	21.04.21	0,6	2,00	5,85	8,08	34,09	24,68	10,7	90
Münchener Rück vNA [1]	240,45	237,20	240,00	+1,42	+10,04	269,30	194,10	125601	9,80	28.04.22	4,1	10,40	19,91	23,94	12,05	10,03	33,6	94
Porsche Vz.	86,58	84,48	86,34	+2,47	+69,89	102,00	44,45	252194	2,21	23.07.21	2,6	3,80	13,72	15,57	6,29	5,55	13,2	100
Puma	97,52	95,68	96,10	+0,57	+24,93	109,70	74,08	98886	0,16	05.05.21	0,2	0,59	1,98	2,88	48,54	33,37	14,5	62
Qiagen [3]	44,98	44,24	44,41	+0,7	+0,14	48,05	36,00	162754	k.A.	29.06.21	k.A.	0,00	2,44	2,04	18,20	21,77	10,3	100
RWE St.	31,89	31,32	31,46	-0,25	-1,69	38,65	28,39	931331	0,85	28.04.22	2,7	0,90	1,82	1,82	17,29	17,29	21,3	94
SAP [1] [2] [3]	119,02	117,70	117,96	+0,17	-12,08	135,62	89,93	696794	1,85	18.05.22	1,6	1,85	5,59	5,19	21,10	22,73	144,9	84
Sartorius Vz. [3]	556,80	540,00	540,40	+0,37	+53,78	599,60	332,00	32127	0,71	26.03.21	0,1	1,34	7,33	7,75	73,72	69,73	20,2	74
Siemens Energy	23,95	23,48	23,63	-0,21	+7,41	34,48	18,36	1141606	k.A.	09.02.22	k.A.	0,08	-0,22	0,91	0,00	25,97	17,2	60
Siemens Healthineers [3]	57,90	55,68	55,68	-2,62	+45,7	61,50	36,16	620728	0,80	11.02.22	1,4	0,88	1,89	2,00	29,46	27,84	62,8	25
Siemens NA [1] [2]	144,98	142,86	143,64	+0,35	+32,22	151,86	98,50	614668	3,50	03.02.21	2,4	3,60	7,16	7,62	20,06	18,85	122,1	88
Symrise Inh.	115,20	112,45	112,50	0	-5,18	127,15	95,88	96394	0,97	05.05.21	0,9	1,46	2,80	3,04	40,18	37,01	15,7	89
Volkswagen Vz. [1]	196,88	190,50	196,74	+3,55	+41,8	252,20	122,96	774937	4,86	22.07.21	2,5	7,59	28,70	32,47	6,86	6,06	40,6	100
Vonovia NA [1]	53,84	53,02	53,18	-0,11	-8,81	61,66	48,57	390594	1,69	16.04.21	3,2	1,79	2,46	2,68	21,62	19,84	30,6	90
Zalando	81,66	80,02	80,30	-0,64	+2,79	105,90	73,82	338978	k.A.	19.05.21	k.A.	0,00	1,01	1,15	79,50	69,83	21,0	68

MDax

34586,44 | +0,24 % | 52-Wochen-Hoch 36428,86 | 52-Wochen-Tief 25536,52



Dividendenrendite	Jahresdiv.	Ex-Tag
Telefónica Dt.	7,4 %	0,18 €	21.05.21
freenet NA	7,3 %	1,65 €	21.06.21
Evonik Industries	4,2 %	1,15 €	03.06.21
Uniper NA	3,8 %	1,37 €	20.05.21
Grand City Prop.	3,8 %	0,82 €	01.07.21
TAG Immobilien	3,5 %	0,88 €	12.05.21
Alstria Office	3,4 %	0,53 €	07.05.21

KGV		Ergebnis
K+S NA	4,9	2,78
Wacker Chemie	10,4	15,23
ProSiebenSat.1	11,3	1,43
Rheinmetall	11,4	7,38
Aurubis	12,0	5,43
freenet NA	13,4	1,68
Lanxess	13,9	4,27

29.9.2021 / 17:07 h	Tages-Hoch	Tief	Verlauf	± % Vortag	± % 1 Jahr	52 Wochen Hoch	Tief	Umsatz Stück	Letzte Div.	HV Termin	Div. Rend.	Div.s Kürzungen	Ergebnis 2021	Ergebnis 2022	KGV 2021	KGV 2022	Marktk.Streub. in Mrd	Marktk.Streub. in %
Aixtron NA [3]	22,25	21,40	21,42	-1,29	+107,96	26,60	8,84	439648	0,11	19.05.21	0,5	0,14	0,71	0,76	30,17	28,18	2,4	100
Alstria Office	16,08	15,68	15,78	-0,19	+30,52	18,84	10,50	202381	0,53	06.05.21	3,4	0,53	0,61	0,67	25,87	23,55	2,8	82
Aroundtown	6,04	5,95	5,98	+0,64	+42,29	7,16	3,86	1413364	0,07	30.06.21	1,2	0,23	0,33	0,42	18,11	14,23	9,2	84
Aurubis	65,34	62,46	65,26	+1,43	+12,13	87,74	54,72	132936	1,30	11.02.21	2,0	1,50	5,43	5,52	12,02	11,82	2,9	70
Autol Group	33,99	32,69	33,02	-0,78	0	56,76	29,72	116958	k.A.	24.06.21	k.A.	0,00	-0,61	-0,67	0,00	0,00	7,0	50
Bechtle [3]	61,04	59,20	59,26	-0,4	+1,71	67,88	47,86	126148	0,45	02.06.22	0,8	0,50	1,77	1,93	33,48	30,70	7,5	51
Befesa	65,40	63,90	64,40	-0,62	+89,97	72,90	33,15	36787	1,17	05.10.21	2,3	1,39	2,70	3,28	23,85	19,63	2,6	81
Beiersdorf	97,20	95,62	95,90	0	-0,77	108,05	81,86	97002	0,70	31.03.22	0,7	0,70	3,05	3,32	31,44	28,89	24,2	49
Cancom [3]	51,66	50,56	51,38	+2,07	+15	57,66	32,98	44985	0,75	29.06.21	1,5	0,75	1,46	1,62	35,19	31,72	2,0	80
Carl Zeiss Meditec [3]	174,60	167,45	167,90	-0,68	+54,18	202,00	105,20	107431	0,50	27.05.21	0,3	0,79	2,79	2,92	60,18	57,50	15,0	36
Commerzbank	5,77	5,59	5,76	+2,45	+40,35	6,87	3,92	3316672	k.A.	10.05.22	k.A.	0,00	-0,30	0,52	0,00	11,08	7,2	80
CompuGroup Med. [3]	73,70	70,55	70,60	-2,82	-9,02	85,40	59,40	39130	0,50	19.05.21	0,7	0,58	1,97	2,28	35,84	30,96	3,8	54
CTS Eventim	66,72	65,00	65,52	+0,68	+58,49	66,72	37,14	84971	k.A.	07.05.21	k.A.	0,00	-0,22	1,28	0,00	51,19	6,3	61
Dürr	38,96	37,80	38,26	-0,98	+50,16	44,08	24,04	61717	0,30	06.05.22	0,8	0,65	1,69	2,54	22,64	15,06	2,6	74
Evonik Industries	27,85	27,43	27,46	-0,51	+23,64	31,00	20,43	135114	1,15	25.05.22	4,2	1,15	1,92	2,13	14,30	12,89	12,8	41
Evotec [3]	42,46	40,46	41,54	+3,15	+86,36	45,83	21,82	407132	k.A.	15.06.21	k.A.	0,00	0,32	0,25	130	166	6,9	73
Fraport	62,00	60,80	61,54	+0,65	+84,8	64,76	30,26	84380	k.A.	01.06.21	k.A.	0,00	-1,16	2,89	0,00	21,29	5,7	40
freenet NA [3]	22,64	22,40	22,58	+0,76	+30,29	22,90	15,12	445956	1,65	18.06.21	7,3	1,50	1,68	1,90	13,44	11,88	2,9	100
Fuchs Petrolub Vz.	40,84	40,38	40,60	-0,25	-4,78	49,70	39,46	93422	0,99	03.05.22	2,4	1,03	1,83	2,00	22,19	20,30	2,8	100
GEA Group	40,15	39,10	39,30	+2,48	+31,04	41,31	27,40	287651	0,85	28.04.22	2,2	0,87	1,66	1,81	23,67	21,71	7,1	77
Gerresheimer	85,05	83,35	84,25	+1,51	-12,6	103,70	81,30	37067	1,25	09.06.21	1,5	1,30	4,32	4,99	19,50	16,88	2,6	85
Grand City Prop.	22,10	21,80	21,86	+0,28	+7,05	24,14	18,93	303723	0,82	30.06.21	3,8	0,84	1,25	1,33	17,49	16,44	3,9	61
Hann. Rückv. NA	154,15	152,65	153,30	+0,49	+16,84	162,85	120,70	42237	4,50	04.05.22	2,9	5,75	10,64	12,23	14,41	12,53	18,5	50
Hella	60,58	60,32	60,40	0	+42,05	68,72	35,36	40460	0,96	30.09.21	1,6	0,81	3,22	3,38	18,76	17,87	6,7	40
Hugo Boss NA	52,66	51,82	52,56	+1,39	+148,98	53,84	19,40	109341	0,04	11.05.21	0,1	0,56	1,35	2,27	38,93	23,15	3,7	78
Hypoport SE	589,00	579,50	585,00	+1,65	+11,43	618,00	400,00	2716	k.A.	21.05.21	k.A.	0,00	5,28	7,06	111	82,86	3,8	65
Jungheinrich Vz.	41,66	40,78	41,18	+1,38	+41,32	48,04	29,66	34114	0,43	11.05.21	1,0	0,62	2,30	2,49	17,90	16,54	2,0	100
K+S NA	13,70	13,43	13,56	+1,19	+138,73	13,95	5,61	437916	k.A.	12.05.21	k.A.	0,15	2,78	0,96	4,88	14,12	2,6	100
Kion Group	83,06	81,26	81,46	-0,71	+8,9	93,28	63,26	91267	0,41	11.05.21	0,5	1,10	4,28	5,34	19,03	15,25	10,7	55
Knorr-Bremse	96,94	93,14	93,28	-2,75	-6,91	117,24	89,88	145138	1,52	20.05.21	1,6	1,79	3,89	4,34	23,98	21,49	15,0	41
Lanxess	60,54	59,14	59,16	-1,37	+18,63	67,38	42,34	101166	1,00	19.05.21	1,7	1,08	4,27	5,13	13,85	11,53	5,1	84
LEG Immobilien	125,80	123,50	123,85	-0,08	+1,98	139,80	110,18	49626	3,78	27.05.21	3,1	4,08	5,65	5,97	21,92	20,75	9,0	100
Lufthansa vNA	6,46	6,13	6,28	-2,76	+21,27	9,25	4,91	15024585	k.A.	04.05.21	k.A.	0,00	-2,67	0,06	0,00	105	7,5	92
Nemetschek [3]	92,02	88,90	89,08	-0,18	+40,73	93,84	50,95	127979	0,30	12.05.21	0,3	0,32	1,11	1,33	80,25	77,46	10,3	48
ProSiebenSat.1	16,23	16,02	16,15	+0,94	+45,5	19,00	9,26	333158	0,49	01.06.21	3,0	0,69	1,43	1,62	11,29	9,97	3,8	76
Rational	847,00	820,20	826,00	0	+26,98	1033,50	598,00	4306	4,80	04.05.22	0,6	7,10	11,13	13,92	74,21	59,34	9,4	40
Rheinmetall	84,00	82,54	83,78	+1,31	+9,46	93,80	61,08	72012	2,00	11.05.21	2,4	2,50	7,38	9,41	11,35	8,90	3,6	100
Scout24 NA	61,74	60,80	61,12	+0,69	-17,41	77,25	60,30	151489	0,82	08.07.21	1,3	0,75	1,48	1,80	41,30	33,96	5,6	89
Software [3]	40,78	39,84	40,36	+0,4	-5,04	44,00	30,20	136353	0,76	12.05.21	1,9	0,77	1,35	1,75	29,90	23,06	3,0	69
Ströer & Co.	72,60	71,60	71,65	-0,28	+8,97	82,50	59,60	19182	2,00	03.09.21	2,8	2,00	2,67	3,58	26,84	20,01	4,1	48
TAG Immobilien	26,11	25,44	25,50	+0,55	0	29,37	23,16	122302	0,88	11.05.21	3,5	0,92	1,24	1,33	20,56	19,17	3,7	87
TeamViewer [3]	26,87	25,77	25,88	-1,93	-39,74	49,64	25,10	586670	k.A.	15.06.21	k.A.	0,00	0,52	0,84	49,77	30,81	5,2	75
Telefónica Dt. [3]	2,43	2,39	2,43	+1,8	+12,33	2,63	2,10	1972870	0,18	20.05.21	7,4	0,18	0,01	0,02	243	122	7,2	31
thyssenkrupp	9,18	8,90	9,14	+2,1	+110,6	12,03	3,82	1166247	k.A.	04.02.22	k.A.	0,00	-0,44	0,81	0,00	11,29	5,7	61
Uniper NA	36,84	35,97	36,13	-0,8	+31,38	36,84	25,18	165570	1,37	18.05.22	3,8	1,37	2,01	1,78	17,98	20,30	13,2	25
United Internet NA [3]	33,82	33,27	33,47	+0,12	+2,54	39,34	29,35	81960	0,50	27.05.21	1,5	0,50	2,27	2,39	14,74	14,00	6,5	42
Vantage Towers [3]	29,18	28,78	29,10	+1,04	0	31,58	23,97	51672	0,56	28.07.21	1,9	k.A.	0,00	0,79	0,00	36,84	14,7	19
Varta [3]	117,80	115,00	115,65	+1,31	-3,95	181,30	99,20	80161	2,48	17.06.21	2,1	0,60	3,28	4,30	35,26	26,90	4,7	44
Wacker Chemie	158,90	150,90	157,90	+5,48	+90,01	159,45	79,00	96997	2,00	12.05.21	1,3	4,37	15,23	10,09	10,37	15,65	8,2	34
zooplus	490,00	484,60	486,40	+0,04	+214,62	490,00	132,60	22988	k.A.	16.12.21	k.A.	0,00	2,93	4,11	166	118	3,5	64

TecDax

3732,59 | -0,03 % | 52-Wochen-Hoch 3990,76 | 52-Wochen-Tief 2799,97

Aktuelle Kursinformationen finden Sie unter http://finanzen.handelsblatt.com

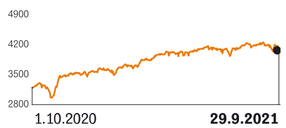
Hinweis zum Kurstell: Telefon: 0800 0002053 oder Mail hb.aboservice@vhb.de. **Aktien:** Börsenplatz Das 40 und MDax ist Xetra; Euro Stoxx Heimatbörse; Kurse und Dividenden von an deutschen Börsen gehandelten Werten verstehen sich in Euro pro Stück sofern es keine anderen Angaben gibt. Dividenden von ausländischen Börsen sind in Landeswährung. Kurse: bereinigt um Kapitalmaßnahmen; Höchst-/Tiefstkurse können gerundet sein, beziehen sich auf den jeweiligen Börsenplatz und basieren auf allen „bezahlt"-Notierungen. Von einigen Märkten können nicht immer die Schlusskurse des Tages veröffentlicht werden, Uhrzeitangaben der Kursabrufe beachten. Die **Dividendenangaben** beziehen sich auf die zuletzt gezahlten Dividenden - inklusive Zahlungen aus Kapitalrücklagen - im üblichen Auszahlungsrhythmus; sie werden automatisch abgelöst durch den neuen Dividendenvorschlag, wenn dieser für die bevorstehende Hauptversammlung offiziell bekannt gegeben wird. **Netto-Dividendenrendite** in % auf Basis der zuletzt gezahlten oder vorgeschlagenen Dividende als Summe des letzten Geschäftsjahres. Die ausgewiesenen **Gewinnschätzungen** beruhen auf Ibes-Daten. **Börsenkapitalisierung:** Zahl der Aktien multipliziert mit dem Kurs der Aktiengattung im Index in Landeswährung; **Ergebnisse je Aktie** vor Goodwillabschreibung in Euro bzw. Landeswährung; **KGV:** Kurs-Gewinn-Verhältnis auf Basis der Gewinnschätzungen. **k.A.** = keine Angaben.
Alle Angaben ohne Gewähr - keine Anlageberatung oder -empfehlung.

Infront

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

EuroStoxx50

4091,23 | +0,80 % | 52-Wochen-Hoch 4252,78 | 52-Wochen-Tief 2920,87



Dividendenrendite	
AXA	6,0 %
Enel	5,3 %
BBVA	4,5 %
Sanofi S.A.	3,8 %
ING Groep	3,8 %
ENI	3,8 %
Kone Corp.	3,7 %

KGV	
Flutter Entertain.	0,5
Stellantis	5,0
TotalEnergies	7,8
Banco Santander	7,9
AXA	8,5
BNP Paribas	8,6
BBVA	10,4

(ohne deutsche Indextitel)

29.9.2021 / 17:07 h	Verlauf	± % Vortag	± % 1 Jahr	52 Wochen Hoch	Tief	Umsatz Stück	Letzte Div.	Div. Rend.	Ergebnis 2021	Ergebnis 2022	KGV 2021	KGV 2022	Marktk.Streub. in Mrd	Marktk.Streub. in %
AB Inbev	49,87	-0,93	+7,71	65,86	43,87	1000974	0,50	1,0	3,00	16,62	14,29	84,4	53
Adyen	2 500,50	0	+56,04	2 808,00	1 430,00	44570	k.A.	k.A.	14,97	167	119	76,2	87
Ahold Delhaize	29,05	+1,7	+13,79	29,12	21,50	1 627 109	0,43	3,1	2,03	14,31	14,10	32,0	94
Air Liquide	140,00	-0,14	+1,82	153,26	123,60	370 205	2,75	2,0	5,55	25,23	23,33	66,3	100
ASML Hold.	655,70	-1,43	+106,03	764,40	304,50	1 082 942	1,55	0,4	13,53	48,46	39,88	271,0	79
AXA	23,99	+1,67	+52,3	24,45	13,34	2 922 697

IN DEUTSCHLAND ZUGELASSENE QUALITÄTSFONDS

Name | Whrg. | ISIN | Ausg. | Rückn. | Perf. 3J. in %

Mittwoch, den 29.9.2021

INVESTMENTFONDS[1)]

abrdn
www.abrdn.com

Asia Pacific Equ T	US	LU0011963245		110,21	+ 41,07
China A Sh Eq A Acc	US	LU1146622755		22,12	+ 65,34
Em Mkts Corp Bd A	US	LU0566480116		16,09	+ 19,01
Em Mkts Eq A Acc	US	LU0132412106		90,26	+ 39,56
Europ Sm Comp A Acc*	EU	LU0306632414	46,23	46,23	+ 56,20
European Eq A Acc	EU	LU0094541447		76,51	+ 38,27
Front Mkts Bd A Dis	US	LU0963865083		9,84	+ 24,98
Multi Asset Grth T	EU	LU1402171232		12,42	+ 9,60

ADEPT INVESTMENT MANAGEMENT PLC

Ad Inv.M.plc SF 15*	EU	IE00BP41KY74		10,56	+ 5,84

ALTE LEIPZIGER

6uro Short Term	EU	DE0008471699	43,52	43,09	+ 0,86
Aktien Deutschland	EU	DE0008471608	138,89	132,28	+ 14,87
AL Trust 6uro Relax	EU	DE0008471798	57,37	55,70	+ 9,68
AL Trust Stab.	EU	DE000A0H0PF4	71,17	69,10	+ 15,59
AL Trust Wachst IT	EU	DE000A2PWPE6	67,78	67,78	
AL Trust Wachstum	EU	DE000A0H0PG2	91,08	87,58	+ 22,91
Trust 6uRon IT	EU	DE000A2PWPA4	51,34	51,34	
Trust 6uro Renten	EU	DE0008471616	48,08	46,68	+ 6,99
Trust Akt Europa	EU	DE0008471764	58,70	55,90	+ 16,13
Trust Chance	EU	DE000A0H0PH0	102,76	97,87	+ 29,27
Trust Chance IT	EU	DE000A2PWPC0	76,65	76,65	
Trust Gib Inv IT	EU	DE000A2PWPB2	82,47	82,47	
Trust GlbI Invest	EU	DE0008471715	132,34	126,04	+ 42,42
Trust Stab IT	EU	DE000A2PWPD8	59,99	59,99	

Allianz Global Investors
www.allianzglobalinvestors.de

Adifonds A*	EU	DE0008471038	161,04	153,37	+ 24,42
Biotechnologie A*	EU	DE0008481862	246,98	235,22	+ 43,74
Concentra A*	EU	DE0008475005	155,56	148,15	+ 26,55
Europazins A*	EU	DE0008476037	57,18	55,51	+ 9,77
Flexi Rentenf. A*	EU	DE0008471921	99,54	96,17	+ 9,37
Fondak A*	EU	DE0008471012	231,35	220,33	+ 23,62
Global Eq.Divid A*	EU	DE0008471467	142,92	136,11	+ 27,89
Industria A*	EU	DE0008475021	146,58	139,60	+ 41,05
Interglobal A*	EU	DE0008475070	502,66	478,72	+ 50,06
Kapital Plus A*	EU	DE0008476250	75,18	72,99	+ 17,80
Mobil-Fonds A*	EU	DE0008471913	50,04	49,06	+ 1,97
Nebw. Deutschl.A*	EU	DE0008481763	413,76	394,06	+ 25,77
Rentenfonds A*	EU	DE0008471400	89,91	87,72	+ 7,62
Rohstofffonds A*	EU	DE0008475096	79,19	75,42	+ 23,95
Strategief.Stab.A2*	EU	DE0009797621	56,74	55,09	+ 4,36
Thesaurus A*	EU	DE0008475013	1243,61	1184,39	+ 24,08
Verm. Deutschl. A*	EU	DE0008475062	219,80	209,33	+ 18,85
Wachstum Eurol A*	EU	DE0009789842	177,37	168,92	+ 43,39
Wachstum Europa A*	EU	DE0008481821	194,61	185,34	+ 53,19

ALLIANZ GLOBAL INVESTORS GMBH, LUX. BRANCH

Best Sty Eur Eq AT	EU	LU1019963369	165,05	157,19	+ 16,66
Best Sty US Eq AT	EU	LU0933106037	316,29	301,23	+ 45,21
Dyn Mu Ass Str15 A	EU	LU1089088071	119,75	116,26	+ 10,71
Dyn Mu Ass Str50 A	EU	LU1119989923	161,34	155,13	+ 20,63
Dyn Mu Ass Str75 I	EU	LU1089088402	1849,69	1849,69	+ 37,56
Enh SHTerm Euro AT	EU	LU2292294277	106,95	106,95	– 1,01
Euro Bond A	EU	LU0165915215	12,69	12,32	+ 8,57
Europe SmCap Eq A	EU	LU0923315023	291,89	277,99	+ 25,85
European Eq Div AT	EU	LU0414045822	287,26	273,58	– 1,81
FI Rate NoPt-VZI A	US	LU1100107371	96,65	96,65	– 0,82
Gib Agricult Tr. A*	EU	LU0342688196	164,47	156,64	+ 3,24
Gib Arttintellig AT	EU	LU1548497772	299,32	285,07	+ 126,46
Gib Mu-Ass Cre-AH2	EU	LU1480268660	96,43	93,62	+ 2,47
Gib SmCap Eq AT	US	LU0963586101	20,02	19,07	+ 35,26
Income & Gro A USD*	US	LU0964807845	14,49	13,93	+ 41,11
Income Gr A-H2-EUR*	EU	LU0766462104	141,59	136,14	+ 32,32

ampega
Talanx Investment Group
www.ampega.de

Amp Global Renten	EU	DE0008481086	17,73	17,09	+ 8,15
Amp Rendite Renten	EU	DE0008481052	22,34	21,69	+ 5,75
Amp Reserve Renten	EU	DE0008481144	50,62	50,12	+ 0,48
terraAs Akt I AMI	EU	DE0009847343	44,91	42,98	+ 46,12
Zan.Eu.Cor.B.AMI I*	EU	DE000A0Q8HQ0	125,32	125,32	+ 10,23
Zan.Gl.Cred AMI Ia*	EU	DE000A1J3AJ9	110,81	110,81	+ 17,59
Zantke Eu.HY AMI Ia*	EU	DE000A0YAX49	124,86	124,86	+ 7,80

AXXION

Akrobat-Europa A	EU	LU0138526776	381,64	363,47	+ 39,55
Akrobat-Europa B	EU	LU1221107615	182,14	173,47	+ 29,24
Ganador Cor.Alph.A*	EU	LU0294838924	93,93	93,00	– 5,53

BNP PARIBAS ASSET MANAGEMENT
BNP Paribas Funds

Aqua*	EU	LU1165135440		198,78	+ 61,70
Eq Euro Inc Dvf C*	EU	LU1049885806		78,67	– 30,38
Euro Eq.*	EU	LU0822401574		647,63	+ 26,21
Europe SCap*	EU	LU0212178916		280,96	+ 23,67
FlexiUSMortClassic*	US	LU1108341065		1786,04	+ 6,14
Gl Environment*	EU	LU0347711466		297,00	+ 53,36
Russia Eq.*	EU	LU0822431120		184,64	+ 43,49
SMaRT Food*	EU	LU1165137149		137,20	+ 31,79
Strat.Stab.SRI Eur*	EU	LU0087047089	438,95	438,95	+ 5,18
US SCap*	US	LU0822410997		358,00	+ 42,64
BNP Paribas Real Estate					
BNP Pa MarStone P	EU	DE000A2DP6Y8	27,10	25,81	
INTER ImmoProfil	EU	DE0009820068	61,58	58,65	+ 11,93

BNY MELLON
INVESTMENT MANAGEMENT

PB Balanced	EU	DE0008006263	60,22	57,35	+ 4,09
PB Europa*	EU	DE0009770289	55,79	53,13	+ 17,47
PB Eurorent	EU	DE0008006255	57,50	55,83	+ 4,17
PB Megatrend	EU	DE0005317374	197,69	188,28	+ 61,74
PB Triselect	EU	DE0009770370	51,28	48,84	+ 8,87

COMMERZ REAL

hausInvest	EU	DE0009807016	44,95	42,81	+ 6,41

DAVIS FUNDS SICAV

Global A*	US	LU0067889476	51,58	48,61	+ 23,64
Value Fund A*	US	LU0067888072	77,63	73,17	+ 34,43

Deka Investments
Telefon +49 69 7147-652 www.deka.de

Aktiefds RheinEdit I*	EU	DE000DK27JN4	130,70	127,51	+ 24,10
Aktiefds RheinEdit oA*	EU	DE0009771907	51,85	51,85	+ 21,17
Aktiefds RheinEdit P*	EU	DE0008480674	65,26	62,00	+ 22,98
ArtDeka CF*	EU	DE0008474511	84,64	80,41	+ 22,14
BasisStrat Flex CF*	EU	DE000DK2EAR4	125,32	120,79	+ 18,17
BasisStrat Ra.TF A*	EU	LU1846354662	96,50	96,50	+ 0,74
Bond.Ca.Chance*	EU	LU0096429435	67,65	65,68	+ 19,67
BerolinaRent Deka*	EU	DE0008480799	42,09	40,62	+ 6,21
BW Zielfonds 2025*	EU	DE000DK0EC98	46,52	45,61	+ 7,14
BW Zielfonds 2030*	EU	DE000DK0EQ6	57,75	56,62	+ 18,02
Deka-Deut.Bal. CF*	EU	DE0000K2CFB1	115,83	112,46	+ 5,37
Deka-Deut.Bal. TF*	EU	DE0000K2CFC9	110,64	110,64	+ 4,25
Deka-Eurol.Bal. CF*	EU	DE0005896872	60,51	58,75	+ 5,72
Deka-Eurol.Bal. TF*	EU	DE0000K1CHH6	116,71	116,71	+ 4,62
Deka-Europa Akt Str*	EU	DE0008479247	85,26	81,20	+ 30,62
DekaFonds CF*	EU	DE0008474503	131,99	125,39	+ 15,70
DekaFonds TF*	EU	DE000K2D7T7	307,71	307,71	+ 13,22
Deka-Global Bal.CF*	EU	DE000DK2J8N2	110,82	107,59	+ 9,90
Deka-Global Bal TF*	EU	DE000DK2J8P7	105,84	105,84	+ 8,76
Deka-MegaTrends CF*	EU	DE0005152706	128,90	124,24	+ 59,40
Deka-Na.Div Str CF*	EU	DE000DK0V521	127,38	122,78	
Deka-Nach Div RAcE*	EU	DE000DKEF98	110,90	106,89	+ 17,50
Deka-Nachh ManSel*	EU	DE000DK1CJS9	122,52	118,09	+ 13,91
Deka-NachStrInv CF*	EU	DE000DK2EAD4	141,11	136,01	+ 13,25
Deka-NachStrInv TF*	EU	DE000DK2EAE2	132,21	132,21	+ 10,84
Deka-Sachwer. CF*	EU	DE000DK0EC83	108,85	105,68	+ 9,52
Deka-Sachwer. TF*	EU	DE000DK0EC91	103,46	103,46	+ 8,39
DekaSeKonservativ*	EU	DE000DK1JR21	92,90	91,98	– 0,85
DekaSpezial CF*	EU	DE0008474669	525,39	506,40	+ 37,95
DekaTresor*	EU	DE0008474750	89,92	87,73	+ 4,18
Div.Strateg.CF A*	EU	DE000DK2CD50	183,60	176,96	+ 21,71
DivStrategieEur CF*	EU	DE000DK2J6T3	104,12	100,36	+ 20,25
Euro Potential CF*	EU	DE0009786277	216,62	208,79	+ 49,41
EuropaBond CF*	EU	DE000DK09160	122,81	119,23	+ 11,35
EuropaBond TF*	EU	DE0009771980	43,63	43,63	+ 10,39
Frankf.Sparinvest*	EU	DE0008479981	54,76	54,22	+ 7,64
Frankf.Sparinvest*	EU	DE0008480732	170,61	162,49	+ 16,93
GlobalChampions CF*	EU	DE000DK0ECU8	287,03	276,66	+ 52,58
GlobalChampions TF*	EU	DE000DK0ECV6	252,27	252,27	+ 49,33
Mainfr. Strategiekonz.*	EU	DE000DK2CE40	183,69	183,69	+ 12,16
Mainfr. Wertkonz. ausg.*	EU	DE000DK1CHU0	100,95	100,95	+ 1,24
Multi Asset In.CFA*	EU	DE000DK2J662	95,59	92,81	+ 10,12
Multirent-Invest*	EU	DE0008479213	34,19	33,19	+ 3,44
Multizins-INVEST*	EU	DE0009786061	29,31	28,46	+ 4,34
Nachh Dynamisch CF*	EU	DE000DK0V6U7	107,09	101,99	
Nachh Mlt. Asset CF*	EU	DE000DK0V5F0	111,37	108,13	
Nachh Mlt. Asset TF*	EU	DE000DK0V5G8	107,40	107,40	
Nachhltig Gl Champ CF*	EU	DE000DK0V554	128,17	123,54	
Naspa-Ak.Gb NachCF*	EU	DE0009771956	82,71	80,11	+ 22,23
Naspa-Ak.Gb NachTF*	EU	DE000DK0ULNH7	118,14	118,14	
Naspa-Fonds*	EU	DE0008480807	43,42	42,36	+ 10,70
RenditDeka*	EU	DE0008474537	26,29	25,52	+ 11,62
RenditDeka TF*	EU	DE000DK2D640	33,01	33,01	+ 11,12
RentenStratGl TF*	EU	DE000DK2J6Q9	93,88	93,88	+ 7,54
RentenStratGlob CF*	EU	DE000DK2J6P1	97,17	94,34	+ 8,77
RentenStratGlob PB*	EU	DE000DK2J6R7	96,22	94,33	+ 8,92
RheinEdition Glob.*	EU	DE0009786129	39,55	39,55	+ 7,45
Rentfds RheinEdit*	EU	DE0008480666	31,51	30,41	+ 8,03
Rentfds RheinEdit oA*	EU	DE0009771915	31,31	31,31	+ 7,34
Technologie CF*	EU	DE0005152623	72,45	69,83	+ 84,67
Technologie TF*	EU	DE0005152631	56,11	56,11	+ 79,49
UmweltInvest CF*	EU	DE000DK0ECS2	241,33	232,61	+ 81,33
UmweltInvest TF*	EU	DE000DK0ECT0	209,69	209,69	+ 77,45
Weltzins-Invest P*	EU	DE000A1CXYM9	22,70	22,04	+ 10,22

DEKA INTERN.(LUX)(DEKA-GRUPPE)

1022 Str.Cha.PL*	EU	LU0151488458	150,39	144,61	+ 26,25
1022 Str.Chance*	EU	LU0151488029	97,13	93,85	+ 18,41
1022 Str.Ert.PL*	EU	LU0151486320	47,77	46,60	– 1,66
1022 Str.Wachstum*	EU	LU0151487302	53,15	51,60	– 3,61
1022-Strak. Ertrag*	EU	LU0224663640	42,43	41,60	– 4,21
BasisStr.Renten CF*	EU	LU0107368036	104,29	103,26	+ 1,19
Berol.Ca.Premium*	EU	LU0096429609	89,68	86,65	+ 32,50
Berol.Ca.Sicherh.*	EU	LU0096428973	44,47	43,39	+ 2,33
Berol.Ca.Wachst.*	EU	LU0096429351	41,81	40,69	– 1,39
DekaEuAktSpecAV*	EU	LU1508335152	139,73	139,73	+ 24,45
DekaEuAktSpecCF(A)*	EU	LU0835598458	204,30	196,92	+ 24,13
Deka-EuropaVal.TF*	EU	LU0100186849	55,70	55,70	+ 19,10
Deka-FlexZins CF*	EU	LU0249486092	969,34	964,52	+ 0,75
Deka-FlexZins TF*	EU	LU0268059614	966,26	966,26	+ 0,66
DekaGlobAktIRCF(A)*	EU	LU0851806900	218,11	210,23	+ 23,15
Deka-Indust 4.0 CF*	EU	LU1508359509	217,66	209,79	+ 56,16
Deka-Indust 4.0 TF*	EU	LU1508360002	202,89	202,89	+ 52,83
Deka-Mul Asset Ert*	EU	LU1508354294	98,57	97,59	+ 0,04
Deka-Nach.E.St CF A*	EU	LU2206794112	100,81	100,81	
Deka-NachMkt CF*	EU	LU0703710904	261,78	252,32	+ 44,75
Deka-NachRent CF A*	EU	LU0703711035	137,93	134,57	+ 11,00
HMI Chance*	EU	LU0194947726	76,71	74,48	+ 25,15
HMI Chance+*	EU	LU0213544652	77,84	75,21	+ 30,74
HMI Ertrag+*	EU	LU0194942768	37,96	37,22	– 3,15
HMI Wachstum*	EU	LU0194946595	43,81	42,74	– 4,61
Kiln Str.Chance*	EU	LU0101437480	70,21	68,83	+ 18,14
Kiln Str.Ertrag*	EU	LU0101436672	45,65	44,75	+ 0,32
Kiln Str.Wachstum*	EU	LU0101437217	43,89	43,03	– 1,61
KilnStr.Chance+*	EU	LU0117172097	64,15	62,89	+ 28,23
UnterStrat Eu CF*	EU	LU1876154029	208,28	200,75	
Wandelanleihen CF*	EU	LU0158528447	86,13	83,62	+ 15,98

DEKA IMMOBILIEN INVESTMENT

Deka Immob Europa*	EU	DE0009809566	49,80	47,31	+ 9,22
Deka Immob Global*	EU	DE0007483612	57,69	54,81	+ 5,10
Deka-Immo Nordam*	US	DE000DK0LLA6	56,66	54,61	+ 6,51
Deka-ImmoWeltropa*	EU	DE000DK0TWX8	53,92	51,23	
WestInv. InterSel.*	EU	DE0009801423	49,74	47,25	+ 7,85

DEKA-VERMÖGENSMANAGEMENT GMBH

DBA ausgewogen*	EU	DE000DK2CFR7	126,46	121,60	+ 2,49
DBA Defensiv*	EU	DE000DK2CFS5	95,80	95,80	– 1,61
DBA dynamisch*	EU	DE000A2DJVV1	113,44	109,08	
DBA Dynamisch A30*	EU	DE000A2DJVT5	102,49	100,48	
DBA Dynamisch A50*	EU	DE000A2DJVU3	103,61	100,59	
DBA konservativ*	EU	DE000DK2CFP1	106,68	104,59	+ 0,81
DBA moderat*	EU	DE000DK2CFQ9	116,77	113,37	+ 4,57
DBA offensiv*	EU	DE000DK2CFT3	235,44	224,23	+ 32,29
DBA Zbtr offensiv*	EU	DE000A2DJVW9	122,93	120,52	
DBA-BaAZSt cff 23*	EU	DE000A2N44K6	106,25	104,17	
Deka-MM ausgew CF*	EU	DE000DK2J8Q5	121,03	117,22	+ 12,57
Deka-MM defensiv CF*	EU	DE000DK2J8R3	120,47	116,96	+ 14,05
Deka-P6 Wert 4y*	EU	DE000DK0EC42	106,85	104,24	– 1,97
Deka-PrSel ausgew*	EU	DE000A2N44B5	115,04	111,69	
Deka-PrSel dynam*	EU	DE000A2N44D1	122,80	119,22	
Deka-PrSel moderat*	EU	DE000A2N44C3	106,50	104,37	
DekaStrukSChance*	EU	DE000DK1CJP5	194,93	191,11	+ 20,91
DekaStrukSChance+*	EU	DE000DK1CJQ3	321,52	315,22	+ 31,74
DekaStrukSErtrag*	EU	DE000DK1CJL4	98,01	96,09	– 2,59
DekaStrukSErtrag+*	EU	DE000DK1CJM2	102,42	100,41	– 0,40
DekaStrukSWachst.*	EU	DE000DK1CJN0	106,68	104,59	– 2,60
Hamb Stiftung D*	EU	DE000DK0LJ38	1024,68	1004,59	+ 7,09
Hamb Stiftung I*	EU	DE000A0YCK34	941,67	923,21	+ 7,20
Hamb Stiftung P*	EU	DE000A0YCK42	94,69	91,05	+ 6,15
Hamb Stiftung T*	EU	DE000A0YCK26	119,42	114,83	+ 6,15
Haspa TrendKonz P*	EU	LU0382196771	97,19	93,45	+ 1,58
Haspa TrendKonz V*	EU	LU1709333386	103,17	99,20	+ 2,80
LBBW Gal. CR 20*	EU	LU0097711666	48,02	47,08	+ 12,07
LBBW Gal. CR 40*	EU	LU0097712045	55,57	54,48	+ 16,60
LBBW Gal. CR 75*	EU	LU0097712474	71,15	69,75	+ 25,69
Naspa St.Cham.PL*	EU	LU2022181771	132,72	130,12	+ 27,37
Naspa St.Chance*	EU	LU1044457105	62,83	61,60	+ 18,35
Naspa Str.Ertrag*	EU	LU1044455588	48,22	47,27	+ 0,74
Naspa Str.Wachstum*	EU	LU1044456800	46,68	45,76	– 1,80
Priv BaPrem Chance*	EU	DE0005320022	161,29	152,16	+ 24,72
Priv BaPrem Ertrag*	EU	DE0005320030	52,80	50,77	+ 3,07

DWS
Offene Immobilienfonds

grundb. europa IC	EU	DE000A0NDW81	42,37	40,35	+ 8,16
grundb. europa RC	EU	DE0009807008	42,17	40,16	+ 6,53
grundb. Fok Deu RC	EU	DE0009807081	55,97	53,30	+ 8,15
grundb. Fokus D IC	EU	DE0009807099	56,27	53,59	+ 12,14
grundb. global IC	EU	DE000A0NCT95	55,09	52,47	+ 8,93
grundb. global RC	EU	DE0009807057	54,75	52,14	+ 7,48

ETHENEA
www.ethenea.com Telefon 00352-276921-10

Ethna-AKTIV A*	EU	LU0136412771	141,10	136,99	+ 9,28
Ethna-AKTIV T*	EU	LU0431139764	148,38	144,06	+ 9,31
Ethna-DEFENSIV A*	EU	LU0279509904	139,02	135,63	+ 10,01
Ethna-DEFENSIV T*	EU	LU0279509144	176,67	172,36	+ 10,00
Ethna-DYNAMISCH A*	EU	LU0455734433	97,73	93,08	+ 16,97
Ethna-DYNAMISCH T*	EU	LU0455735596	101,84	96,99	+ 16,97

FIRST PRIVATE INVEST. MANAG. KAG MBH

FP Aktien Global A*	EU	DE000A0KFRT0	132,55	126,24	+ 17,75
FP Europa Akt.ULM*	EU	DE0009795831	104,12	99,16	+ 17,80
FP Wealth B*	EU	DE000A0KFTH1	75,50	73,30	+ 2,02

Flossbach von Storch
www.flossbachvonstorch.de Tel. +49 221 33 88 290

MultiAsset-Balanced R*	EU	LU0323578145	178,47	169,97	+ 14,91
MultiAsset-DefensiveR*	EU	LU0323577923	143,46	139,28	+ 9,51
MultiAsset-Growth R*	EU	LU0323578491	208,03	198,12	+ 19,28
Multiple Opp II R*	EU	LU0995273482	172,55	164,33	+ 26,25

FRANKLIN TEMPLETON
www.franklintempleton.de info@franklintempleton.de
Telefon 0800 / 073 80 02

FRK Biot.Disc. A*	US	LU0109394073	43,39	41,11	+ 24,54
FRK E.SM C.Gr. A a*	EU	LU0138075311	41,36	39,19	– 2,79
FRK Eu.Corp.Bd A d*	EU	LU0496369892	11,70	11,35	+ 7,77
FRK Eu.Gov.Bd A d*	EU	LU0093669546	12,01	11,65	+ 10,00
FRK Eu.Hi.Yi. A d*	EU	LU0109395268	6,02	5,84	+ 8,19
FRK Gl.Fd.Stra.A d*	EU	LU0343523998	11,68	11,07	+ 8,12
FRK Gl.Ro.Est. A d*	EU	LU052922176	14,64	13,87	+ 16,99
FRK Income A d*	US	LU0998860793	11,84	11,22	+ 16,59
FRK India Fd. A d*	EU	LU0260862304	87,98	83,36	+ 61,45
FRK Japan A a*	EU	LU0231790675	8,70	8,24	+ 12,58
FRK Mut.Europ. A a*	EU	LU0229938955	22,39	21,21	+ 6,06
FRK Mut.Gl.Disc.Aa*	EU	LU0294219513	16,32	15,46	+ 11,02
FRK Nat.Res. A a*	EU	LU0300741732	5,20	4,93	– 20,32
FRK Strat.Inc. A a*	EU	LU0300742896	15,16	14,71	+ 11,85
FRK Technology A a*	EU	LU0260870158	41,02	38,87	+ 128,71
FRK US Opp A d*	EU	LU0260861751	28,98	27,46	+ 81,55
FRK World Per. A a*	EU	LU0390134954	40,36	38,24	+ 41,39
FRK World Per. A a*	US	LU0390134368	34,55	32,74	+ 42,00
TEM Asian Bond A d*	EU	LU0260863377	8,30	8,05	– 0,51
TEM Asian SmCp.A a*	EU	LU0390135415	75,28	71,33	+ 32,12
TEM BRIC A a*	US	LU0229945570	24,07	22,81	+ 30,46
TEM China A a*	US	LU0052750758	37,17	35,22	+ 20,07
TEM East.EuropeA a*	EU	LU0078277505	33,86	32,08	+ 51,54
TEM Em.Mkts A a*	US	LU0128522744	53,34	50,54	+ 28,39
TEM Em.Mkts Bd A d*	EU	LU0496364158	4,10	3,98	– 12,35
TEM Em.Mkts.SmC.Aa*	EU	LU0300743431	18,93	17,94	+ 28,30
TEM Europ Opport A*	EU	LU0122612848	15,55	14,73	– 8,04
TEM Front.Mkts.A a*	US	LU0390136736	22,08	20,92	+ 16,98
TEM Gl.Bd. A d*	EU	LU0300745303	12,19	11,82	– 5,43
TEM Gl.Hi.Yi A d*	EU	LU0300744165	6,00	5,82	+ 7,94
TEM Gl.Tot.Ret A d*	EU	LU0300745725	9,04	8,77	– 8,05
TEM Gl.Tot.Ret.AVd*	US	LU0517465034	5,73	5,56	– 13,17
TEM Gr.(Eur) Aa*	EU	LU0114760746	19,82	18,78	+ 5,77
TEM Gr.(Eur) Ad*	EU	LU0188152069	19,57	18,54	+ 5,79
TEM Lat.Amer. A d*	EU	LU0260865158	42,07	39,86	– 2,25

GUTMANN KAPITALANLAGE

PRIME Val Growth T	EU	AT0000803689	156,59	149,13	+ 11,96
Prime Values Inc T	EU	AT0000973029	142,99	138,82	+ 6,00

HANSAINVEST

antea - R	EU	DE000ANTE1A3	114,40	108,95	+ 21,68

HAUCK & AUFHÄUSER FUND SERVICES
www.hauck-aufhaeuser.com

ERBA Invest OP	EU	LU0327349527	30,72	29,26	+ 7,41
Hgh & Dynamik Plus B	EU	LU0909344473	122,30	116,48	+ 24,98
Hgh & Glb Bond Opp B	EU	LU0328784664	120,39	118,03	+ 8,92
Hgh & Rend. Pl. CI	EU	LU0456037844	120,70	116,62	+ 7,34
Hgh & SmCap.Eq EMU B	EU	LU0100177426	179,55	171,00	+ 44,23
MB Fd Max Value	EU	LU0121803570	164,55	156,71	– 0,49
MB Fund Flex Plus	EU	LU2303629240	63,80	63,17	+ 5,85
MB Fund Max Global	EU	LU2303628945	111,41	106,10	+ 29,28
MB Fund Max PI	EU	DE000A2N6BL3	39,79	39,79	
MB Fund 5 Plus	EU	LU0354946856	93,80	89,33	– 29,14

HELLERICH
Telefon: +49 89 287238-0
www.hellerich.de, info@hellerich.de

Global-Flexibel A*	EU	LU0365982395	824,08	784,84	+ 9,79
Sachwertaktien A*	EU	LU0459025101	198,84	189,37	– 3,42

hwb
www.hwb-fonds.com | info@hwb-fonds.com
Tel +49 651 1704 301 | +352 48 30 48 30

HWB Alex.Str.Prf R*	EU	LU3322055855	89,05	84,81	+ 19,89
HWB Alex.Str.Prf V*	EU	LU3322055426	89,08	84,84	+ 19,88
HWB DR6sV.V.Vici R*	EU	LU3322916437	67,10	65,15	+ 24,62
HWB DR6sV.V.Vici V*	EU	LU3322915462	67,09	65,14	+ 24,60
HWB Europe Pf.*	EU	LU0119626884	5,18	4,93	+ 15,81
HWB Glb.Conv.Plus*	EU	LU0219189544	100,27	97,35	+ 6,38
HWB Inter.Pf.*	EU	LU0119626454	5,31	5,06	+ 20,24
HWB Pf. Plus R*	EU	LU0277940762	114,86	109,39	+ 35,37
HWB Pf. Plus V*	EU	LU0173899633	114,84	109,37	+ 35,39
HWB Vict.Str.Pf. R*	EU	LU0277941570	1475,84	1405,56	+ 27,62
HWB Vict.Str.Pf. V*	EU	LU0141062942	1476,48	1406,17	+ 27,62
HWB Wélelan + R*	EU	LU0277940929	53,91	52,34	+ 6,28
HWB Wélelan + V*	EU	LU0254656522	54,39	52,81	+ 7,19

IFM INDEPENDENT FD. MANAGAMENT AG

ACATIS FV Akt.Gl.*	EU	LU0017502381	312,03	297,17	+ 38,24

INKA INTERN. KAPITALANLAGEGESELLSCHAFT

HiYld Spez INKA*	EU	DE000A0F4ZC4	10999	10475	+ 12,86
StSk. Dü. Abs. Ret.*	EU	DE000A0D8QM5	115,20	109,71	– 2,02
VM Vermögenver.*	EU	DE000A2P3F75	54,63	54,63	

IPConcept
Die Fonds-Designer
www.ipconcept.com

ME Fonds PERGAMON*	EU	LU0179077945	950,22	904,97	+ 28,28
ME Fonds Special V	EU	LU1505613833	3523,75	3355,95	+ 26,63
Stuttg. Aktienfd.	EU	LU0383026803	131,39	125,13	+ 37,29
Stuttg. Divid.fd.	EU	LU0506868503	101,81	96,96	+ 25,46
Stuttg. Energiefd.	EU	LU0434032149	38,71	36,87	– 0,16

KANAM GRUND KAPITALANLAGEGES.MBH

Leading Cities	EU	DE0006791825	111,43	105,62	+ 9,18

LILUX

LiLux Comfort*	EU	LU0069514817	263,65	255,97	+ 20,85
LiLux-Rent*	EU	LU0083353978	242,80	235,73	+ 16,38

LLB INVEST KAPITALANLAGEGES.MBH

Constantia ZZ1	EU	AT0000989090

Handelsblatt-Debatte unter Leserinnen und Lesern

Nach der Bundestagswahl: Welche Koalition sollte Deutschland anführen?

Olaf Scholz hat das Kanzleramt sicher und das ist auch gut so – meinen die einen. Der SPD-Kandidat freut sich zu früh, Armin Laschet schafft das noch – spekulieren andere.

Während die geschrumpften Volksparteien weiter ihre Wahlprogramme in Kameras und Mikros referieren, haben die Dritt- und Viertplatzierten der Bundestagswahl längst ihre Verhandlungen gestartet – und die Republik soll sich auf Instagram davon überzeugen, wie die Rivalen aus dem Wahlkampf plötzlich in Harmonie zusammentreffen.

Die Frage, welche Partei den Kanzler stellt, könnte Deutschland derweil noch etwas beschäftigen. Die potenziellen Königsmacher FDP und Grüne werden sich genau anschauen, wo sie ihre Programme am besten durchbekommen.

Wird sich Christian Lindner zu einer Ampelkoalition unter Olaf Scholz breitschlagen lassen? Oder gehen Annalena Baerbock und Robert Habeck eine Jamaika-Koalition unter Armin Laschet ein? Klar ist: Es wird Zugeständnisse geben müssen.

Das Thema beschäftigt auch die Handelsblatt-Leserschaft. In Hunderten Briefen, E-Mails, Kommentaren und Messages berichteten unsere Leserinnen und Leser darüber, welche Koalition Deutschland führen sollte. Eine Auswahl von besonders einprägsamen Zuschriften haben wir hier in unserem Handelsblatt-Forum für Sie gesammelt.

Wenn auch Sie sich im Forum zu Wort melden möchten, dann schreiben Sie uns einen Kommentar zu dem Wirtschaftsthema, das Sie diese Woche am meisten beschäftigt. Per E-Mail an forum@handelsblatt.com oder auf Instagram unter @handelsblatt.

Die Aushöhlung der CDU

„Dass Laschet, der sich vorbei an jeder internen demokratischen Abstimmung an die Spitze der CDU hochklüngelte, noch nicht zurückgetreten ist, zeigt die totale Aushöhlung dieser ehemaligen Volkspartei durch Merkels prinzipienfreie Politik.

Eine Jamaika-Koalition mit dieser leeren Hülle würde eine Zeit der Stasis einleiten. Eine Laschet-CDU, geführt von Apparatschiks will nur Macht um ihretwillen. So wirtschaftlich ungenießbar die Ideen manch anderer Parteien auch sein mögen, so wollen sie jedoch wirklich etwas verändern und nicht nur Sessel wärmen.

Als ehemaliger CDU-Wähler kann man in diesem Jahr nur eine Scholz-geführte Ampelkoalition befürworten, da diese vielleicht noch in der Lage ist, etwas zu verändern. Vielleicht kommt eine echte Volkspartei ja dann erneuert wieder.“

Markus Reichardt

Die Ampel ist der Untergang der FDP

„Die Grünen ‚können‘ mit Rot oder Schwarz. Die FDP ‚kann‘ programmatisch nur mit Schwarz. Die Grünen und die FDP ‚können‘ überhaupt nicht miteinander. Wenn zusammengezwungen wird, was nicht zusammenpasst, dann hat jene Zusammensetzung die meiste Aussicht auf Gelingen, in der es das meiste ‚Miteinanderkönnen‘ gibt. Das ist Jamaika (schwarz-grün-gelb).

In einer Ampel (rot-grün-gelb) ist der Untergang der FDP vorprogrammiert. Sie ‚kann‘ mit beiden anderen nicht. Lindner sollte nur bei Jamaika mittun. Eine Einigung zwischen Schwarz und Gelb würde die Grünen in die gleiche Situation versetzen, in der die FDP 2018 war. Mittun oder der verfemte Verhinderer werden.

Ernst Köllerer

dpa

Bundestag: Wer wird der neue Herr im Haus?

Laschet muss Verantwortung übernehmen

„Die Union und ihr Spitzenkandidat sind abgewählt, Laschet hat es nur noch nicht realisiert. Dieser Realitätsverlust wird sich in den nächsten Tagen auflösen und die Frage ins Zentrum rücken: Wer muss eigentlich die Verantwortung für das desaströse Ergebnis übernehmen? Das ist Armin Laschet! Die Granden der Union werden es ihm sagen müssen. Es bleibt auf dieser Grundlage nur eine Ampelkoalition.

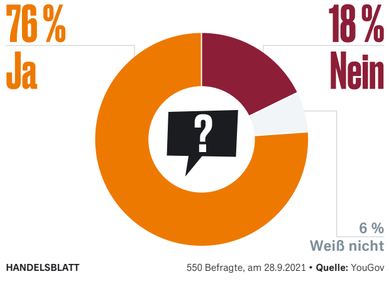
Viel wichtiger ist die Frage: Wer stellt die Union jetzt neu auf, wer leitet den Generationenwechsel ein? Der ist dringend notwendig, wenn sich die Union in den nächsten Jahren nicht selbst abschaffen will. Denn die Jungen wählen FDP und Grüne, und die über 60-Jährigen beginnen sich mit „Grausen“ abzuwenden.“

Rainer Peters

> Wenn Jamaika-Farben zusammengenäht werden sollen, fehlt mir das Vertrauen in die Farbe Schwarz.
>
> **Dietmar Theis**

Sollte es Armin sein lassen?

Umfrage: **Sollte Armin Laschet seine Ansprüche auf das Kanzleramt Ihrer Meinung nach fallen lassen?**



HANDELSBLATT 550 Befragte, am 28.9.2021 • **Quelle:** YouGov

Das Versagen des Staates

„Es ist völlig egal, welche Koalition, sogar welche bekannten Politiker Deutschland in den kommenden Jahren vorantreiben wollen; zum Nutzen der Bevölkerung wird es nicht sein.

Das Desaster von Afghanistan ist das beste Beispiel. Millionen Euro an Steuergeld wurden vergeudet, 53 Menschen sind getötet worden, Hunderte Menschen haben psychische Erkrankungen, aber KEIN Wort dazu , keine Thematisierung. Die Flutkatastrophe an der Ahr und anderen Orten war ein Desaster des Katastrophenschutzes und ist für mich ein Versagen des Staates, davon war konkret im Wahlkampf nicht die Rede. Die EU nach 16 Jahren Merkel kann nicht mal einen Streit mit Polen zum Kohleabbau schlichten.

Fehlender politischer Streit und fehlende Polemik behindern erforderliche Veränderungen. Dazu sind SPD, CDU, CSU, Grüne und FDP nicht fähig.“

Dirk Schmiade

Der Auftrag der Jüngeren

„Der Ausgang der Wahl entsprach weitgehend den Prognosen, war also nicht überraschend. Ich gehöre der Generation 60+ an, die eine Ampel bevorzugt. Fast eine Million Neuwähler haben FDP und Grüne gewählt. Beide Parteien haben somit den Auftrag der Jüngeren, maßgeblich die zukünftige Politik mitzugestalten.

Aber Lindner sollte der Versuchung widerstehen, liberale Maximalforderungen bei einer geschwächten CDU durchzusetzen. Um das mit seiner Rhetorik zu formulieren: Schließlich haben fast 90 Prozent nicht die FDP gewählt.“

Rainer Hänsel

Gesundes Klima und starke Wirtschaft

„Die Bürger spüren die steigenden Energiekosten und hohen Steuern. Die Verschuldung des Staates hat ihre Grenzen erreicht. Die Visionen der Grünen brauchen viel Geld. Dies setzt eine gesunde Wirtschaft voraus. FDP und Union könnten hierfür den Rahmen absichern. Gesundes Klima und eine starke Wirtschaft, das wird funktionieren.“

Otto G. Niederhofer

Dem Bürger wieder etwas zumuten

„Jamaika-Koalition. Weil ich möchte, dass Politik dem Bürger wieder etwas zumutet. Wenn die Bürger nur noch Urlaub und Party machen wollen und der Rechtsstaat nur noch anerkannt wird, wenn er den individuellen Freiheitsbedürfnissen und den hippen Themenbewegungen nicht im Wege steht, dann stimmt etwas nicht mehr im Land.

Renten-, Kranken-, Pflegeversicherungen – alles nicht mehr finanzierbar, aber die Politik hat Angst, es dem Bürger zu sagen. Mit einem starken Sozialstaat, wie die SPD es will, ist das nicht zu stemmen.“

Hartmut Hoffmann

CDU ist vollkommen unglaubwürdig geworden

„Ich bevorzuge die Ampelkoalition mit Olaf Scholz als Kanzler.

Die CDU ist in den viel zu langen Regierungsjahren vollkommen unglaubwürdig geworden. Es scheint so, als hätten seit Jahren zunehmend Lobbyisten das Sagen gehabt, die ja sogar häufig die Gesetzestexte schreiben und jegliches Bemühen um mehr Transparenz blockieren. Das ist einfach unerträglich. Beste Beispiele: Der Wirtschaftsrat der CDU und die Werteunion.

Wie ist in einem demokratischen Staat eine Unterwanderung in dieser Größenordnung möglich? Es ist für keine Partei gut, so lange ununterbrochen zu regieren.“

Jutta von Wedel

Das Leben ist kein Wunschkonzert

„Wünschen würde ich mir ein Jamaika-Bündnis, aber das Leben ist kein Wunschkonzert.

Realistisch muss die Ampelkonstellation an die Regierung kommen, alles andere wäre eine sträfliche Missachtung des Wählerwillens.

Warum ein Politiker wie Herr Laschet dieses nicht erkennt, akzeptiert und die Konsequenzen daraus zieht, ist mir ein Rätsel, hängt aber mit der aktuellen Tendenz zusammen, dass Politiker allgemein keine Konsequenzen mehr aus ihrem Handeln ziehen müssen.

Es tut weh, dem Niedergang der CDU zuzuschauen, aber wahrscheinlich ist der Fall noch nicht tief genug, damit auch die Verantwortlichen begreifen, dass sich etwas ändern muss.“

Mathias Zeidler

Ampel mit Ehrgeiz und frischem Elan

„Warum hat die CDU/CSU neun Punkte abgeben müssen? Weil am Ende von 16 Jahren Kanzlerschaft für die entscheidenden Zukunftsfelder Umwelt, Klima, Digitalisierung, Innovation, Infrastruktur, sozialer Zusammenhalt und Veränderung in der Arbeitswelt zu wenig Impulse gesetzt wurden.

Wenn Jamaika-Farben zusammengenäht werden sollen, fehlt mir das Vertrauen in die Farbe Schwarz. Wird eine Ampel gebaut, besteht Hoffnung, dass die genannten Defizite mit Ehrgeiz und frischem Elan angegangen werden, ohne dass die Felder, die in der Kanzlerschaft Merkel vorbildlich bearbeitet wurden (Europa, Frieden, Flüchtlinge ...) in den Hintergrund treten.“

Dietmar Theis

Das kollektive Gefühl für Gerechtigkeit

„Es wird in den nächsten Jahren wesentlich darum gehen, dass Politik wieder Vertrauen gewinnt. Vertrauen in kompetentes Handeln. Vertrauen durch Transparenz. Vertrauen durch Mut. Vertrauen durch Bereitschaft, Verantwortung für Fehler zu übernehmen. Verzicht auf parteitaktische Spielchen.

Es gibt so etwas wie kollektive Intelligenz und ein kollektives Gefühl für Gerechtigkeit. Eine Jamaika-Koalition würde beidem widersprechen und nicht nur den Handelnden schaden. Das Grundvertrauen in die Politik wäre noch einmal zerstört.“

Michael Pelzer

> Es ist Zeit, dass jüngere Politiker eine Chance erhalten.
>
> **Siegfried Glanz**

Leben finanzierbar lassen

„Koalition aus Schwarz und Rot.

Grüne und FDP dürfen keine relevanten Posten innehaben, sonst wird für Otto Normalbürger ein Leben in Deutschland nicht mehr finanzierbar.“

Anja Hertwig

Merkel hat keine Nachfolge

„Ich bin seit 50 Jahren in der CDU und habe auch dieses Mal CDU gewählt. Dieses Mal aber mit dem Gefühl:‘Ist es richtig?‘

Die Wahl wurde von der CDU verloren, und sie hat es verdient. Es ist Zeit, dass jüngere Politiker eine Chance erhalten. Frau Merkel hat viele Jahre gute Arbeit geleistet, aber sie hat es versäumt, für ihre Nachfolge zu sorgen. Man findet dies auch in familiengeführten Unternehmen, wo der Eigentümer seinem Nachwuchs nichts zutraut, weil er glaubt, alles besser zu können und zu wissen, mit dem Ergebnis, dass er zum Schluss alleine dasteht.“

Siegfried Glanz

Anzeige

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt
DONNERSTAG, 30. SEPTEMBER 2021, NR. 189

Simon Brunke: Exporo ist nicht das erste Unternehmen, das der 41-Jährige gegründet hat. Zuvor baute er einen Maklervertrieb auf.

PR

Simon Brunke

Demokratisierung des Immobilienbesitzes

Exporo-Mitgründer Simon Brunke hat hehre Ziele. Doch seine Marketingstory hat ihre Tücken, und einige Bauvorhaben funktionieren nicht so wie gewollt.

Catrin Bialek Düsseldorf

Die Immobilienbranche gilt bislang als kaum digitalisiert – davon will Simon Brunke, Gründer der Immobilieninvestmentplattform Exporo, profitieren. Das Fintech hat mit „Propvest“ eine neue Marke für seine Investment-Plattform gestartet, auf der Privatpersonen ihr Geld in Immobilien automatisiert anlegen können.

„Ich möchte das Verhalten der Menschen, wie sie in Immobilien investieren, verändern“, sagt Brunke. Der 41-Jährige will mit seinem Geschäftsmodell dafür sorgen, dass auch Menschen, die ansonsten nicht das Geld für eine Immobilie hätten, ihr Geld in Häuser oder Wohnungen anlegen können. Er wolle nicht weniger als den „Immobilienmarkt demokratisieren“, sagt der Unternehmer. Gemeinsam zum Großinvestor werden – das ist Brunkes Idee.

Exporo gehört zu den Crowdinvesting-Plattformen, die mit hohen Zinsen, festen Laufzeiten und niedrigen Mindestanlagen Kleinanleger ermuntern wollen, in Immobilien zu investieren. Eine Beteiligung sei schon ab einem Euro möglich. Damit unterscheiden sich die Plattformen vom traditionellen Immobilienmarkt mit seinen hohen Markteintrittsbarrieren: Wollen Anleger in Objekte investieren, müssen sie diese entweder kaufen oder zumindest einen größeren Betrag in einem geschlossenen Fonds unterbringen.

Bei Crowdinvesting-Plattformen wie Exporo, Klickown oder Bergfürst ist das anders. Der Markt für Schwarmfinanzierungen wächst seit Jahren: Lagen die Immobilien-Crowdinvestments in Deutschland im Jahr 2012 noch bei rund einer Million Euro, kamen sie 2019 bereits auf 314 Millionen Euro, wie das Branchenportal Crowdinvest.de errechnet hat. Zwar sanken die Investments im vergangenen Jahr coronabedingt auf 254 Millionen Euro, doch die Anbieter blicken angesichts neuer Produkte zuversichtlich in die Zukunft. Der Immobilienboom hält anscheinend weiter an – und die Preise klettern entsprechend in die Höhe.

> Um sicherzustellen, dass den Anlegern ein breites Angebot zur Verfügung steht, wollen wir mittelfristig bis zu zehn neue Bestandsimmobilien monatlich auf die Plattform bringen.
>
> **Simon Brunke**
> Exporo

Die Plattform Propvest setzt auf tokenisierte Wertpapiere

Exporo-Gründer Brunke will mit zwei verschiedenen Marken seines Unternehmens antreten: „Propvest“ soll es Anlegern ermöglichen, in vermietete Bestandsimmobilien zu investieren und – ähnlich wie ein Eigentümer – von den Mieteinnahmen und der Wertsteigerung zu profitieren. Darüber hinaus können die Anleger – das ist das andere Angebot von Exporo – Geldbeträge automatisiert mithilfe eines Algorithmus in einen Immobilien-Sparplan anlegen. Das führt zu weniger Rendite, verringert aber auch das Risiko.

„Propvest ist der erste Roboadvisor für Immobilienanlagen“, wirbt Brunke für sein Unternehmen. Dabei agiert Propvest komplett digital und setzt auf tokenisierte Wertpapiere. Über eine Blockchain zeichnen Anleger digitale Wertpapiere, die sie auf den Plattformen der Anbieter speichern können – ohne zwischengeschaltete Banken oder Verwahrstellen. Das spart Papier und Kosten.

„Um sicherzustellen, dass den Anlegern ein breites Angebot zur Verfügung steht, wollen wir mittelfristig bis zu zehn neue Bestandsimmobilien monatlich auf die Plattform bringen“, kündigt er an. Brunke spürt die Folgen der Coronakrise auch auf der Nachfrageseite – und macht aktuell einen Bogen um Hotel- und Gewerbeimmobilien.

Die bisherige Bilanz: Laut Website sind es aktuell 432 Bauprojekte, für die Exporo in den vergangenen sieben Jahren rund 823 Millionen Euro digital vermittelt hat. Das Geld stammt von insgesamt 31.000 Anlegern.

Gegründet hat Brunke, der an der privaten Fachhochschule für die Wirtschaft Hannover „Europäische Unternehmensführung“ studiert hat, das Unternehmen Exporo im Jahr 2014 mit seinen zwei Schulfreunden Julian Oertzen und Björn Maronde. Es war nicht sein erster Versuch in der Gründerwelt.

Während seines Studiums hatte Brunke eine klassische Versicherungsmakleragentur gestartet. Aus dem Betrieb entstand die Wirtschaftskanzlei AG (Wika AG) – ein Maklervertrieb mit rund 600 Mitarbeitern. 2011 verkaufte Brunke seine Anteile und schied zwei Jahre später aus dem Vorstand aus.

Exporo ist nun sein aktuelles Unternehmen. 2015, ein Jahr nach der Gründung, bekam Exporo erstes Wagniskapital: Ein privater Freund habe eine halbe Million Euro in die Firma gesteckt, erzählt Brunke. Später kamen weitere professionelle Investoren dazu, darunter e.ventures und Holtzbrinck Venture, die Summe addierte sich auf bislang 80 Millionen Euro an Venture-Capital.

Umsatz ging im vergangenen Jahr coronabedingt zurück

Das Unternehmen zählt aktuell 150 Mitarbeiter und erzielt rund 19 Millionen Euro im Jahr. Nach einem Rückgang im Umsatz 2020 peilt Brunke die 19-Millionen-Umsatzhöhe von 2019 wieder an. Profitabel ist das Unternehmen bis heute nicht. Eine Zäsur markiert das laufende Jahr: Oertzen, einer der Mitgründer, hat das Unternehmen verlassen. Über die genauen Beweggründe schweigen die Unternehmer.

Das Geschäftsmodell von Exporo hat auch seine Kritiker. Vereinzelt kommt es bei den Bauvorhaben zu Pleiten, wie in diesem Sommer bei dem Immobilieninvestment „Wohnduo Rhein-Main“. Sechs Prozent jährliche Verzinsung ab einer Einlage von 100 Euro – das sollte Anleger anlocken. Das vorläufige Insolvenzverfahren wurde im August aufgehoben. Für die Anleger ein unerwünschter Nervenkitzel.

„Wir versuchen, Risiken zu minimieren, aber wir können sie nicht ganz ausschließen“, sagt Brunke. Von den mehr als 400 Bauvorhaben befänden sich aktuell drei in einer drohenden Insolvenz. „Natürlich war das für die Anleger nicht zufriedenstellend“, sagt der Firmenchef. Er stellt klar: 70 Prozent der Investments würden vorzeitig zurückgezahlt werden, ein kleiner Teil „on the date“, und der Rest verspätet – oder er falle ganz aus.

Als Hilfestellung für Anleger bewertet Exporo die Fundings mit einer Art Rating. Die Exporo-Klasse reicht von einem „AA“ als beste Einstufung bis zu einem „F“. Mit einem „C“ landete das Wohnduo Rhein-Main damals in der Mitte. „Noch ist die Insolvenzquote von Exporo bei mehr als 400 finanzierten Projekten vertretbar“, schreibt Fondanalyst Stefan Loipfinger auf der Plattform Investmentcheck.de.

432

Bauprojekte
hat das sieben Jahre alte Unternehmen Exporo bislang betreut. Rund 31.000 Anleger investierten ihr Geld.

Quelle: Unternehmensangaben

Nachdem Brunke im schwierigen Corona-Jahr die Marketingkosten zurückfuhr, hat er nun mit Matthias Meusel einen renommierten Werber als Chief Growth Officer an Bord geholt. Der frühere Geschäftsführer der Werbeagentur Grey soll die Produkte in der breiten Massen bekannt machen. Meusel, der zuvor mehrere Jahre den Markenaufbau bei der Quirin-Privatbank verantwortet hat, sieht einige Parallelen zu seinem neuen Arbeitgeber. Auch er spricht von einer Demokratisierung der Geldanlage, die Exporo vorantreiben wolle.

Brunke will nicht nur das Marketing polieren, sondern auch bei der Technologie mehr Tempo machen. Eine App sei bis Ende des Jahres geplant. Das Unternehmen will die Plattform zudem bedienerfreundlicher gestalten. „Airbnb hat auf seiner Plattform beispielsweise eine ganz hohe Nutzerfreundlichkeit – da wollen wir auch hinkommen“, sagt Brunke.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Leitmedien für Entscheider.

Begeistern Sie die führenden Köpfe für Ihre Marke.
Mit einer Kampagne in unseren Leitmedien:
Denn die Besten erreicht man mit den Besten.

Nr. 1 der Wirtschaftsentscheider

Das Handelsblatt (Print) ist die Nr. 1 nach Affinität unter allen Qualitätszeitungen bei leitenden Angestellten und Selbstständigen.

Quelle: LAE 2021

Nr. 1 der Meinungsführer

DIE ZEIT ist die Nr. 1 in den gesellschaftlichen Leitmilieus (SINUS) nach Reichweite (725 Tsd. Leser) und Wirtschaftlichkeit (49,37 €, ¼ Seite Eckfeld, Preise 2021) unter allen Zeitungen.

Quelle: B4P 2020/III Update

Nr. 1 der Politikentscheider

Der Tagesspiegel ist crossmedial die Nr. 1 bei Hauptstadt-Politikentscheidern mit einer Reichweite von 68,7%.

Quelle: EAB 2017

Nr. 1 der Mittelstandsentscheider

Die WirtschaftsWoche (Print) ist die Nr. 1 im Mittelstand nach Reichweite mit 150 Tsd. Entscheidern unter den klassischen Wirtschaftsmagazinen.

Quelle: LAE 2021

Sprechen Sie uns an.
www.iqm.de

iq media

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

BMW Group

Joachim Post: Nachfolger von Andreas Wendt als BMW-Einkaufschef.

Joachim Post

BMW beruft einen neuen Einkaufsvorstand

BMW bekommt im Januar einen neuen Einkaufsvorstand. Der Aufsichtsrat berief am Mittwoch Joachim Post zum Nachfolger von Andreas Wendt, der mit 63 Jahren zum Jahresende in den Ruhestand geht. Der 50 Jahre alte Post ist promovierter Maschinenbauingenieur, seit 2002 im Konzern und leitet derzeit die Produktlinie Mittelklasse-BMW. Zuvor war er in leitender Funktion verantwortlich für die Fahrzeugstrategie und trieb als Leiter verschiedener BMW-Modelllinien die Elektrifizierung voran. Aufsichtsratschef Norbert Reithofer bescheinigte ihm Führungskraft, „Weitblick und unternehmerisches Gespür“. Andreas Wendt hatte das größte europäische BMW-Werk in Dingolfing geleitet und war erst vor drei Jahren in den BMW-Vorstand berufen worden, obwohl er mit 60 schon die ungeschriebene Altersgrenze für Vorstände erreicht hatte. Aber der damalige Einkaufschef Markus Duesmann hatte im Juli 2018 seinen Wechsel in den Volkswagen-Konzern angekündigt, um Audi-Chef zu werden, und war von BMW sofort beurlaubt worden. dpa

Christiana Riley

Zurück in die Büros der Deutschen Bank

Die Deutsche Bank AG will im Laufe der nächsten sechs Monate 5000 Angestellte aus dem Homeoffice in die Zentrale in New York City zurückbringen. Dies kündigte Amerikachefin Christiana Riley im Interview mit Bloomberg an. 80 Prozent der Mitarbeiter sollen in die Büros zurückkehren, viele davon können jedoch auch flexible Arbeitsregelungen in Anspruch nehmen. „Der Niedergang von New York – das wird maßlos übertrieben“, sagte Riley in der neuen US-Zentrale des Frankfurter Geldhauses. „Wir freuen uns sehr, dass das Umfeld in New York wieder zum Leben erwacht.” Anfang des Monats hatte die Deutsche Bank in einem Bericht konstatiert, dass sich Arbeitnehmer im Homeoffice in vielen Branchen von ihren Kollegen isoliert fühlen und angesichts unpassender Ausstattung zu Hause gesundheitliche Probleme drohen. Bloomberg

Bloomberg

Christiana Riley: Rückkehrquote von 80 Prozent.

Torsten Müller-Ötvös

Der deutsche Statthalter

Der Rolls-Royce-Chef macht die BMW-Luxusmarke elektrisch. Es wird sein letztes großes Projekt für den Hersteller sein.

Markus Fasse München

Für Torsten Müller-Ötvös ist es ein „historischer Schritt“. Ende 2023 werde Rolls-Royce sein erstes Elektromodell präsentieren, ab 2030 werde die Marke nur noch Elektroautos verkaufen, verkündete der Markenchef am Mittwoch. Schließlich hätten bereits die Gründerväter Henry Royce und Charles Rolls vor 100 Jahren Elektroautos bauen wollen, waren Stromantriebe doch schon damals deutlich leiser und effizienter als Verbrennungsmotoren. Der kühne Plan scheiterte: Schon im viktorianischen England fehlte es an Ladesäulen.

Heute stehen die Briten vor leeren Zapfsäulen und Müller-Ötvös will Rolls-Royce und den Elektroantrieb wieder zusammenbringen. Der Schritt in die Elektromobilität ist überfällig: Mit dem angekündigten Verbot des Verbrennungsmotors ab 2030 zwingt die britische Regierung die Industrie zum Umsteuern. Nach Mini setzt mit Rolls-Royce nun auch die zweite BMW-Marke einen Schlussstrich unter das Kapitel Verbrennungsmotor.

Müller-Ötvös wird diesen Wandel moderieren müssen. Es dürfte das letzte große Projekt des 61-jährigen Deutschen sein, der die britische BMW-Tochter seit über zehn Jahren führt. Eigentlich ist für BMW-Führungskräfte mit 60 Jahren Schluss. Doch das Projekt ist zu wichtig. „Spectre“ taufte der Rolls-Royce-Chef die Elektrolimousine, die wie immer eng mit dem Mutterhaus verzahnt sein wird. Denn so, wie sich in der Vergangenheit der BMW 7er und die Rolls-Royce-Limousinen wichtige Komponenten und Motoren teilten, so wird auch der „Spectre“ ganz viel bayerische Starthilfe bekommen. 2022 will BMW den „i7“ auf den Markt bringen, der Antriebsstrang dürfte die Grundlage für den Elektro-Rolls-Royce bilden. Müller-Ötvös weiß: Ohne die Mutter aus München und ihre Technik würde die britische Luxusmarke heute nicht mehr existieren.

Viele Kunden kommen persönlich in die Firmenzentrale in Goodwood

Allein: Es darf noch nicht den Anschein haben, als verwende Rolls-Royce Komponenten aus der schnöden Welt der automobilen Massenware. „Ein Rolls-Royce braucht immer einen gewissen Auftritt“, erklärt Müller-Ötvös. Er selbst verkörpert den Anspruch perfekt: schlanke Gestalt, feinster Zwirn, beste Manieren. Nach zehn Jahren auf dem Chefposten im britischen Exil kann man den deutschen Statthalter von einem britischen Edelmann kaum noch unterscheiden. Das ist wichtig in einem Geschäft, in dem viele Kunden persönlich in die Firmenzentrale in Goodwood kommen. Vor Ort wird dann gern noch einmal geklärt, welches edle Leder und welches seltene Gehölz den Innenraum zieren soll. Oder ob der Picknickkorb zum Preis eines Kleinwagens noch in den Kofferraum kommt.

Für die Seelenlage dieser Klientel hat Müller-Ötvös über die Jahre ein gutes Gefühl aufgebaut. „Schließlich wollen unsere Kunden ihre Autos nicht an jeder Straßenecke sehen.“ Die Gefahr ist überschaubar. Zwar hat sich Rolls-Royce dem Zeitgeist gebeugt und baut mit dem „Cullinan“ mittlerweile auch ein SUV. Auch bei chinesischen Jungmillionären erfreut sich die Marke großer Beliebtheit, was die Stückzahlen treibt. Doch Schaden wird die Exklusivität kaum nehmen. Gerade einmal 5000 Autos wird Rolls-Royce in diesem Jahr verkaufen – verglichen mit 2,5 Millionen der Muttermarke BMW.

Die britische Luxustochter wird auch künftig eng aus Deutschland geführt

Dennoch ist Rolls-Royce mehr als ein Anhängsel für den Münchener Autokonzern. Man arbeite „sehr, sehr profitabel“, sagt Müller-Ötvös, und das hilft auch dem Mutterkonzern. Seit Jahren versuchen die BMW-Strategen, mehr Marktanteile im Luxussegment zu gewinnen, denn dort erzielt Konkurrent Mercedes mit seiner S-Klasse die höchsten Renditen der Branche. Gelingt es den Münchenern, die hohen Entwicklungskosten zwischen BMW und Rolls-Royce besser zu verteilen, dann wird die Lücke zum Rivalen kleiner. Bei der Kleinwagentochter Mini ist das bereits gelungen. Ab 2023 wird der Mini erstmals im BMW-Werk Leipzig gebaut. Das kommt für Rolls-Royce natürlich nicht infrage, Goodwood bleibt als Produktionsstandort gesetzt.

Dennoch wird die britische Luxustochter auch in Zukunft eng aus Deutschland geführt. Beispielsweise als Teil der Nachhaltigkeitsstrategie, die Konzernchef Oliver Zipse dem gesamten Unternehmen verordnet hat. So sollen alle Autos künftig so konstruiert werden, dass die Rohstoffe nach der Verschrottung möglichst unkompliziert wiederverwendet werden können. „Zirkularität“ heißt das jetzt in der BMW-Zentrale.

Eine Forderung, auf die Müller-Ötvös eine ganz eigene Antwort hat. „Ein Rolls-Royce wird nicht verschrottet“, erklärt der Markenchef. „80 Prozent der jemals gebauten Rolls-Royce sind noch auf der Straße.“

BERNHARD_LIMBERGER/ BMW Group

Torsten Müller-Ötvös: Seit mehr als zehn Jahren in Diensten von Rolls-Royce.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Rolf Mützenich: Mit 97 Prozent der Stimmen als Fraktionschef wiedergewählt.

dpa

Rolf Mützenich

Stiller Strippenzieher

Der alte und neue SPD-Fraktionschef ist ein Mann der leisen Töne, der seine Macht aber zu nutzen weiß. In einer Ampelkoalition hätte er eine entscheidende Rolle.

Am Wahlabend steht Rolf Mützenich in der SPD-Parteizentale und freut sich. Diebisch. Was hat der SPD-Bundestagsfraktionschef in den vergangenen Monaten nicht alles an Häme ertragen müssen. Auch und gerade von den Grünen. Nach der Wahl, so hatte die Ökopartei Mützenich gepiesackt, würden die Grünen wegen ihrer Mannstärke in den Fraktionssaal der SPD umziehen. Der Raum ist nach Otto Wels benannt, der von 1919 bis in die Zeit der Exil-SPD während der Naziherrschaft SPD-Vorsitzender war. Für Mützenich war es eine unerträgliche Vorstellung, aus dem Saal herauszumüssen. Es wäre eine symbolträchtige feindliche Übernahme des SPD-Erbes durch die Grünen gewesen.

Neuer Karrieresprung

Und jetzt das: Die SPD darf nicht nur im Saal bleiben, sondern ist sogar die stärkste Fraktion im Bundestag. Und Mützenich ihr alter und neuer Chef. Am Mittwoch wurde der 62-Jährige mit 97 Prozent erneut zum Fraktionschef gewählt. Auch wenn er eigentlich nur wiedergewählt wurde, ist die Wahl für „Mütze“, wie seine Genossen ihn nennen, noch mal ein Karrieresprung. Denn sollte eine Ampelkoalition zustande kommen, wird Mützenich der Mann sein, der die um 54 auf 206 Abgeordnete gewachsene SPD-Fraktion hinter ihrem Kanzler versammeln muss. Das wird keineswegs nur ein Vergnügen. Zwischen einem SPD-Kanzler Olaf Scholz und der SPD-Fraktion lauern einige Konflikte, mit der Rolle als reiner Kanzler-Umsetzungsverein wird sich die Fraktion jedenfalls nicht zufriedengeben. Offen ist allerdings noch, ob es Mützenich sein wird, der die Fraktion dauerhaft führt – oder ob er nicht bald einen neuen Posten hat.

Mützenich gilt im politischen Berlin als einer der höflichsten und freundlichsten Menschen, als Mann der leisen Töne. Auf Twitter ist er bis heute nie gewesen, dem Krawall dort kann der promovierte Politikwissenschaftler nichts abgewinnen. Seine Freundlichkeit war es auch, die Mützenich nach Übernahme des Fraktionsvorsitzes 2019 schnell von seiner Vorgängerin Andrea Nahles abhob und ebenso schnell unter den Kollegen beliebt machte. Das einflussreiche Amt fiel Mützenich eher zufällig zu. Nach dem überraschenden Rücktritt von Nahles als Partei- und Fraktionschefin war der Außenpolitikexperte der am längsten amtierende Fraktionsvize und übernahm den Job interimsmäßig. Schnell wurden Forderungen laut, der Kölner möge dauerhaft Fraktionschef bleiben.

Die Freundlichkeit sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Mützenich seine Macht zu nutzen weiß. Seit seinem Studium beim Friedensforscher Dieter Senghaas und seiner Doktorarbeit über Atomwaffen 1991 zweifelt Mützenich an der Wirkung nuklearer Abschreckung. Die brachte er auch als neuer Fraktionschef zum Ausdruck und sorgte damit für einige Unruhe. Mützenich aber hielt an seinem Kurs fest und nutzte seine neue Macht, um die SPD Stück für Stück in der Verteidigungspolitik auf einen linkeren und stärker pazifistischen Kurs zu bringen.

> Wenn es eine Wertschätzung sein soll, dass ich genannt werde, freue ich mich darüber.
>
> **Rolf Mützenich**
> SPD-Fraktionschef

Als die SPD-Fraktion im Vorjahr entschied, dem Antrag der Union zur Anschaffung bewaffneter Drohnen nicht zuzustimmen, schmiss der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion, Fritz Felgentreu, deshalb hin. Und im Streit um die Neubesetzung um das Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags servierte Mützenich im Vorjahr mit Hans-Peter Bartels und Johannes Kahrs zwei weitere SPD-Politiker ab, die auf eine pragmatische Verteidigungspolitik setzten. Damals wurde erste Kritik in der Fraktion an Mützenich laut. Er führe zu wenig, setze zu wenig inhaltliche Impulse, lasse jede Personalie im Streit enden, auch die Neubesetzung der Bundestagsvizepräsidentin. Doch nach dem Wahlsieg der SPD ist das alles Schnee vor gestern. Mützenich sei ein „wichtiger Baustein“ für den Wahlsieg gewesen, sagte Olaf Scholz am Tag nach der Wahl. Er sei „ein guter Mann, den brauchen wir“. Mützenich wiederum sagte, die Fraktion würde Scholz nach erfolgreichen Koalitionsverhandlungen zum Bundeskanzler wählen. „Das ist unser Versprechen.“

Nächster Bundestagspräsident?

Gerade in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik drohen Konflikte zwischen Kanzleramt und Fraktion. Vielleicht muss Mützenich diese Konflikte aber gar nicht mehr austragen. Denn obwohl erst frisch als Fraktionschef gewählt, wird der 62-Jährige für ein anderes Amt gehandelt: als künftiger Bundestagspräsident. „Das ist eine naheliegende Option“, heißt es aus seiner Partei. Die SPD hat als stärkste Fraktion das Vorschlagsrecht. Die nötige Gravitas für die Nachfolge Wolfgang Schäubles (CDU) brächte Mützenich ohne Zweifel mit. Ein weiterer Vorteil dieser Lösung: In einer Dreierregierung gibt es weniger Ministerposten für die SPD zu verteilen, mit einem Wechsel Mützenichs würde ein einflussreiches Amt frei. Als möglicher Nachfolger gilt der Chef des linken Parteiflügels, Michael Miersch. Auch Generalsekretär Lars Klingbeil käme in Betracht, wenn es mit einem Ministerposten nicht klappt.

Was allerdings gegen einen Wechsel spricht: Mit Mützenich wäre das dritte hohe Amt im Staate neben Bundeskanzler und Bundespräsident in der Hand eines SPD-Mannes. Für eine Partei der Parität wie die SPD sähe das komisch aus. Mützenich selbst ließ eine Kandidatur für das Amt des Bundestagspräsidenten am Mittwoch offen. „Wenn es eine Wertschätzung sein soll, dass ich genannt werde, freue ich mich darüber“, sagte er. Martin Greive

Stephanie Grisham

Lieder zur Beruhigung von Donald Trump

Die frühere Pressesprecherin des Weißen Hauses, Stephanie Grisham, hat in ihrem bald erscheinenden Buch brisante und teils kuriose Details über den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump preisgegeben. Um Trump von seinen Wutanfällen abzuhalten, sei ein als „Musik-Mann“ bekannter Mitarbeiter des Weißen Hauses dazu abgestellt worden, ihm seine Lieblingslieder vorzuspielen, schrieb die „New York Times“ unter Berufung auf Grishams Buch. Neues gibt es auch zur auffälligen Frisur des 75-Jährigen. Trump schneide seine Haare selbst, „mit einer riesigen Schere, mit der man wahrscheinlich ein Band bei der Eröffnung eines seiner Häuser durchschneiden könnte“, zitierte der Sender CNN aus dem Buch. Weiter hieß es, nach einem zunächst kühlen Empfang von Wladimir Putin bei einem Treffen 2019 habe Trump alles darangesetzt, dem russischen Regierungschef zu gefallen. „Ich werde ein paar Minuten lang etwas härter Ihnen gegenüber auftreten. Aber das ist nur für die Kameras, und wenn sie weg sind, reden wir weiter“, soll Trump dem Kremlchef demnach beim G20-Gipfel im japanischen Osaka gesagt haben. Das Ehepaar Trump kritisierte das Werk scharf. „Es ist ein weiterer kläglicher Versuch, die Stärke des Präsidenten auszunutzen und Lügen über die Familie Trump zu verkaufen“, zitierten US-Medien Trumps Sprecherin Liz Harrington. dpa

imago images / ZUMA Press

Stephanie Grisham: Kurioses über den Ex-Präsidenten.

Nejla Bourden

Erste Regierungschefin in Tunesiens Geschichte

Mehr als zwei Monate nach der Entmachtung des Regierungschefs Hichem Mechichi hat Tunesiens Präsident Kais Saied eine neue Ministerpräsidentin ernannt. Nejla Bourden solle nun rasch ein neue Regierung bilden, erklärte die Präsidentschaft am Mittwoch. Bourden ist die erste Frau in der Geschichte Tunesiens, die das Amt einer Regierungschefin innehat. Die 59-jährige Geologieprofessorin war bislang unter anderem als Referentin im Bildungsministerium tätig. Trotz regelmäßiger Ankündigungen, den Posten des Ministerpräsidenten bald neu zu besetzen, ließ sich Saied lange Zeit mit der tatsächlichen Umsetzung. Jüngst hatte sich allerdings der Druck auf ihn erhöht, endlich den Weg für eine neue Regierung frei zu machen. Am Wochenende protestierten im Zentrum der Hauptstadt Tunis Tausende gegen ihn. dpa

via REUTERS

Nejla Bourden: Auftrag zur Regierungsbildung.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt
DONNERSTAG, 30. SEPTEMBER 2021, NR. 189

Die EU muss Ungarn ausschließen

Wer demokratische Prinzipien missachtet, gefährdet den Markenkern der Staatengemeinschaft, meint **Daron Acemoglu.**

MIT [M]

Nachdem Ungarn im Juni ein Gesetz zum Verbot von „LGBTQ-Inhalten" in Schulen verabschiedet hatte, kam der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte zu dem Schluss, das Land habe „in der EU keinen Platz mehr". Damit hat er recht. Die Europäische Union sollte ein Ausschlussverfahren gegen Ungarn einleiten und dann überlegen, dasselbe mit Polen zu tun.

Ungarn und Polen haben in den vergangenen zehn Jahren zunehmend die demokratischen Prinzipien einer unabhängigen Justiz und der Pressefreiheit untergraben, die für das europäische Projekt von zentraler Bedeutung sein sollten. Dabei ist die vom ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban vertretene „illiberale Demokratie" eine Fehlbezeichnung: Von einer Demokratie kann dort keine Rede mehr sein.

Die Gerichte geraten zunehmend unter die Kontrolle von Orbans rechtspopulistischer Fidesz-Partei, die Medien haben kaum noch Freiheiten. Zivilgesellschaftliche Organisationen agieren unter ständiger Bedrohung, den Universitäten wurden die Reste ihrer Autonomie inzwischen auch noch genommen. Die ähnlich autoritäre Regierungspartei Gesetz und Gerechtigkeit (PiS) in Polen tritt offen in Orbans Fußstapfen. Zwar hat sie Zivilgesellschaft und Opposition noch nicht so stark unterdrückt, aber dass die EU-Kommission mittlerweile beim Europäischen Gerichtshof Finanzsanktionen gegen Warschau beantragt hat, spricht Bände.

Aus Sicht der EU sollte die Weigerung beider Länder, an einer neuen Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSta) teilzunehmen, das Fass jetzt zum Überlaufen bringen. Die im Juni gegründete Behörde ist befugt, Betrug, Unterschlagung und andere Verbrechen, die sich auf EU-Gelder beziehen, zu untersuchen und zur Anklage zu bringen. Es gibt jede Menge Hinweise darauf, dass sowohl Fidesz als auch PiS an solchen Vergehen beteiligt sind.

Indem Ungarn und Polen weiterhin EU-Gelder erhalten und gleichzeitig die Autorität der EUSta missachten, verhöhnen sie das europäische Projekt und alles, wofür es steht. Darüber hinaus gibt es nun ein weiteres Argument für die EU, gegen Ungarn und Polen vorzugehen. Seit die Taliban Afghanistan zurückerobert haben, besteht kein Zweifel mehr, dass die westlichen Bemühungen, in anderen Ländern Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch militärische Gewalt und Entwicklungshilfe einzuführen, gescheitert sind.

Ab jetzt müssen die westlichen Länder mit gutem Beispiel vorangehen. Wie einst US-Präsident Jimmy Carter 1977 in seiner Amtsantrittsrede gesagt hat: „Die beste Methode, in anderen Ländern die Freiheit zu fördern, besteht darin zu zeigen, dass unser demokratisches System nachahmenswert ist." In einer neuen Untersuchung mit Daten aus mehr als 110 Ländern habe ich mit mehreren Kollegen gezeigt, dass stabile Demokratien besonders geeignet sind, für Wirtschaftswachstum, Frieden und vergleichsweise gute öffentliche Dienstleistungen zu sorgen.

Daten aus den vergangenen vier Jahrzehnten deuten überdies darauf hin, dass Demokratisierung in regionalen Wellen verläuft, sich das Bedürfnis nach Demokratie also von Land zu Land verbreitet. Auch Rückschläge folgen einem ähnlichen Muster. Stimulieren bestehende Demokratien weniger zur Nachahmung, sinkt auch die Wahrscheinlichkeit, dass sich demokratische Institutionen regional ausbreiten.

Auf die EU, deren Mission es ist, auf übernationaler Ebene demokratische Institutionen einzuführen, treffen diese Überlegungen doppelt zu. In einer Zeit, in der weltweite Zusammenarbeit wichtiger ist als jemals zuvor, sollte das historische Experiment der EU trotz aller Schwächen durchaus als Erfolg betrachtet werden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war der Kontinent zerstört und wirtschaftlich ausgehöhlt, da all seine Ressourcen in die Rüstung geflossen waren. Während es in den Vereinigten Staaten überall moderne Technologien wie Kühlschränke, Zentralheizungen, Haustechnik und zivile Transportsysteme gab, war davon in Europa nichts zu sehen. In Großbritannien, dem es besser ging als dem Rest des Kontinents, gab es 1947 nur in jedem zweiten Haus heißes Wasser oder sanitäre Anlagen.

In Deutschland lagen nach den alliierten Bombardements viele große Städte in Schutt und Asche. 20 Millionen Deutsche waren obdachlos, zehn Prozent der Vorkriegsbevölkerung gestorben. Dem Rest Europas ging es kaum besser: Die von der Wehrmacht besetzten Länder Frankreich, Belgien und die Niederlande konnten sich nur langsam erholen.

Der Friede galt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als brüchig, nicht wenige meinten, Kommunismus oder konservative Diktaturen würden sich gegenüber der Demokratie durchsetzen. Heute wissen wir, dass es anders kam: In ganz Westeuropa, außer in Spanien und Portugal, die noch mehrere Jahrzehnte lang quasi faschistische Diktaturen blieben, setzten sich die Demokratien durch. Und in wirtschaftlicher Hinsicht verbesserte sich die Lage auf fast unglaubliche Weise: Die drei Jahrzehnte nach dem Krieg wurden als die glorreichen dreißig Jahre bekannt.

Auch die EU-Erweiterung in Zentral- und Osteuropa 2004 war zunächst ein Erfolg. Dass es ohne die Aussicht auf EU-Mitgliedschaft und -Finanzierung in Ungarn, der Tschechoslowakei, in Polen und im Baltikum einen derart schnellen demokratischen Wandel gegeben hätte, erscheint kaum vorstellbar. Und genauso unwahrscheinlich ist es, dass sich Polen ohne die EU zu einer der weltweit am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften entwickelt hätte.

Heute aber wirkt die Osterweiterung wie die Achillesferse Europas. Ungarn und Polen sind jetzt ein Symbol für die Funktionsstörungen und institutionellen Schwächen der EU. Mehr noch: Von den vier Visegrad-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei gehen keinerlei demokratiefördernde Effekte aus.

Natürlich wären ein Ausschluss Ungarns und eine entsprechende Drohung gegenüber Polen eine ernste Entscheidung, die nicht übereilt getroffen werden sollte. Allen Mitgliedstaaten steht es zwar prinzipiell frei, Parlamente und Regierungen zu wählen, die demokratische Institutionen schwächen wollen – meist besinnen die Wähler sich dann aber eines Besseren und wählen beim nächsten Mal Politiker, die es den demokratischen Institutionen wieder ermöglichen, ihre Arbeit zu machen.

Aber nicht so in Ungarn: Nach gut einem Jahrzehnt unter Orbans Fidesz-Partei scheint die Demokratie im Land tödlich verwundet zu sein. Dass die Wähler das aktuelle Regime wieder beseitigen können, darf bezweifelt werden.

Je länger die EU Ungarn als eine normale Demokratie behandelt, desto mehr wird sie ihrem eigenen Markenkern schaden. Die Europäische Union sollte endlich entschieden gegen Ungarn und Polen vorgehen, etwa indem sie die Zahlungen aus EU-Mitteln an die beiden Länder einstellt und ihnen auch das Stimmrecht im Europäischen Rat entzieht. Vor allem mit Blick auf Ungarn gilt: Sollte das Land nicht auf wundersame Weise in letzter Minute zur Demokratie zurückkehren, muss es die Europäische Union verlassen, damit das europäische Projekt überleben kann.

global challenges

Global Challenges ist eine Marke der DvH Medien.
Das neue Institut möchte die Diskussion geopolitischer Themen durch Veröffentlichungen anerkannter Experten vorantreiben.

Regelmäßige Autoren:
Prof. Dr. Ann-Kristin Achleitner
Sigmar Gabriel
Prof. Dr. Veronika Grimm
Günther H. Oettinger
Prof. Jörg Rocholl, PhD
Prof. Dr. Bert Rürup
Prof. Dr. Renate Schubert
Jürgen Trittin

Redaktion:
Dr. Michael Brackmann

Der Autor

Daron Acemoglu ist Professor für Ökonomie am Massachusetts Institute of Technology. Er hat zusammen mit James A. Robinson das Standardwerk „Why Nations Fail" geschrieben.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com